

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingenommen in die Post-Verwaltung: Preisdifferenz. Unter Umständen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Reichsfinanzen und Militarismus.

Die Handel und Industrie in Deutschland sich tiefenhaft entwickelt haben, so auch das Finanzwesen des Reiches selbst. Es sind lächerlich geringe Summen, mit denen das Reich in den ersten Jahren seines Bestehens rechnete, verglichen mit dem Drei-Milliarden-Etat, der heute fast erreicht ist. In der Hauptsache hatte das Reich damals die Kosten für den Militarismus zu bestreiten, und zu diesen Kosten konnte fleißig aus der von Frankreich gezahlten Kriegskostenentschädigung von 5000 Millionen Franc geschöpft werden. Aus dieser Summe wurden zunächst bestritten: 207 Millionen Mark Kriegskosten, 216 Millionen Mark für den Umbau der Festungen, 561 Millionen Mark für den Invalidenfonds, 120 Millionen Mark als eiserne Bestand für Kriegszwecke; einige Heerführer und Staatsmänner erhielten Belohnungen im Gesamtbetrag von 12 Millionen Mark, usw. In ein paar Jahren war das Geld verbraucht, der Invalidenfonds ist aufgezehrt, weil sein Kapital zu anderen Zwecken mitverwendet wurde; die Invalidenpensionen im Betrage von zunächst noch 30 Millionen Mark pro Jahr müssen aus den Einnahmen des Reiches bestritten werden, und nur die im Juliusturm zu Spandau wohlverwahrten 120 Millionen Mark in gemünztem Golde zeugen noch von dem so rasch verschwundenen Milliardensegen.

An bestimmten Einnahmen hatte das Reich die Zölle, die Tabak-, Zucker-, Salz-, Bier- und Branntweinsteuer, den Wechselstempel, die Ueberschüsse aus der Verwaltung der reichseigen gewordenen elsaß-lothringischen Eisenbahnen und die Ueberschüsse aus der Post- und Telegraphenverwaltung. Was zur Bestreitung der Ausgaben fehlte, das mußte durch Zuschüsse der Einzelstaaten, die Matrifularbeiträge, aufgebracht werden. Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen, indirekten Steuern, Ueberschüssen und Matrifularbeiträgen schwankten in den Jahren 1873-1878 zwischen 347 und 330,7 Millionen Mark. Die in diesen Jahren geleisteten Matrifularbeiträge stiegen von 59,1 Millionen im Jahre 1873 auf 70,2 Millionen im Jahre 1878.

Für die Jahre 1873-1878 ergab sich folgendes Bild:

Jahr	Einnahmen		Ausgaben	
	Mill.	Mill.	Mill.	Mill.
1873	347,0	259,1	20,7	20,7
1874	332,1	270,8	20,7	20,7
1875	343,9	318,9	20,2	20,2
1876	451,5	405,0	25,2	25,2
1877	377,7	320,3	16,3	16,3
1878	330,7	318,6	16,7	16,7
	2202,9	1892,7	119,8	119,8

Also schon in diesem Zeitraum blieb für Aufgaben kultureller Natur nur der lächerlich geringe Betrag von 190,4 Mill. Mark übrig.

Das Jahr 1878 brachte einen Umschwung in der Wirtschaftspolitik des Reiches. Das Schlagwort: „Schutz der heimischen Produktion“ war geprägt worden und unter dieser Flagge hatte sich eine starke schutzzöllnerische Bewegung entwickelt. Das Proletariat, aus dessen Haut man sich anschnitt, Riemen zu schneiden, lag geknebelt am Boden. Das Ausnahmefgesetz hatte der politischen Tätigkeit der Massen vorerst ein jähes Ende bereitet. Der Raubzug auf die Taschen der Behrlosen konnte beginnen. Die Absicht Bismarcks, steigende Einnahmen des Reiches durch scharfe Finanzzölle auf einige wenige Artikel des Massenkonsums zu erzielen, ging allerdings nicht in Erfüllung. Bismarck hatte den Satz gemünzt: „Die Luxusartikel der Massen müssen besteuert werden“ und diese Luxusartikel waren seiner Meinung nach: Tabak, Kaffee, Petroleum, Wein und Spirituosen. Mit solchen reinen Finanzzöllen wäre aber der industriellen Bourgeoisie nicht gedient gewesen, sie verlangte industrielle Schutzzölle. Die Wirkung dieser Schutzzölle ankerte sich schließlich in der Form, daß in dem geschützten Deutschen Reich die Preise enorm in die Höhe getrieben wurden, während zum Teil dieselben Artikel im Ausland geradezu zu Schleuderpreisen angeboten wurden. Die Agrarier machten mit den industriellen Schutzzöllnern gemeinsame Sache, sie verlangten Getreidezölle. Der Getreidezoll von 50 Pf., der eigentlich nur eine Registriergebühr darstellte, stieg zunächst auf drei, später sogar auf fünf Mark. Das Jahr 1879 brachte den neuen Zolltarif, die auf ihn gestellten finanziellen Hoffnungen erfüllten sich, die Einnahmen aus den Zöllen stiegen erheblich — aber die Massen des Reiches blieben leer, denn der Militarismus und bald darauf auch der Marinismus erwiesen sich als Molochs von einer Gefährlichkeit, die nicht zu stillen war. Jede neue Militärvorlage brachte den Industrie-Magnaten, die unter dem Schutz der industriellen Zölle üppig gediehen, neuen Gewinn, und um diese Geldquelle nicht nur in ihrer Ergiebigkeit zu erhalten, sondern auch noch zu steigern, tauchte immer wieder der Ruf auf von dem in Gefahr befindlichen Vaterland. Das war auch in der Tat ein glänzendes Geschäft. Für die Industrie, die Unsummen verdiente, für die Agrarier, die Fournage und Pferde zu steigenden Preisen an die Armee verkaufen konnten. Die Agrarier hatten noch den weiteren Vorteil, daß mit der Vermehrung der Armee auch die Zahl der Offiziersstellen wuchs und damit die Mög-

lichkeit, die Söhne standesgemäß unterzubringen. Wer aber die Fische bezahlen mußte, das war stets das werftätige Volk.

Zwar hatte man im Jahre 1879 bestimmt, daß die Einnahmen aus den Zöllen, soweit sie über den Betrag von 190 Millionen Mark hinausgehen, den Einzelstaaten zu überweisen waren. Diese Bestimmung hatte aber in Wirklichkeit nur eine rechnerische Bedeutung, denn die Einzelstaaten haben die empfangenen Summen, mit Ausnahme einiger Jahre, stets wieder an das Reich in Form von Matrifularbeiträgen zurückzahlen müssen. Nebenbei sollte auf diese Weise das Budgetrecht des Reichstages gestärkt werden. Für die Zölle wurde im Jahre 1904 dieses System beseitigt, da die Matrifularbeiträge weit über die Summen der Ueberweisungen aus den Zöllen hinaus gestiegen waren. Diese Steigerung wurde schließlich so enorm, daß die Finanzen einiger Bundesstaaten dadurch in heillose Unordnung zu kommen drohten. Um dieses Uebel zu mildern, führte das Reich das System der „gefundeten“ Matrifularbeiträge ein. Das Reich, das selbst nichts hatte, stundete den Einzelstaaten die zu leistenden Beiträge! Die hauptsächlichsten Einnahmen des Reiches betragen:

Zölle	1873		1910	
	Mill.	Mill.	Mill.	Mill.
Zabaksteuer	122 610,2	631 900,0	14 418,0	14 418,0
Zuckersteuer	1 125,0	147 178,0	58 048,0	58 048,0
Salzsteuer	45 453,4	180 000,0	111 500,0	111 500,0
Branntweinsteuer	33 083,9	21 819,2	608 236,3	608 236,3
Biersteuer	36 100,2	122 319,0		
Wesfel- und Spielkartenstempel	15 039,7			
Weichsel- und Spielkartenstempel	5 745,7			
Reichspost	105 029,6			
Reichseisenbahnen	81 476,1			

Mittlerweile sind eine Reihe neuer Steuern dazu gekommen, die aber hier nicht zu einem Vergleich herangezogen werden können. Es genügt, festzustellen, daß das Reich im Jahre 1873 eine Einnahme von 503 246,6 Millionen Mark hatte — den außerordentlichen Zuschuß aus der französischen Kriegskostenentschädigung natürlich abgezogen — während diese Einnahmen im Jahre 1910 eine Höhe von 2 853 781,1 Millionen erreichten. Die Schuldenlast des Reiches ist mittlerweile auf 4 896 633 500 M. herangewachsen und schon das am 1. April 1911 beginnende neue Etatsjahr wird die fünfte Milliarde Reichsschulden überschreiten.

Trotz der enorm gestiegenen Einnahmen des Reiches auch noch diese ungeheure Schuldenlast! Wenn es wenigstens in der Hauptsache verbende Zwecke wären, für die das Geld verausgabt würde! So aber ist der Löwenanteil für Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande draufgegangen, wie nachstehend zahlenmäßig bewiesen werden soll.

Die Entwicklung der Ausgaben für das Heer war die folgende:

Jahr	Dauernde Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Pensionen
	1000 Mark	1000 Mark	1000 Mark	1000 Mark	
1872	266 784,7	49 412,1	20 837,8	20 837,8	
1873	259 183,0	48 548,9	20 737,0	20 737,0	
1874	270 899,2	39 535,0	20 746,7	20 746,7	
1875	318 933,0	45 984,2	20 299,6	20 299,6	
1876	405 045,4	50 998,3	25 236,2	25 236,2	
1877	320 376,2	54 874,3	16 888,4	16 888,4	
1878	318 677,1	61 864,7	16 775,7	16 775,7	
1879	315 233,0	46 152,6	17 125,2	17 125,2	
1880	327 065,9	42 981,1	17 950,2	17 950,2	
1881	348 913,3	52 179,3	18 702,4	18 702,4	
1882	341 584,7	29 083,1	19 257,8	19 257,8	
1883	337 459,8	26 875,7	19 758,9	19 758,9	
1884	338 825,5	28 868,5	20 577,8	20 577,8	
1885	338 434,0	33 221,6	21 202,3	21 202,3	
1886	342 381,9	53 690,4	23 986,0	23 986,0	
1887	359 294,1	169 334,5	25 904,5	25 904,5	
1888	362 939,2	157 596,3	28 810,8	28 810,8	

Das Jahr 1889 brachte eine Aenderung im Etatswesen, indem ein Außerordentlicher Etat eingeschaltet wurde. Soweit das Militär in Frage kommt, wurden auf diesen Außerordentlichen Etat namentlich die Festungsbauten und Umbauten verwiesen. Auch diese nun gesondert geführten Summen waren sehr beträchtlich. Das weitere finanzielle Bild ist nun folgendes:

Jahr	Dauernde Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Außerordentl. Ausgaben		Pensionen
	1000 Mark	1000 Mark	1000 Mark	1000 Mark	1000 Mark	1000 Mark	
1889	378 087,9	17 091,9	145 127,2	34 726,6			34 726,6
1890	399 943,7	42 479,6	277 090,8	37 135,7			37 135,7
1891	430 633,2	40 675,4	95 185,4	39 639,9			39 639,9
1892	435 680,4	41 854,9	99 077,2	41 957,5			41 957,5
1893	450 178,7	35 605,4	118 770,6	45 704,0			45 704,0
1894	482 217,8	42 096,8	92 850,7	48 524,7			48 524,7
1895	472 100,6	43 929,3	46 636,9	51 808,1			51 808,1
1896	472 882,8	48 348,2	44 802,8	55 125,2			55 125,2
1897	496 237,8	41 932,0	78 605,5	57 845,1			57 845,1
1898	513 487,3	82 004,7	37 219,5	61 300,9			61 300,9
1899	516 941,7	97 990,9	29 814,7	64 411,0			64 411,0
1900	536 872,0	89 912,8	29 255,8	67 468,4			67 468,4
1901	563 161,9	87 505,2	27 264,6	69 981,3			69 981,3
1902	573 952,9	59 750,2	35 477,3	72 433,7			72 433,7
1903	578 833,5	50 455,5	33 874,7	74 591,3			74 591,3
1904	578 328,4	41 504,9	27 245,4	77 082,1			77 082,1
1905	595 943,4	76 200,7	30 004,6	81 394,6			81 394,6
1906	632 610,0	87 911,2	32 118,9	98 420,3			98 420,3
1907	652 291,5	111 915,5	44 050,3	101 170,5			101 170,5
1908	689 129,5	114 092,7	44 736,0	107 816,5			107 816,5
1909	695 432,5	98 919,4	41 716,2	115 765,5			115 765,5
1910	706 805,8	77 636,0	22 499,1	118 352,6			118 352,6

Die gesamten Ausgaben von 1872 bis 1910 setzen sich also wie folgt zusammen:

Fortdauernde Ausgaben	17 375 677 100 M.
Einmalige Ausgaben	2 452 467 800 „
Außerordentl. Ausgaben	1 430 224 300 „
Pensionen	1 876 576 800 „
Reichsmilitärgericht (seit 1900)	6 137 200 „
Gesamtkosten der Militärrücklage	23 171 083 200 M.

Der Statthalter auf Lebenszeit.

Aus Elsaß-Lothringen wird uns geschrieben:

Die reichsständische Zentrumspresse ist des Lobes voll für die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Reichstagskommission für die elsaß-lothringische Verfassungsvorlage, weil diese Abgeordneten nach Ablehnung des eigenen Antrages, welcher die Wahl des Statthalters in Elsaß-Lothringen durch den Landtag auf je fünf Jahre forderte, dem Zentrumsantrage zugestimmt haben, wonach der Statthalter auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers auf Lebenszeit ernannt wird und durch Bundesratsbeschluss abberufen werden kann. Der „Republikanische“ des Abgeordneten Wetterlé bezeichnet die sozialistische Taktik in der Kommission als „bemerkenswert“. Die Sozialdemokraten hätten ihre Rückzugslinie mit der größten Sorgfalt festgelegt gehabt. Man könne annehmen, daß sie sich auf die Regierungsvorlage zurückgezogen haben würden, wenn das Zentrum die Bewegung nicht aufgehalten hätte. Ihr zweiter Redner, Genosse Frank, habe „sehr geschickt“ operiert. Da die Regierungsbereiter und die Konservativen, um die Sozialdemokratie zur Stellungnahme gegen den Zentrumsantrag zu bewegen, nacheinander erklärt hatten, daß einzig die republikanischen Anträge der Sozialdemokraten die logische Konsequenz des von der Kommission beschlossenen neuen Paragraphen 1 der Vorlage seien, habe Frank, der mehr Diplomat sei als Genosse Emmel, ironisch bemerkt, daß ein Lob von dieser Seite ihm recht verdächtig erscheine und daß dieses Lob seine Freunde nicht hindern werde, für den Zentrumsantrag zu stimmen, der „einen entscheidenden Schritt vorwärts“ bedeute (qui marquaît un pas en avant décisif).

Ganz so, wie der Abg. Wetterlé, der allerdings der Sitzung beigewohnt hat, im „Republikanischen“ (Nr. 42 vom 18. Februar) die Sache hier darstellt, kann die Erklärung des Genossen Frank nicht wohl gelautet haben; sonst wäre es schwierig, die in der Parteipresse mitgeteilte ausdrückliche Verwahrung des Genossen Ledebour damit in Einklang zu bringen, die vor der Abstimmung erfolgte und dahin ging, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Zustimmung zunächst zu dem Antrage der Freisinnigen und dann zu dem Antrage des Zentrums sich für diese Anträge natürlich nicht festlegten.

Einen „entschiedenen Schritt vorwärts“ sieht man in Elsaß-Lothringen in der Annahme des Zentrumsantrages für den Fall, daß der Bundesrat ihm zustimmen sollte, auch nicht einmal auf bürgerlicher Seite, — von den Zentrumsanhängern natürlich abgesehen. Darüber läßt keinen Zweifel die Haltung des „Journal d'Alsace-Lorraine“ in Straßburg und des „Reffin“ in Metz, welche letzterer den mit Hilfe der Zentrumsstimmen abgelehnten sozialdemokratischen Antrag als den wirklich elsaß-lothringischen Antrag bezeichnet, während er von dem Zentrumsantrage ganz richtig sagt, daß er „uns in der Abhängigkeit eines von Berlin aufgezwungenen Statthalters erhalten wird“.

Das einheimische Bürgertum lehnt, soweit es nicht im Nachtrah des Zentrums marschiert, den Statthalter auf Lebenszeit mit aller Entschiedenheit ab, — dieser angebliche Grobherzog in Brad und Zylinder oder in der Admiralsuniform, mag er Prinz August Wilhelm oder Prinz Heinrich heißen, scheint ihm auch mit der Saue der drei Bundesratsstimmen noch nicht genießbar. Erst recht widerwärtig ist dieser Kommissionsbeschluss aber den Massen des arbeitenden Volkes, die ehrlich republikanisch gesinnt sind und die als rührige Bataillone in der aktiven Armee des internationalen Proletariats von ihrem Klassenstandpunkte aus für den ganzen Gigantenkampf um die drei Bundesratsstimmen nur ein mitleidiges Lächeln haben, — um diese Bundesratsstimmen, welche Elsaß-Lothringen die „Selbständigkeit“ bringen sollen und die der Kaiser in Berlin oder sein Statthalter im Lande instruiert, diese Bundesratsstimmen, von denen Wilhelm II. angeblich ebenjowenig wissen will wie sein Grobwater von der deutschen Kaiserkrone, was nach gut deutscher Tradition für den Reichstag ein Fingerzeig ist, sie ihm unter Vorantritt des Zentrums mit dem Umgehlin des zu wenig beachteten Reichshofes zu Füßen zu legen!... Die kämpfende Arbeiterklasse hat kein Interesse an einer größeren Stabilität des monarchischen Regierungssystems, wie sie der Statthalter auf Lebenszeit mit sich bringt, sie hat keine Sympathien für die Stärkung der monarchischen Autorität, wie sie in der Position des lebenslänglichen Statthalters im Gegensatz zu dem bisherigen, jeden Augenblick der Abberufung gewärtigen Würdenträger liegt. Das sind doch alles nur Sorgen, die die eigent-lich herrschende Klasse interessieren und in Bewegung bringen können! Was haben wir hierbei zu suchen? Lassen wir ruhig dem Zentrum die Vorbeeren, sich auf diesem Wege engagiert zu haben, — das Zentrum ist dabei in seiner Rolle. Die Sozialdemokratie hat keinen Grund, hier eifersüchtig vorzutreten, um einen Teil der Prügel in Empfang zu nehmen, die das elsaß-lothringische Volk sicher jenen Parteien applizieren wird, die bei der Einsetzung eines kaiserlichen Statthalters auf Lebenszeit irgendwie mitschuldig sind.

Es muß daher mit aller Deutlichkeit dagegen Einspruch erhoben werden, wenn die Zentrumspresse den Versuch macht, die Haltung unserer Abgeordneten in der Reichstagskommission im Sinne einer grundsätzlichen Anerkennung für den Zentrumsantrag zu deuten, der aus taktischen Erwägungen des Augenblicks unter ausdrücklicher Verwahrung gegen jene Mißdeutung die Zustimmung der Sozialdemokraten erhielt. Vielleicht nehmen unsere Abgeordneten Anlaß, diesem neuesten Zentrumschwundel durch noch schärfere Präzisierung dessen, was uns in dieser Frage vom Zentrum trennt, bei nächster Gelegenheit zu begegnen. Es ist nicht einzusehen, warum in Sachen des lebenslänglichen Statthalters und der drei Bundesratsstimmen für Elsaß-Lothringen eine Verständigung zwischen Regierung und Zentrum nicht alsbald erfolgen sollte, — falls es nicht richtig sein sollte, was man aus allerhand Anzeichen schließen darf, daß nämlich das Zentrum hier ganz direkt bestellte Arbeit für die preussische Krone geliefert hat. Wie zurecht die Zentrumsfraktion der weiteren Entwicklung entgegensteht, zeigt eine Mitteilung der Fraktion an die Zentrumspresse, worin es heißt:

Die Verbündeten der Regierung müssen unter sich die Frage erledigen, ob in dem Zuwachs von drei Bundesratsstimmen für sie die Notwendigkeit einer weiteren Vermehrung oder anderweitigen Verteilung ihrer Stimmen ergibt.

Der Reichstag wird gut daran tun, sich der Entscheidung darüber zu enthalten. Daß der Bundesrat bisher noch keinen gangbaren Weg für die Verteilung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen hat, ist kein Anlaß zur Verwirrung.

Bei aller Anerkennung der Schwierigkeiten dieser Frage, die gelöst werden muß, dürfte man der Ansicht sein, daß die Erörterung über dieselbe im Bundesrat neben der Weiterberatung der Vorlage in der Kommission einhergehen könne. Denn die Dringlichkeit dieser Beratung ist mit Rücksicht auf die Länge der noch verbleibenden Dauer der Reichstagsession außer Zweifel.

Es ist damit zu rechnen, daß die Kommissionsberatungen ihren Fortgang nehmen werden, und zwar unter der für das Zustandekommen der Vorlage wünschenswerten Mitwirkung der Verbündeten der Regierung. Ihr Verlauf wird dann der Elsaß-Lothringischen Verfassungsfrage günstig sein.

Das Zentrum will zu einem praktischen Ergebnis kommen, und denselben Willen muß nach Lage der ganzen Verhältnisse die Regierung haben. Wenn aus dieser Paarung, wie jetzt sicher ist, ein ganz greulicher Bastard geboren wird, so richten wir uns zweckmäßig heiztun darauf ein, durch Vermeidung aller Zweideutigkeit die Unterjochung der Vaterstadt zu erleichtern.

Der Bezirksauschuß gegen die Rixdorfer Wahlrechtsräuber.

Ein neues Kapitel in der Geschichte des Rixdorfer Wahlrechtsraubes ist zu Ende. Zusammenfassend behandelten wir in unserer Nr. 10 den bisherigen Gang der Dinge, indem wir zugleich die Rechtslage zu Recht und Frommen für Freund und Feind noch einmal auseinandersetzten. Den Anlaß bot uns die resultatlose Verhandlung des Bezirksauschusses in Potsdam vom 10. Januar in Sachen Karle und Genossen wider die Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung, betreffend die Anfechtung der am 15. Juli 1910 offengelegten Rixdorfer Kommunalwählerliste. Wie im Jahre vorher, war diese Wählerliste, die zweite unter dem Ortsstatut über den anderthalbfachen Durchschnitt, unter total falscher Wertung des Gesetzes vom 30. Juni 1900 aufgestellt worden. Alle Wähler, die nach der Drittelung der von den Wahlberechtigten insgesamt aufgetragenen Steuern in die zweite Abteilung gehörten, an Steuern aber weniger als den auf den einzelnen entfallenden anderthalbfachen Durchschnitt zahlten, waren einfach in die dritte Abteilung abgehoben worden. Dadurch hatte man viel Arbeiter und Kleinbürger in ihrem Wahlrecht vermindert. Auch diesmal, wie in den früheren Fällen — siehe den Artikel in Nr. 10 des „Vorwärts“ —, hatten unsere Genossen die von der Stadtverordnetenmehrheit trotz heftigen Protestes gebilligte Liste angefochten. Sie beriefen sich in dem von den Rechtsanwälten W. Geine und Dr. Behrend geführten Prozeß auf die §§ 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1900, betreffend die Einteilung der Wählerabteilungen bei kommunalem Dreiklassenrecht, und verlangten Ungültigkeitserklärung der Liste wegen der erwähnten Abhebung von Wählern in die dritte Klasse, welche nach der gemäß § 1 grundlegenden Drittelung in die zweite Wählerklasse gehörten. Sie konnten sich dabei auf ein Urteil des Bezirksauschusses vom 12. Juli 1910 berufen, durch das die in gleich fehlerhafter Weise im Jahre 1909 zustande gekommene Wählerliste für ungültig erklärt worden ist, sowie auf das bekannte Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 18. Januar 1910. Danach ist § 2 des Gesetzes von 1900 so auszulegen, daß das dort für Städte von mehr als 10 000 Einwohner gegebene Durchschnittsprinzip die grundlegende Drittelung nur verändern soll insofern, als Wähler der niederen Abteilung, die mehr als den Durchschnitt zahlen, in die höhere Abteilung aufzurücken haben. Niemals ist aber jemand, der nach der Drittelung in die höhere (hier zweite) Abteilung gehört, nur um deswillen der niederen Abteilung zuzurechnen, weil er weniger Steuern als den Durchschnitt zahlte. Und der Bezirksauschuß hat in dem Urteil vom 12. Juli 1910 ausgeführt, daß dieselben Grundätze auch zuträfen für Gemeinden, die gemäß § 3 des vielgenannten Gesetzes durch Ortsstatut an Stelle des einfachen Durchschnitts (nach § 2) den anderthalbfachen Durchschnitt setzten, wie Rixdorf durch das Ortsstatut vom 20. Januar 1909.

Schon in der Verhandlung vom 10. Januar hatte Rechtsanwalt Dr. Behrend vor dem Bezirksauschuß auf das offensibare Bestreben der Rixdorfer Mehrheit hingewiesen, die Sache zu verschleppen. Damals glaubte aber der Bezirksauschuß noch zu keinem Urteil kommen zu können. Er glaubte, selbst eine richtige Wählerliste feststellen zu müssen. Deshalb beschloß er Vertagung und forderte die Stadtverordnetenversammlung auf, binnen einer Frist von drei Wochen eine Wählerliste vorzulegen, welche zunächst nach dem Drittelungsprinzip und sodann nach dem Durchschnittsprinzip aufgestellt sei und bei welcher, ebenso wie in der gleichfalls vorzuliegenden Drittelungsliste, die vom Magistrat als berechtigt anerkannten Einsprüche berücksichtigt sind. Zugleich wurde neuer Termin auf gestern angesetzt. — Der Stadtverordnetenvorsteher beantragte unter dem 3. Februar, die Frist zur Aufstellung der geforderten Wählerliste bis zum 5. April zu verlängern, und zwar auf Grund eines Magistratsberichts vom 2. Februar, worin der Magistrat erklärte, er brauche für die Aufstellung der Liste einen Zeitraum von mindestens 10 — zehn — Wochen. Der Bezirksauschuß benachrichtigte die Anwälte,

Diese Widersprüche aber einer weiteren Vertagung und so kam es gestern zur Verhandlung. Als Vertreter der Kläger, unserer Genossen, war wieder Rechtsanwalt Dr. Behrend erschienen. Er beantragte, daß man doch unter den obwaltenden Umständen, nachdem die Frist seitens der Stadtverordnetenversammlung nicht innegehalten sei, die Wählerliste einfach für ungültig erklären möge. Die Rechtslage sei ja ganz klar.

Der Bezirksauschuß unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten folgte dem Antrage und erklärte die am 15. Juli 1910 offengelegte Wählerliste für ungültig.

Gründe wurden nicht verflücht. Es sind aber zweifellos die der früheren Entscheidung. Ob sich die Wahlrechtsverschlechterer nunmehr bei der nächsten Liste danach richten werden? Wir sind der Ansicht: Angesichts einer so klaren Rechtslage sollte man nunmehr strafrechtlich gegen die Herren vorgehen, die unter klarer Rechtsbeugung eine dem Gesetz entsprechende Wahl durch Aufstellung falscher Wählerlisten verschleppen und hindern. Die zum Schutz gegen Amtsmißbrauch und zum Schutz der Wahl gegebenen Strafvorschriften können gegen weitere Verschleppungsmanöver zur Anwendung gebracht werden, da von gutem Glauben angesichts der Sachlage keine Rede mehr sein kann.

Ein neuer Schurkenreich der russischen Regierung.

Vor einigen Tagen fanden in der Duma äußerst erregte Debatten über die Wahlpraktiken der russischen Regierung statt, die anlässlich der Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten bei den Anfang April bevorstehenden Nachwahlen in Moskau stattfanden. Bei diesen Wahlen, die angesichts der im nächsten Jahre bevorstehenden allgemeinen Dumawahlen eine enorme politische Bedeutung haben, hatten auch unsere Genossen beschlossen, mit einer selbständigen Kandidatur hervorzutreten, und bereits eifrige Vorbereitungen für die Wahlen getroffen. Selbst der Dumapäsident Gutschkow sah sich vor kurzem genötigt, anzuerkennen, daß die Chancen im Wahlkampf, an dem außer den Sozialdemokraten auch die Oskobisten und Kadetten beteiligt sind, für die Sozialdemokratie äußerst günstig sein würden, wenn sie einen populären Kandidaten aufstellen würden. Als solcher war der Schriftsteller J. Skworzow in Aussicht genommen, der als Uebersetzer und Autor verschiedener geschichtlicher und marxistischer Schriften weiten Kreisen bekannt ist. Raum aber war die Nachricht von dieser Kandidatur in die Öffentlichkeit gedrungen, als die Polizei eine Hausdurchsuchung bei Skworzow unternahm, und, obgleich sie auch nicht das geringste Kompromittierende bei ihm fand, denselben verhaftete.

Anlässlich dieser infamen Verletzung des Wahlgesezes hat die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag in der Duma eingebracht, der in glänzender Weise vom Genossen Gegetskori verteidigt wurde:

Man könnte — so begann er — uns den Vorwurf der Rabibität machen, daß wir die Mehrheit der Reichsduma durch die Verhaftung eines Menschen in Erkennen versehen wollen. Denn was bedeutet in der Tat die Verhaftung eines Mannes im Vergleich mit dem System der Vergewaltigung, Rechtsbeugung und der Mißbräuche, das sich unsere Regierung angeeignet hat? Was bedeutet die Verhaftung eines einzelnen Mannes im Vergleich mit den ungezügelt wilden Exzelenzen, denen die studentische Jugend unterworfen wird, die mit einem solchen Enthusiasmus, einem solchen nachahmungswürdigen Selbennut zum Schutz der Universitätsautonomie hervorgetreten ist? ... Wir wissen dies alles, aber wenn wir trotzdem noch einmal die Frage des Wahlrechtsraubes der Regierung in den Vordergrund rücken, so nur, um einen der Kontraste, mit denen unser politisches Leben so reich ist, zu befestigen. Sie sehen hier auf der äußersten Linken die sozialdemokratische Fraktion. Rechts daneben sind Sie gezwungen, mit dieser Fraktion als der Vertreterin der proletarischen Massen zu rechnen. Das Kabinett des Herrn Stolypin und die Mehrheit der Reichsduma müssen sich mit der Existenz dieser verhassten Fraktion ausöhnen, um ihre Wähe zu verdeden und ihre Handlungen vor der Finanzbourgeoisie Europas zu rechtfertigen. In gleicher Zeit aber werden die sozialdemokratischen Wähler verfolgt, die kraft der Aufgaben, die sie im Auge haben, die Abgeordneten wählen müssen, die in der sozialdemokratischen Fraktion togen werden. ... Die Regierung hatte gehofft, daß sie nach der Vernichtung der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma und dem Staatsstreich vom 18. Juni die sozialdemokratischen Wähler und die sozialdemokratische Partei einschüchtern würde. Uns scheint aber, daß die Regierung von der realen Wirklichkeit weit entfernt war. Die Anwesenheit des kleinen Häufchens von Männern, die die ungeheuren Massen der Bevölkerung vertreten, die Existenz der sozialdemokratischen Fraktion und ihrer nächsten Nachbarn sollte Sie überzeugen, daß diese Leute nicht von ihren Positionen zurückweichen. Die Sozialdemokratie ist eine Massenpartei und als solche vermag sie ihre Arbeit nicht in konspirativen, illegalen Rahmen einzubringen. Welche Verfolgungen Sie auch gegen die sozialdemokratische Bewegung erkennen, welche Einschränkungen Sie auch gegen sie einführen sollten, die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß sich das Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie nicht aufhalten läßt. Der beste Beweis ist die deutsche Sozialdemokratie, auf die Sie sich stets berufen, und die Sie uns als Muster vorführen. Wenn selbst die Regierung des eisernen Kanzlers die Bewegung und das Wachstum der deutschen Sozialdemokratie nicht aufzuhalten vermochte, die heute zu einer organisierten, disziplinierten Armee angewachsen ist, was kann denn unsere Regierung ausrichten, die schwach an Geist und an Kräften ist? Und nun zu der Frage der Moskauer Wahlen. Wir stellen Klipp und klar die Frage: Wie stellen Sie sich zu der Existenz der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma, die in legaler Weise, im Rahmen des Gesetzes tätig ist, während andererseits überall im Lande die Wähler verfolgt werden, die diese Abgeordneten gewählt haben? ... Skworzow ist verhaftet worden, weil er sozialdemokratischer Kandidat war. Wir haben Mitteilung erhalten, daß sich das Verhör ausschließlich in diesem Rahmen bewegt hat; man fragte ihn, in welcher Weise er sich an der Wahlkampagne beteiligt habe, ob er bereits als Kandidat aufgestellt worden war usw. Auch ein anderer Wähler, Dr. Kanel, ist verhaftet worden, der an der Wahlkampagne zur dritten Duma tätigen Anteil genommen hatte. Sie können also aus diesen Tatsachen ersehen, daß die Moskauer Administration selbst diejenigen Personen verhaftet und zur Seite schafft, die nach ihren Voraussetzungen an dem künftigen Wahlkampf teilnehmen können. Wir verlangen, daß unser Dringlichkeitsantrag angenommen wird, damit endlich Klarheit geschaffen wird. Diejenigen, die gegen unseren Antrag stimmen werden, werden dadurch den Beweis erbringen, daß unser Wahlrecht nichts weiter ist als eine Fiktion.

Die Abstimmung wies die Richtigkeit dieser Worte schlagend nach. Ohne daß von gegnerischer Seite auch nur ein Redner das Wort genommen hätte, wurde der sozialdemokra-

tische Dringlichkeitsantrag glatt abgelehnt. Damit hat die Mehrheit der Reichsduma der Regierung Stolypin freie Hand für die Zukunft gegeben, die gegnerischen Kandidaten mit allen Mitteln der Gewalt unschädlich zu machen und die künftigen Dumawahlen nach dem Muster der Odesaer „Stadtwahlen“ zu organisieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar 1911.

Die Rechtspflege auf der Anklagebank.

Aus dem Reichstag, 21. Februar. Bei der Beratung des Justizetats werden stets die Mängel der Rechtspflege einer Erörterung unterzogen. Diese Mängel haben sich aber in so bedenklicher Weise gebäuft, daß ihre Vorführung den Eindruck machte, als ob durch die Redner der Opposition ein förmliches Anklageverfahren gegen die Rechtspflege eröffnet worden sei.

Selbst der Zentrumsredner Dr. Pelzer, dem sicher nichts ferner liegt, als dem Regime Bethmann Hollweg Schwierigkeiten bereiten zu wollen, mußte zugeben, daß das Volk recht habe, von Klassenjustiz zu reden, und daß auch Richter über manche Urteile den Kopf schütteln. Wie sehr diese Klassenjustiz mit dem Volksurteil in klaffenden Widerspruch gerät, bewies dann Genosse Frank an einer großen Zahl von Einzelfällen, wobei ihm die Breslauer Justiz gegenüber den Sozialdemokraten besonders auffälliges Material lieferte. Als er dabei auch die geplanten strafrechtlichen Verschärfungen der Strafen für Prebvergehen in ihrer Gemeinshaftlichkeit kennzeichnete, glaubte der Präsident Spahn ein Eingehen auf diese Fragen inhibieren zu können. Frank konnte, unterstützt durch Juruse mehrerer Parteigenossen, aber nachweisen, daß schon durch die Einstellung der Forderung für eine Strafrechtskommission in den Etat das Eingehen auf solche Fragen vollauf gerechtfertigt ist. An dem Vorgehen gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung wie andere Eingriffe der Jagow und Weseler in die Rechtspflege wies Frank dann nach, daß wir nicht in einem Rechtsstaat, sondern in einem Polizeistaat leben.

Der Staatssekretär Dr. Visco verbeistete sich über einige von den Vorrednern angeführte juristische Fachfragen, vermied es aber peinlich, auf den größten Mißbrauch der Rechtspflege zu politischen Zwecken einzugehen. Dieses Manöuvre der freikonserwatve Antidiviker Barenhorst durch einige plumpe Ausfälle auf die Sozialdemokratie zu ergänzen, wobei er die durchaus falsche Behauptung in die Welt setzte, im Roabiter Prozeß hätten die Anwälte selbständig ein Hausen Zeugen laden lassen, während tatsächlich die sämtlichen Zeugen durch den Gerichtshof geladen wurden. Nach ihm wurde die Vervollständigung des Anlagematerials gegen die Rechtspflege durch den Freisinnigen Dr. Ablaß in einer 2 1/2 stündigen Rede vorgenommen, deren Kern die altentwähnte Darstellung des Prozesses gegen den Gutbesitzer Becker wegen Landratsbeleidigung bildete. Nach einigen Belanglosigkeiten des Antifemiten Roth wurde die Debatte auf Ritter noch verlag.

Keine Reformen im Eisenbahnwesen.

Als einen Minister für verkehrte Sozialpolitik, nicht aber für Verkehrssozialpolitik bezeichnete Genosse Reinert am Dienstag im Abgeordnetenhaus den Eisenbahnminister. Wie recht unser Redner hatte, das hat Herr v. Breitenbach noch in derselben Sitzung aufs neue bewiesen. Reinert hatte, gestützt auf amtliches Material, die günstigsten Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung dargestellt, an denen vor allem die beiden untersten Wagenklassen beteiligt sind, während die Einnahmen aus der ersten Klasse seit Jahren ständig zurückgehen. Trotzdem meint der Minister und heraus, daß er von einer Abschaffung der ersten Klasse, die Reinert gefordert hatte, nichts wissen will. Erklärt sich diese Haltung der Regierung aus ihrer Verwörung und Begünstigung der bestehenden Kreise, so ist ihr Widerstand gegen die Vereitigung der vierten Wagenklasse zurückzuführen auf ihre Verachtung der besitzlosen Masse. Gewiß ist die vierte Klasse heute schon besser ausgestattet als früher, was Reinert auch unumwunden anerkannte, aber im allgemeinen läßt sie doch noch recht viel zu wünschen übrig. Unser Genosse traf den Nagel auf den Kopf, als er dem Minister vorwarf, er fördere die Interessen der Reaktionen, die in den Reihen der Arbeiter eine sozialdemokratische Gefahr wittern.

Symptomatisch ist die Rede des Abg. Veyer, eines Zentrumsarbeiters, der in der dem Zentrum eigenen Weise die Interessen der Arbeiter wahrte. Seine ihm offenbar von einem der Sekretäre ausgearbeitete Rede, die er unter allgemeiner Unaufmerksamkeit vorlas, gipfelte in einer Dankagung der „national gesinnten“ Arbeiter an den Minister und in einem Versuch, Herrn v. Breitenbach gegen die Sozialdemokratie schwarzzumachen. Als ob das noch nötig wäre! Mittwoch Fortsetzung.

Aus dem Parlament des preussischen Kulturstaates.

Das im preussischen Dreiklassenhaus vertretene preussische Junkertum betreibt mit Energie die „Ethisierung“ dieses Redesinstituts.

Nach einer Meldung der Berliner „Börsenzeitung“ wird die Geschäftsordnungskommission bereits in allerhöchster Zeit zusammentreten, um den Vergewaltigungsantrag zur Rundtomachung der Sozialdemokratie, den Antrag Brandenstein, zur „Verbollständigung“ der Geschäftsordnung zu beraten. Es soll beabsichtigt sein, Bestimmungen zu treffen, daß bei Beratung größerer Entwürfe die Rednerliste so aufgestellt wird, daß die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke zum Worte kommen und eine Auslosung oder der Zeitpunkt der Wortmeldung nicht in Betracht kommt. Für die Besetzung von Kommissionen sind verschiedene Vorschläge gemacht, das Präsentationsrecht soll nicht von den Abteilungen, sondern von den Fraktionen ausgeübt werden, und zwar sollen als Fraktionen nur Gruppen über 15 Mitglieder gelten.

Könnte die Geschäftsordnungskommission nicht zugleich auch in Erwägung ziehen, ob es nicht würdiger sei, daß künftig der Präsident des Abgeordnetenhauses in einem Pietroffskium die Verhandlungen leite?

Die geplante Herbstsession des Reichstages.

Ueber die Frage der Abhaltung einer Herbstsession des Reichstags weilt eine halbhoftige hiesige Korrespondenz zu berichten:

Die Einberufung des Reichstags zu einer Herbstsession wird sich schwerlich umgehen lassen und doch wird sich im Herbst ein beschlußfähiger Reichstag kaum längere Zeit zusammenhalten lassen. Man wird es der Regierung nicht verübeln können, daß sie die vorliegenden Materien lieber mit der jetzigen Reichstagsmehrheit erledigen will, schon um nicht die Parteien mit leeren Händen vor die Wähler treten zu lassen. Obwohl

Gewerkschaftliches. Arbeiterseelenhandel.

An dem schreib- und bannfluchseligen Papste hat in den letzten Monaten die interkonfessionell-christliche Gewerkschaftsbewegung einen unangenehm scharfen „Mit-arbeiter“ gehabt. Der Interkonfessionalität ist es in dem Feldzuge gegen den „verseuchten Westen“ über ergangen. Ob das Ganze nun ein geschickter Kulturkampfplan war, der den Zweck hat, die breiten Massen der katholischen Anhänger in Deutschland von den großen politischen Tagesfragen abzulenkeln, oder ob es wirklich orthodoxer Fanatismus gewesen ist, der da der interkonfessionellen Gewerkschaftsbewegung so böse zusetzte, genug, die christlichen Zentrums-gewerkschaften haben alle Mühe, ihre evangelischen Schäflein zu beruhigen.

Beinahe als Witz nimmt sich dabei der Eifer an, mit dem die evangelischen Gewerkschaftsführer der Christlichen und ihr christlich-soziales Anhängsel, die Partei ohne Mitglieder, jetzt nachzuweisen versuchen, daß doch eigentlich gar nichts losgewesen sei.

Die Christlichsozialen wollen bekanntlich aus politischen Gründen besonders in rheinisch-westfälischen Industriegebieten mehr Leben in die evangelischen Arbeitermassen bringen. Besonders ihr Organ „Arbeit“, das in Barmen erscheint, gibt sich dabei alle Mühe. Die jüngst herausgekommene Nummer des Blattes widmet gleich drei große Artikel dem einen Zweck, die evangelischen Arbeiter im allgemeinen und die der christlichen Gewerkschaften im besonderen — sie sind überdies an Zahl gar nicht so groß — in das Zentrums-lager überzuführen. Im Leitartikel versucht sie nachzuweisen, daß das Zentrum früher durch die Nationalliberalen als die beste und schönste Partei hingestellt worden wäre. Und heute, da wollten die dummen Nationalliberalen plötzlich nichts mehr von ihm wissen.

Dann kommt Behrens, der als Generalsekretär der Christlichen Bergarbeiter und als M. d. R. — so unterzeichnet er seinen Artikel — über „den Brief an den Kardinal Frischer“ schreibt. Er prügelt die „Tägliche Rundschau“, weil sie nicht recht daran glauben will, daß der Papst und alle die anderen, die vor kurzem noch so kräftig gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften zeterten, eigentlich gar nichts gesagt hätten, was für den Gedanken der konfessionellen Verbrüderung (natürlich gegen die Sozialdemokratie) gefährlich sei.

An dritter Stelle steht in dem achtsseitigen Blatt ein Artikel: „Die Gewerkschaftsfrage in den evangelischen Arbeitervereinen“, der eine weit über die anderen hinausgehende Bedeutung hat, zeigt er doch klipp und klar, wie man mit den Seelen der Arbeiter heute politischen Handel treibt. Einmal wird offen festgestellt, daß die evangelischen Arbeiter nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei dem katholischen Zentrum ihre eigentliche Interessensvertretung hätten! Leider seien die evangelischen Arbeiter noch nicht so weit, daß ihnen dies so ohne weiteres einleuchtete. Es heißt dann:

„Es ist unbegreiflich, daß einzelne evangelische Arbeitervereine durch ihre Neutralität in der Gewerkschaftsfrage den sozialdemokratischen Strategen immer neue Hilfstruppen zuführen. ... In den evangelischen Arbeitervereinen selbst zieht sozialdemokratischer Geist ein; man sieht nicht zu schwarz, wenn man annimmt, daß drei Viertel aller evangelischen Arbeitervereine in Württemberg, soweit sie Arbeiter sind, sozialdemokratisch wählen, und also nicht bloß gewerkschaftlich, sondern auch politisch den Feind stärken.“

Der württembergische Verband der evangelischen Arbeitervereine gehört dem Gesamtverbande nicht an und steht mamentlich der neuerdings sich dort geltendmachenden christlichsozialen Strömung ablehnend gegenüber. Deswegen wird er nach altbewährtem System mit der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht in der stillen Hoffnung, daß die braven evangelischen Arbeiterseelen schleunigst ausfliegen. Warum die württembergischen Evangelischen nichts von den christlichen Gewerkschaften wissen wollen, sagte Pastor Kappus, einer ihrer Anhänger schon 1905 auf eine damalige Anpassung hin recht deutlich:

„Die christlichen Gewerkschaften gelten in unserem Ver-bande vielmehr als sonst vorwiegend als Zentrums-schöpfungen, und diese Auffassung ist auch insofern be-rechtigt, als sie in Württemberg jedenfalls in ihren Anfängen ganz vorwiegend katholischen Charakter tragen. Zum Zentrum aber stehen wir im Süden überhaupt in schärferem Gegensatz als zur Sozialdemokratie.“

Wie eine neue Antwort auf diese alte Feststellung liest sich die weinerliche Klage der christlichsozialen „Arbeit“ in dem schon vorerwähnten Artikel, wo man erst versucht, den evan-gelischen Arbeitern vor den Sozialdemokraten gruselig zu machen und ihnen dann das Gruseln vor dem Zentrum abzu-gewöhnen. Es heißt da:

„Mit der viel günstigeren Einschätzung der Sozialdemokratie geht parallel ein ungerechtes Urteil über den katholischen Volksteil. Man macht sich ganz desselben Fehlers schuldig, den man an den Zentrumsorganen mit Recht rügt, man setzt Katholik und Zentrumsmann völlig gleich, und sieht überall ein Bündnis mit dem Zentrum, wo es sich um ein Zusammengehen mit katholi-schen Mitbürgern zur Wahrung gemeinsamer Interessen handelt.“

Das ist allerdings traurig. So ein Zentrums-mann ist doch nichts weiter als ein harmloser „katholischer Mitbürger“, und den darf man doch beileibe nicht mit einem — Zentrums-mann verwechseln.

Die christlichsoziale Partei ist dauernd nach rechts ge-rückt; heute ist sie ein Wächermasch von konservativen, liberalen und anderen Elementen. Seitdem Papst Leo seinerzeit seinen temperamentsvollen Bannfluch gegen den „Sozialismus“ schleuderte, ist ihr Schicksal auch im Wortgebrauch zum Aus-druck gekommen. Der „Sozialismus“ ist verdorren, und das Christliche ist geblieben. Und deswegen werden sie jetzt evangelische Arbeiterseelen für die chris-tlichen Gewerkschaften und damit auch für die Zentrums-partei. Es kommt nun nur noch darauf an, ob die Arbeiter sich so verkaufen lassen.

Berlin und Umgegend.

Die Verhandlungen des Zentral-Schiedsgerichts für das Dampfergewerbe

wurden am Sonnabend fortgesetzt. Es wurde über Lohnausgleich für den Wegfall von Arbeitsstunden an einzelnen Tagen verhandelt. Das Preussische Schiedsgericht hat hinsichtlich der täglichen Arbeitszeitverlängerung grundsätzlich festgesetzt: „Die Verlängerung der Arbeitszeit bedingt einen Ausgleich des Lohnausfalls.“ Es bestanden nun Meinungsverschiedenheiten darüber, ob dieser Grundsatz auch anzuwenden sei, wenn es sich um eine Verlängerung der Arbeitszeit an den Montagen und Sonnabenden handelt.

Das Schiedsgericht entschied, daß Zusätze zu Verträgen zulässig sind, die sowohl einen Lohnausgleich für diese Arbeitszeitverlängerung wie auch eine Lohnzahlung für sogenannte Freistunden festsetzen. Die Vertragsparteien können solche Vereinbarungen treffen und die Vorinstanzen sind im Streitfalle berechtigt, eine Entscheidung zu fällen. Weitergehende Anträge, insbesondere solche, die die Aufhebung der Entscheidungen der Vorinstanzen forderten, wurden ab-gewiesen.

Aus mehreren Vertragsgebieten wird eine Entscheidung dar-über verlangt, ob in solchen Fällen der Staffel- oder der Einheits-lohn im Verträge einzustellen ist. Eine Entscheidung von zentraler Stelle aus ist nicht gut möglich, deshalb wurden diese Anträge an die zweite Instanz verwiesen.

In fast allen Gebieten, in denen es bisher zu einem Vertrags-abschluß noch nicht gekommen ist, wurde in den meisten Fällen die fällige Lohnerhöhung noch nicht gezahlt. Das Schiedsgericht ent-scheidet auf Grund der zahlreich eingegangenen Anträge, daß die am 16. Juni 1910 fällig gewesene Lohnerhöhung in jedem einzelnen Falle nachzuzahlen ist.

Das Schiedsgericht mußte am Sonnabendabend 10 Uhr die Verhandlungen abbrechen. Von 151 Punkten der Tagesordnung sind gut zwei Drittel erledigt. Der Rest soll in der nächsten Sitzung, die am 6. März stattfinden soll, erledigt werden. Es stehen noch sehr wichtige Fragen zur Beratung, z. B.: ob die Parteien durch Schiedspruch gezwungen werden können, einen Tarif für Afford-arbeit festzusetzen; ob die Arbeitsnachweise der Unternehmer ge-sperrt werden dürfen; wann für die drücklichen Organisations Hand-lungsfreiheit eintritt; ob Rahmregelung von Leitern der Ausperrung und von solchen Arbeitern eintreten darf, die für Innehaltung der Verträge sind; ob für die Ortsverträge die Beschreitung des Rechts-weges ebenfalls ausgeschlossen sein soll und viele andere wichtige Fragen.

Achtung, Maler! Laut Spruch des Ortsarbeitsrates Berlin ist bei Landarbeiten, bei welchen ein Nebenerwerb notwendig ist, eine Entschädigung für Mehraufwand für Verheiratete von 2,75 M. und für Ledige von 1,50 M. zu zahlen. Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß die obigen Sätze unbedingt zu zahlen sind, und daß ein Nichtzahlen dieser Bestimmung ein Bruch des Tarifses bedeutet. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Forderungen der Eisenbahnarbeiter.

Das sonderbare System der Affordarbeit in den Haupt- und Nebenwerkstätten der Staatseisenbahnen ist Gegenstand andauernder Klagen des Personals. Die Werkstättenarbeiter erhalten einen äußerst niedrig bemessenen, nach dem „Dienstalter“ steigenden Stundenlohn und hierzu den prozentual nach der Lohnhöhe erteilten Affordzuschlag. Fast alle Arbeiten, auch die Reparaturen, werden von Arbeiterkolonnen in Afford ausgeführt; die Stückpreise werden ohne Mitwirkung der Arbeiter festgesetzt. Die Bemessung des Affordlohnes liegt dem Werkmeister ob, wobei häufig ein gewisses „Böhlwollen“ die Realität beeinträchtigt. Die enormen Unterschiede der einzelnen Lohnklassen werden (auch bei strenger Realität) durch die Affordzuschläge noch ungleichmäßiger, da der gemeinschaftlich von einer Kolonne erarbeitete Affordverdienst immer zum größeren Teile den Beteiligten mit höherem Stundenlohn zufällt. Kein Affordarbeiter ist in der Lage, seinen Verdienst sich selbst zu berech-nen. Bei der Ende vorigen Jahres erfolgten teilweisen Lohn-erhöhung der Eisenbahnarbeiter wurden in Berlin auch die Werk-stättenarbeiter mit einer „Lohnerhöhung“ bedacht, d. h. es wurden die Stundenlöhne, jedoch nicht die Affordpreise erhöht. Diese Auf-besserung ging in der Weise vor sich, daß die älteren Arbeiter 4 bis 5 Pf., die jüngeren 1 bis 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde erhielten. Infolge des famosen Affordsystems gestaltete sich die Sache so, daß in Kolonnen, in denen ältere und jüngere Arbeiter zusammen arbeiten, zwar die älteren ein paar Mark für eine Zahlungsperiode mehr erhielten, die jüngeren dagegen bekamen weniger als vorher. Diesen Mißstand hat man jetzt dadurch beseitigt, daß in einer Kolonne nur ältere, in der anderen nur jüngere Arbeiter zusammen arbeiten. Solche Maßnahmen nennt die Eisenbahnverwaltung Lohnausbesserung!

Solange die Eisenbahnarbeiter dem „geduldeten“ Trier-Ber-liner Verband oder den „Eisenerfelder“ Zentrumschriften nachlaufen, anstatt sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, wird in diesem Ausbeutungssystem keine Veränderung eintreten.

Aus dem Beschriebenen wird aber auch erklärlich, weshalb sich einzelne ältere Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten mit dem be-stehenden Affordsystem zufrieden erklären.

Von Interesse für weitere Arbeiterkreise dürfte auch sein, daß am 5. Februar in Cannstatt eine Konferenz von Vertretern des Verbandes des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, des Ge-meinde- und Staatsarbeiterverbandes und des Deutschen Metall-arbeiterverbandes stattfand, die einstimmig eine Resolution beschloß, in der u. a. gefordert wird:

1. Eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohn-erhöhung der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter;
2. eine durchgreifende Revision nach der Richtung der Er-höhung der Affordpreise;
3. Beseitigung der Mißstände im Affordwesen und Einsetzung von Affordkommissionen, die im Einvernehmen mit den Arbeiter-ausschüssen gutachtlich bei der Feststellung der Affordpreise von den Werkstätteninspektionen zu hören und deren Gutachten zu be-rücksichtigen sind;
4. eine Revision der Betriebs- und Werkstätten-Lohnordnung;
5. Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse zu wirklichen Ver-trauenskörpern der Arbeiter und Herausbildung eines der Neuzeit entsprechenden Staatsarbeiterrechts.

Ferner wandte sich die Konferenz gegen die Schaffung einer eigenen Versicherungsanstalt für die bei den württembergischen Ver-lehrsanstalten beschäftigten Arbeiter. Die Konferenz richtet an die Generaldirektion der Verkehrsanstalten die dringende Bitte, von der weiteren Verfolgung einer derartigen Absicht Abstand zu nehmen und sich auf einen weiteren Ausbau der vorhandenen Versicherungs-einrichtungen zu beschränken.

Erfolgreicher Streik der städtischen Arbeiter in Kolberg.

Nach 24-tägigem Kampfe haben am Sonntag bezw. Montag früh die Kolberger Gas-, Park- und Bauhofarbeiter einen schönen Erfolg erzielt. Da die Arbeitsunterbrechung für diese drei Betriebe eine allgemeine war, Straßenreinerer und Schacht-arbeiter die Verrichtung von Hausreißerarbeiten ablehnten, son-stige Arbeitswillige dieser Arbeit teils nicht gewachsen waren, teils aber auch nachträglich die Arbeit niederlegten, so ging der Magistrat nach Intervention einiger arbeiterfreundlicher Stadt-beratern auf Verhandlungen ein. Das Resultat war der Abschluß eines Tarifses mit dem Verband der Gemeinde-arbeiter, gültig bis 1. April 1912 bei einmonatlicher Kündigung. Die Arbeitszeit wurde für jene Betriebe, die noch länger als zehn Stunden arbeiteten, auf 10 Stunden herabgesetzt. Für eine größere Anzahl Arbeiter wurde der Tage- bezw. Stundenlohn im Wochenlohn umgewandelt, so für erste Feuerleute des Gaswerkes mit einer Zulage von 3 M. pro Woche, für die übrigen Feuer-leute und Kesselheizer sowie die Straßenreinerer, Elektricitäts-werks- und Wasserwerksarbeiter mit 2,60 M. Zulage pro Woche. Alle anderen Arbeiterkategorien erhalten Stundenlöhne und zwar mit 3 Pf. Zuschlag, Arbeiterinnen mit 2 Pf. pro Stunde Leber-zeit, Nacht- und Feiertagsarbeit, die möglichst vermieden werden soll, wird mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt. An Urlaub erhält jeder städtische Arbeiter nach zweijähriger Dienstzeit drei Tage. Die Gasarbeiter erhalten bei schmutziger Arbeit Arbeitskleidung. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die sich event. aus den Bestim-

mungen des Tarifvertrages ergeben, fungiert eine Schlichtungs-kommission, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Vertretern der Stadtverwaltung unter unparteiischem Vorsitz zusammentritt und zu deren Sitzungen ein Organisationsvertreter und ein Ver-treter des Magistrats als Beirat zuzuziehen sind.

Der Abschluß dieser Lohnbewegung bedeutet einen schönen Er-folg für die Arbeiter, der ihrer Einigkeit und der Einheitslichkeit der Organisation in Verbindung mit einer kräftigen Unterstützung durch die Allgemeinheit der Arbeiterbewegung zu danken ist.

Zum Streik in der Schuhindustrie in Weissenfeld.

Bis jetzt sind in 54 Betrieben 2700 Arbeiter ausständig. Der Ausstand nimmt noch zu. — In einer Reihe von Betrieben, deren Inhaber dem Fabrikantenverein nicht angehören und in denen die Forderungen der Arbeiter anerkannt wurden, wird weiter-gearbeitet.

Achtung, Gummiarbeiter! Wegen fortgesetzter Rahmregelung organisierter Arbeiter hat eine Verammlung der Gummiarbeiter in Frankfurt a. M. beschlossen, über die Mitteldeutsche Gummi-warenfabrik A. Peter in Corbach und Frankfurt a. M. die Sperre zu verhängen. Alle Arbeiter, insbesondere die Gummi-arbeiter des In- und Auslandes werden ersucht, Arbeit in ge-nannten Betrieben nicht anzunehmen; die Firma sucht besonders in Oesterreich Arbeiter.

Ausland.

Streik der graphischen Arbeiter in Lüttich (Belgien).

Hier stellen die Buchdrucker gemeinsam mit den Lithographen und Stein-druckern die Forderung auf Verfürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich. Während einzelne Arbeitgeber diese Forderung bewilligten, traten diejenigen Buchdrucker, denen nichts bewilligt wurde, in den Ausstand. Als sich in einer Firma Streikbrecher fanden, legten dort die Lithographen und Stein-drucker die Arbeit nieder. Daraufhin sperrten die vereinigten Unternehmer sämt-liche Lithographen und Stein-drucker aus, so daß der Kampf nun ein allgemeiner ist. Das Sekretariat des Internationalen Bundes der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe, dem fast alle Berufsorganisationen der ganzen Welt angegeschlossen sind, warnt alle graphischen Berufsarbeiter vor Bezug nach ganz Belgien.

Streik in den schottischen Bergwerken.

Auf einer Versammlung der Maschinisten der schottischen Berge-werke wurde beschlossen, den Kohlengrubenbesitzern am Mittwoch die Aufkündigungen zu überreichen, daß die Arbeit niedergelegt werden würde. Die Arbeitsunterbrechung der Maschinisten, die einen acht-stündigen Arbeitstag verlangen, wird den Betrieb aller Kohlen-gruben in Schottland, die zusammen 95 000 Mann beschäftigen, zum Stillstand bringen.

Letzte Nachrichten.

Die passive Resistenz und der Ministerrat.

Wien, 21. Februar. (B. T. Z.) Der Ministerrat be-faßte sich heute mit der passiven Resistenz in Triest und beschloß, gegen die beteiligten Beamten mit aller Strenge vorzugehen und alle Maßnahmen zur glatten Abwicklung des Dienstes zu treffen.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 21. Februar. (B. T. Z.) In der Deputierten-kammer erklärte bei der Beratung über den Gesetzentwurf be-treffend Ausrüstung zweier Panzerschiffe im Jahre 1911 der Marineminister Boue de Lapeyriere, die Neubauten seien nötig (!), um die Flotte zu verstärken; die beiden Panzerschiffe würden mit den letzten Neuerungen der Technik aus-gestattet werden. Der Minister zeigte die Notwendigkeit eines auf lange Zeit im voraus durch Beschluß festgelegten Flottenbau-programms. Die Neubauten würden an die Rüstungsindustrie ver-gaben werden. Rail (Rad. Soz.) erkannte die Notwendigkeit an, die französische Flotte wieder an die Stelle zu bringen, die sie früher unter den Seemächten eingenommen habe. Rail und der Vorsitzende der Budgetkommission, Vertheug, berechneten die Ersparnis auf 5 bis 6 Millionen Frank auf das Panzerschiff, wenn der Bau auf den Staatswerken stattfände. Rail be-schwerte sich über die Unordnung, die im Rechnungswesen der Marine herrsche und die die Anschuldigungen hervorgerufen hätten, daß in den Krediten für die Panzerschiffe Ausgaben ent-halten seien, die mit diesen Schiffen nichts zu tun hätten. Es sei bedauerlich, daß die Staatswerken nicht die Turbinen für große Schiffe bauen könnten. Der Marineminister zählte die seit 1½ Jahren für die Werften gemachten Aufwendungen auf. Er habe versucht, den Bau von Turbinen für Torpedojäger angeordnet.

Painleve (Unabh. Soz.) erklärte sich für ein Flottenbau-programm, verlangte aber, daß die Neubauten auf den Staats-werften stattfinden sollten. Der Marineminister er-klärte, man habe sich bei den Neubauten nach erfolgreichem Ver-suchen für ein 34 Zentimeter-Geschütz entschieden. Was die Tur-binensfrage für die 18 000 Tonnen-Panzerschiffe angehe, so habe man zuerst damit großen Ärger gehabt, sei aber dann zu dem Turbinentyp des „Condorost“ und „Voltaire“ zurückgekehrt. Drouais (Rad. Soz.) wies auf die Notwendigkeit hin, im Mittelmeer eine starke Flotte zu besitzen. Im Jahre 1908 sei Algerien ohne Schutz gegen ein Bombardement und einen feindlichen Einfall gewesen. (Bewegung.) Der Berichterstatter Chaumet wies auf die Notwendigkeit hin, unterzüglich den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen ohne Rück-sicht auf ein Flottenbauprogramm und eine vollkommene Reorgani-sation der Marine.

Von Löwen zerfleischt.

Kaiserlautern, 21. Februar. (B. Z.) In Assensborn wurde der Freiseur Feierabend, als er im Löwenkäfig den Menagerie-besitzer Adolf Wieser tasierte, von den Löwen angefallen und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb.

Seinen Schwager ermordet.

Rizzo, 21. Februar. (B. T. Z.) Das Schwurgericht hat den Dr. Brengues, der seinen Schwager, den Astronomen Charlois, Direktor des Observatoriums zu Rizzo, ermordet hatte, um ihn zu beerben, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Elf Fischer ertrunken.

Kristianfjund, 21. Februar. (B. T. Z.) Während des Orkans sind gestern Abend drei Fischerboote gesunken, wobei elf Mann ertrunken sind. Ein Boot wird vermisst.

Schwere Stürme auf dem Schwarzen Meere.

Koworossij, 21. Februar. (B. T. Z.) Infolge Sturmes auf dem Schwarzen Meere ist der englische Dampfer „Adriana“ mit Kornladung auf eine Untiefe geraten. Zwei Dampfer sind von der Landungsstelle gerissen worden. Der Dampfer „Lowmoor“ ist led geworden und gesunken. Der griechische Dampfer „Alexander Michalinos“ ist auf den Strand geraten; zwei Matrosen sind ertrunken. Einige Wagen der Ufer-bahn mit den Schienen sind ins Wasser gespült worden.

Reichstag.

181. Sitzung. Dienstag, den 21. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisso.

Zweite Lesung des Justizetats.

Die allgemeine Besprechung beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M.“

Abg. Dr. Belger (Z.): Angeht die Finanzlage sind meine Freunde damit einverstanden, daß die Frage der Reform der Gehälter noch zurückgestellt wird, doch hoffen wir, daß es bald möglich sein wird, der Frage näher zu treten. — Der Posten für die Besetzung beim Reichsgericht ist nötig geworden als Konsequenz unserer Beschlüsse über die Entlastung des Reichsgerichts. — Für die Strafrechts-Kommission sind 120 000 Mark gefordert, wir werden sie gern bewilligen, erwarten aber, daß drei angesehenen Rechtsanwälte als ständige Mitglieder in sie berufen werden. — Alle Länder sollten sich vereinigen, um scharfer gegen pornographische Darstellungen vorzugehen; Frankreich geht sehr energisch gegen pornographische Darstellungen in der Presse vor. Dies Vorgehen sollten wir uns zum Muster nehmen. Die hamburgische Bürgerchaft hat einen Gesetzentwurf gegen die Schmutz- und Schundliteratur beim Bundesrat eingereicht; möge er ein wohlwollendes Entgegenkommen finden. (Zustimmung im Zentrum.) — Im Volke ist das Vertrauen zu Strafrechtspflege gesunken, man spricht vielfach von Klassenjustiz. Selbstverständlich sind wir von der Integrität unserer Richter und Staatsanwälte überzeugt, aber doch wird das Wort Klassenjustiz nicht immer frivol gebraucht. Zum Teil liegt der Mangel an unserer Gesetze, aber auch die Weltfremdheit der Richter ist nicht immer eine Ursache. Auch wird nicht immer mit Unrecht darüber gellagt, daß die Gerichte beschränkt sind in der Beweis-aufnahme bei der Vernehmung von Beamten. Mühen muß ich bei den Robiter gefällen, daß ärztliche Bücher beschlagnahmt wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft, um die Namen der Verletzten zu erfahren. Derartige wird hoffentlich durch die neue Strafprozedur unmöglich gemacht werden. — Die lange Dauer mancher Sensationsprozesse, so des Allenstein-Prozesses, ist viel besprochen worden; ich kann dem Verhandlungsleiter nicht den Vorwurf ersparen, daß er die Beweis-aufnahme zu weit ausdehnte. Mit der Angeklagten wurde, wie übrigens mehrfach mit gesellschaftlich hochstehenden Angeklagten in anderem Tone gesprochen als mit anderen Angeklagten. Ich meine, Rangunterschiede müssen vor den Schranken des Gerichts aufhören. (Sehr richtig! links.) Auch ist in Allenstein herabgetreten, was auch sonst mehrfach in die Erscheinung getreten ist, daß die Psychiatrie auf dem besten Wege ist, die Strafrechtspflege vollkommen zu ruinieren. Auch im Prozeß Eulenburg glaubt man vielfach an Klassenjustiz; ich bin überzeugt, daß alles geschehen ist, was geschehen konnte, wäre aber dankbar, vom Staatssekretär zu hören, ob Aussicht vorhanden ist, daß der Prozeß wieder aufgenommen wird. Die Begründung mancher Urteile gibt der

Klassifizierung von der Klassenjustiz

recht, so wurde in Glogau ein Fleischermeister zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil seine schlechten Würste auch von der feineren Kundschaft gekauft wurden, dieser Umstand brachte ihm offenbar einige Wochen mehr ein. (Hört! hört!) In Halberstadt erhielt ein Insultateur wegen Beleidigung der Tochter eines höheren Beamten neun Monate Gefängnis, in der Begründung wurde gesagt, die Strafe sei so hoch angefallen, weil die Beleidigte nicht den niederen Ständen angehörte, wo das Ehrgefühl nicht so hoch entwickelt ist. (Lebhafte Hört! hört!) Das ist eine

haarsträubende Urteilsbegründung.

ein Attentat auf die Ehre von zwei Dritteln der Töchter unseres Br-tes. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Rechtsprechung muß von sozialem Verständnis und Gemeinheitsgefühl getragen sein. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Ich freue mich, daß die Existenz der Klassenjustiz jetzt auch von

Kleines feuilleton.

Sklavensoldaten im heutigen Afrika. Vor kurzem wurde in der Türkei durch einen neuen Erlass an das schon bestehende Verbot der Sklavensoldaten erinnert. Dabei wurde erwähnt, daß aus Afrika immer noch Sklaven und Eunuchen ihren Weg nach dem türkischen Asien und Europa fänden. Man hat, wie die österreichische Monatschrift für den Orient feststellt, erst kürzlich wieder sehen müssen, daß die früheren Sklavensoldaten noch existieren. Es bilden vor allem noch gewisse Teile des Sudans und Äquatorialafrikas den Schauplatz von Sklavensoldaten. Verüchzt waren bis in die jüngste Zeit die Raubzüge der Sultane von Wadai. Ein Teil der von Wadai fortwährend geraubten Sklaven blieb im Lande und wurde bei der Feldarbeit verwendet, der andere Teil, zum Teil Frauen und Kinder, wurde nach dem türkischen Nordafrika ausgeführt. Der Sultan von Wadai hatte begriffen, daß durch die Franzosen seine Unabhängigkeit bedroht wurde und suchte sich für den unermüdlichen Kampf durch Beschaffung moderner europäischer Gewehre zu rüsten. Diese konnten nur auf Straßen bezogen werden, die noch nicht von Europäern beherrscht wurden, das heißt aus türkisch-Nordafrika. So gingen denn von Wadai die geraubten Sklaven den langen Weg durch die Wüste und wurden im türkischen Gebiet den Türken gegen Schnellgewehre eingetauscht. Bei der Besetzung der Hauptstadt Abesche durch die Franzosen im Juni 1909 fanden sich denn auch 150 Sklaven vor, die gerade nach dem türkischen Gebiet hätten abgehen sollen. Seit dieser Zeit hat die Sklavensoldaten und damit auch der Sklaventraub dort nachgelassen.

Nicht soviel ist in dem Nachbar Sultanat Darfur erreicht worden. Nach dem Fall des Rahbireides nahm dort mit Zustimmung der amloygypischen Regierung ein Mitglied der vertriebenen Sultanfamilie den Thron ein. Sie stellte dem neuen Sultan einige Bedingungen, überließ ihn aber sich selbst mit dem Erfolge, daß er sich um seine Verpflichtungen nicht mehr kümmerte. Am nun getüschelt zu sein, wenn die Engländer ihn einmal mit Waffengewalt daran erinnern sollten, macht es der Sultan von Darfur genau so, wie es bisher jener in Wadai machte; er raubt Sklaven in südlichen Nachbarländern und verhandelt sie nach der Türkei gegen Schnellgewehre und Munition. Im Westen gibt es in Marokko Sklavensoldaten, die ganz offen abgehalten werden. Die Zufuhr kam früher aus dem Nigerbogen. Heute allerdings ist dort für Sklavensoldaten kein Feld mehr. Aber in großen Teilen Mauritanien, d. h. des Saharagebietes zwischen Senegambien und Marokko, sind noch Sklaven zu bekommen und zwar durch die Vermittlung der herrschenden Mauritanier, die die Sklaven in den Oasen rauben. Die wenigen Stationen können die Sklaventransporte nicht hindern, andererseits lebt das Geschäft trotz aller Gefahren, weil es einträglich ist.

Ein langatmiger Satz. Das Potsdamer Amtsblatt enthält eine öffentliche Zustellung, die in einem einzigen Satz gefaßt ist, 233 Worte enthält und folgendermaßen lautet: „Der Landwirt Otto Kuhns zu Rowaves, Betschems-Rischplatz 12, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Allenaun zu Rowaves, klagt gegen den

bürgerlichen Parteien anerkannt wird. Die Kriminalität eines Volkes hängt mit den wirtschaftlichen Zuständen zusammen. Wichtiger und richtiger ist es, strafbare Handlungen zu verhindern, als zu bestrafen, und das beste Mittel dazu ist die wirtschaftliche Hebung der Massen,

die politische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unbegreiflich ist es, daß die Regierung in die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs für das Strafgesetzbuch keinen einzigen Sozialdemokraten und Vertreter der Arbeiterklasse berufen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb müssen wir hier dazu Stellung nehmen. Der Entwurf sucht unter der Flagge einer Strafrechtsreform ganz gefährliche, reaktionäre Ware einzuschmuggeln. Der Hochverratsparagraf war von jeher ein beliebtes Mittel gegen unbehagliche, politische Gegner, eine Liste der in den letzten Jahrzehnten wegen Hochverrat vor Gericht Gestellten wäre eine

Ehrentafel der mutigsten Männer.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich wird der Paragraf nur benutzt, um Drohungen einer Verfassungsumwälzung von unten zu bestrafen. Drohungen mit dem Verfassungsbruch von oben bleiben strafflos. Visher mußte der verräterische Willen auf ein bestimmtes Unternehmen gerichtet sein, der neue Entwurf will diese Schranke beseitigen, er will mit Justizhaus bis zu zwei Jahren denjenigen bestrafen, der zu hochverräterischen Handlungen „aufreizt“. Dieser Begriff der Aufreizung soll jede der Regierung, unbehagliche Agitation mit dem Brandmal der Ehrlosigkeit bedrohen. Nach der Begründung ist es unangenehm empfunden, daß die gekulten Agitatoren nicht direkt zu strafbaren Handlungen auffordern, sondern sich mit der Aufreizung begnügen (Hört! hört!), die darin besteht, daß sie eine hochverräterische Gesinnung und Stimmung wecken. (Hört! hört!) Der Reichsanwalt hat vor einiger Zeit der Sozialdemokratie die moralische Verantwortung für die Vorgänge in Noabit zugeschoben. Wir hätten Gesinnung und Stimmung hervorgerufen, aus der die Exzesse herausgemacht seien. Wird also der geplante Paragraf Gesetz, so gehört jeder sozialdemokratische Agitator ins Justizhaus, denn mit jedem Wort woken wir eine Gesinnung und Stimmung wecken, der die bestehenden Zustände unhaltbar erscheinen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nach den Reden auf der letzten Versammlung des Bundes der Landwirte würden auch die Herren vom Hansabund getroffen, auch der Bauernbund und die Rationalliberalen, wenigstens eine gewisse Sorte Rationalliberaler, um mit Herrn von Oldenburg zu sprechen. Ein anderer Paragraf bedroht mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 2000 M. denjenigen, der öffentlich durch Verbreitung von Schriften zur Begehung von Verbrechen oder Vergehen, oder zu Aufsehnungen gegen Verordnungen auffordert oder aufreizt oder begangene Verbrechen verherrlicht. Dieser Paragraf soll jede Kritik einer Anordnung der Regierung oder Behörde unmöglich machen. Wenn ein Redner die schöne Verleumdung des Herrn v. Jagow nicht genial findet, gehört er ins Gefängnis. (Heiterkeit.) Die Bestimmung, daß die Verherrlichung von begangenen Verbrechen strafbar sein soll, ist

ein alter Lehnfänger aus der Umsturzvorlage,

der durch die Lagerung nicht wertvoller geworden ist.

Vizepräsident Spahn: Der Strafrechtsentwurf hat doch mit dem Titel Staatssekretär nichts zu tun.

Abg. Frank (fortfahrend):

Ich habe betont, daß kein Sozialdemokrat, kein Arbeitervertreter in die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs berufen ist, und daß wir deshalb unsere Anschauungen über das neue Recht hier zu machen gezwungen sind.

Vizepräsident Spahn: Ich bitte nur Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Titel Staatssekretär zur Verhandlung steht.

Abg. Frank (fortfahrend):

Ich meine doch, daß der Staatssekretär nicht ohne Einwirkung auf die Zusammenlegung der Kommission ist. Sollte ich mich darin irren, so wäre seine Stellung noch einflußloser, als sie jetzt schon bewertet wird. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Budgetkommission ist ausführlich über diese Frage verhandelt worden. Es soll also künftig strafbar sein,

Reisenden Karl Schwabedal, früher zu Rowaves, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß sich die Parteien im Februar 1910 zu einer in Rowaves anässigen Gesellschaft zwecks Verkaufes landwirtschaftlicher Maschinen als Gesellschafter zusammengegan und vereinbart hätten, daß das zur Anschaffung der Maschinen erforderliche Geld vom Kläger gegeben werden und der Verkaufserlös den Parteien je zur Hälfte zufallen solle, daß die Gesellschaft vor kurzem dadurch aufgelöst worden sei, daß Vorkläger heimlich Rowaves verlassen und seinen Wohnsitz, wie dem Kläger mitgeteilt worden sei, nach England verlegt habe, daß während der Gesellschaftsverbindung Maschinen zum Gesamtpreise von 10 500 M. verkauft worden seien und der den Parteien zugesprochene Reingewinn mit 20 Proz. demnach 2100 M., oder nach Abzug von 233,70 M. für Frachten 1866,30 M. betragen habe, mithin der Anteil eines jeden Gesellschafteres sich auf die Hälfte dieses Betrages, nämlich 933,15 M. belaufen habe, daß Vorkläger auf seinen Anteil vom Kläger 850 M. bar bezahlt erhalten und außerdem an auhensiehenden Forderungen 340 M. eingezogen und zu eigenen Nutzen verwendet, mithin im ganzen 1190 M. erhalten und daher nach Anrechnung seines Anteils von 933,15 M. auf gedachten Gesamtbetrag 256,85 M. zuziel bekommen habe, mit dem Antrage, an den Kläger 256,85 M. nebst 5 Proz. Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung zu zahlen.“

Wenn der Verabsasser dieses Satzes (im im Juristendeutsch zu bleiben) verurteilt würde, sein Erzeugnis einige Male am Tage laut und ohne Rausen vorzulesen, würde er zweifellos sich vor solchem Papierdeutsch künftig in acht nehmen.

Wie die Kinder Israels durchs Rote Meer zichen. Was für Leistungen die Kinematographie heutzutage vollbringt, und zu welchen Mitteln sie greift, um Lebenswirklichkeit vorzutauschen, zeigt einer der neuesten Filme einer amerikanischen Firma. Er stellt die Flucht der Juden aus Aegypten und ihren Durchzug durch das Rote Meer dar, und gibt die Szene wieder, wie Moses durch einen Wind mit der Hand das Meer zum Zurückweichen nach beiden Seiten bringt. Kaum einer unter hundert Zuschauern kann sich eine Vorstellung machen, auf welche Weise diese so natürlich wirkende Szene zustande kam. Der Photograph, der mit der Aufnahme des „Durchzugs durch das Rote Meer“ betraut war, wählte sich an der Küste von Long Island eine Stelle, an der sich eine Sandbank befindet, die bei Flut unter Wasser und bei Ebbe frei liegt. Zur Flutzeit begann er seine Aufnahmen und fertigte etwa zwanzig Bilder. Nach fünfzehn Minuten nahm er weitere zwanzig Bilder auf, und wiederholte diese Aufnahmen alle Viertelstunden. Im Verlauf der sechs Stunden bis zum Eintritt der Ebbe hatte er somit einen Film gewonnen, der das Meer und alle seine Veränderungen in viertelstündigen Rausen zeigte. Mit Eintritt der Ebbe wurde die Sandbank sichtbar. Sofort rief der Photograph seine wartenden Statisten herbei und ließ sie über die Sandbank wandern, wobei er den Zug photographierte. Danach konnte er sich, solange die Ebbe andauerte, etwas Ruhe gönnen. Sobald aber die Flut wieder zu steigen begann, war der Photograph zur Stelle und nahm wiederum alle Viertelstunde eine kurze Reihe von Bildern auf. Nach Verlauf weiterer sechs Stunden hatte die Flut wieder ihren Höhepunkt erreicht, und der

wenn jemand bei der Besprechung von Verbrechen in Russland auch die Ursachen erörtert, die dazu geführt haben. Wenn jemand zum Beispiel über die Ursachen der portugiesischen Revolution spricht. Das formale bürgerliche Recht war unzweifelhaft auf Seiten von Alphonse. (Zuruf: Manuel!) Jansoh, von Manuel. (Abgeordneter Lebehour (Soz.): Alphonse kommt noch! Heiterkeit.) Aber

das historische Recht war auf Seiten der Hochverräter.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens würde auch die Rede des Herrn v. Jagow unter diesen Paragrafen fallen, denn mit seiner Verherrlichung der Polizei hat er auch die Verbrechen verherrlicht, die von Polizeibeamten in Noabit begangen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Andere Paragrafen sollen die Arbeiterbewegung niederhalten. Mit zwei Jahren Gefängnis wird bedroht, wer durch gemeingefährliche Drohungen den öffentlichen Frieden stört. Dieser Paragraf soll die Spielbürger schlagen; man denkt dabei an Genes Verse:

Und als ich über den Gottshardt kam, da hört' ich Deutschland schnarchen. Es lag und schlief in sicherer Hut von sechsunddreißig Monarchen.

(Heiterkeit.) Was ist denn eine gefährliche Drohung? Jede Anklündigung eines Streiks oder Boykotts wird von den Spielbürgern als gemeingefährliche Drohung empfunden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein anderer Paragraf erklärt die Teilnahme an einer Verbindung, die einen strafbaren Zweck verfolgt, für strafbar. Daß Verbindungen von Arbeitern den Strafgesetzen zuwiderlaufen, steht nach der Meinung der Regierung fest.

Die Perle der deutschen Rechtsprechung, den dolus eventualis,

will man jetzt gelehlich festlegen. Und ein Entwurf, der solche Bestimmungen gegen die Arbeiterbewegung enthält, will gleichzeitig den § 130a, den Kanzel-Paragrafen abschaffen. Wir haben nichts dagegen, denn mit der Polizei kann man eine Weltanschauung nicht bekämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist doch pilant, daß der deutsche Staat in einem Augenblick, wo er von der Kirche besonders zärtlich behandelt wird (Heiterkeit links), sich in den Schutz der Kirche flüchtet, um das Zentrum gegen die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Auch die Gewerkschaftswelt vergrößert der Entwurf nicht, mit 3 Jahren Gefängnis wird der Streik der Verkehrsarbeiter bedroht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Unternehmer dagegen werden sehr zärtlich behandelt. Sie sollen auch hin tig durch Uebertreten von Schutzvorschriften Tausende und Zehntausende verdienen und nur drei bis fünf Mark Strafe zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch in bezug auf die Justiz scheint Osterreich eine besondere Stellung einzunehmen. Das Urteil im Falle Becker ist den breiten Massen direkt unverständlich, obwohl das Gericht anerkennt, daß der Angeklagte gereizt war, erkannte es auf 1 Jahr Gefängnis; ohne diese mildernden Umstände hätte es ihn wohl geverteilt. Man hat es dem Angeklagten schwer angerechnet, daß er einen so hohen Beamten, einen Landrat, beleidigt hat, man fühlt ordentlich, wie den Gerichtshof

eine Gänsehaut vor Ehrfurcht

überläßt. (Heiterkeit.) Vor dem Gesetz sind alle gleich nach der Verfassung, aber nicht vor dem Gericht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Breslau, der Heimat von „Soll und Haben“, hat die Justiz eine doppelte Vuchsführung. Von den fünf verantwortlichen Redakteuren der „Volkswacht“ ist in den letzten vier Jahren bestraft einer mit 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, einer mit 1 Jahr 2 Monaten und 1200 M. Geldstrafe, einer mit 7 Monaten und 1500 M. Geldstrafe, einer mit 3 Monaten und 400 M. und der fünfte mit 1/2 Monaten und 2000 M. Geldstrafe und neun Prozesse schweben noch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist die Sprache der „Volkswacht“ keineswegs verleugend, aber wenn der Staatsanwalt, der sie regelmäßig liest, ein Wort entdeckt, das vielleicht als Beleidigung ausgelegt werden kann — und in welchem Blatte, auch in welcher konservativen Zeitung steht derartige nicht —, so schickt er die Nummer an den betreffenden Verletzten. Das ist

ein schlimmer Mißbrauch der amtlichen Stellung.

(Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe

Photograph konnte seinen Posten verlassen, um einen anderen Teil seiner Aufgabe in Angriff zu nehmen. Die so gewonnenen Aufnahmen werden nun in der Weise verwertet, daß sie bei der Vorführung in rasender Geschwindigkeit abgerollt werden. Es wird hierdurch täuschend der Eindruck erweckt, als ob die Wellen auf eine Minute auseinanderrauschen, um die Kinder Israels durchziehen zu lassen, und dann wieder zusammenschlagen.

Humor und Satire.

Bundesparade.

Was rennt das Volk? Was drängt in Hast Dort zum Berliner Sportpalast? Was reißt weit auf den großen Mund? Ich glaub', es ist der Landwirtschaftsbund. Kann? Nicht mehr im Jirkus Busch? Res, diesmal ist wo anders Lufsch.

Verammelt zur Parade sind Papa, Mama und teils auch Kind. Erst kriecht man willig auf den Leim Dem wadern Herrn v. Wangenheim, Der feststellt, daß zu jeder Frist Im Hund an „Wich“ kein Mangel ist. Es gröhlt Herr Dahn sein altes Vieh Als Mittelstands-Antisemit; Laut schallt im Kreise mit Gebräus Der forsche Schlächtruf: „Juden raus!“

Einstimmig steigt sodann mit Klang Der Sang: „Deil dir im Siegerkrang“. Nun aber spitz sich jedes Ohr: Wer turnt zum Rednerpult empor? Begrüßt mit frohem Vorkusch „Au“ Wird der Handwurf von Januschan, Der die Sozialdemokratie Bertobalt, fragt mich nur nicht, wie, Und den „Vozillus“, der sie ziert, Als Wunderdoktor demonstriert...

So wird noch mancher „Wich“ gedreßelt Und durch die Luft saust mancher „Dieb“. Man merkt: der Schauspiel hat gewechselt, Doch nicht der Ton. Der „Jirkus“ blieb!

Wichel

Notizen.

Theaterchronik. Im Lustspielhaus findet die Aufführung des Schwankes „Meyer's“ in der Reueinstudierung bereits Donnerstag statt.

Drasilose Telegraphie über 6000 Kilometer. Aus Paris wird gemeldet: Zwischen den Telefunkenstationen des Eiffelturmes und von Glace Bay (Kanada) fand dieser Tage ein vollständig gelungener regelmäßiger Depeschenaustausch mittels sogenannter lösender Funken statt. Die Entfernung beträgt über 6000 Kilometer.

Staatsanwalt erhebt keine Anklage gegen bürgerliche Blätter, welche dieselben Artikel bringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von unserer Presse verlangen die Breslauer Richter, daß sie jedes Wort auf die Goldwaage legen, sie selbst aber gehen mit der Ehre ihres Nebenmenschen nicht so vorsichtig um. Vor kurzem führte der Redakteur Schiller zu seiner Verteidigung an, daß manchmal auch hohe Beamte, ja Offiziere den Weg zur „Goldwaage“ finden, wenn sie Mißstände abstellen wollen. Darauf erwiderte ihm der Vorsitzende, Landgerichtsrat Munzried, Leute, die das tun, seien christliche Schweinehunde. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als Schiller in seinem Schwurwort sich gegen diese beleidigende Äußerung wehren wollte, was sein gutes Recht war, hinderte der Vorsitzende ihn daran und drohte mit einer Ordnungsstrafe. (Erneutes Hört! hört!) Wie soll man einen Vorsitzenden nennen, der sich so gegen die Ehre seiner Nebenmenschen auflehnt und „seiner wehrlosen Angeklagten an der Abwehr der Beleidigung hindert.“

Ein Mann, der sich so wenig beherrschen kann, ist nicht würdig, Vorsitzender einer Strafkammer zu sein.

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Dieser Fall steht keineswegs vereinzelt, in zahllosen Fällen hat man versucht, Angeklagte, Verteidiger und Zeugen durch Ungebührlichkeiten einzuführen. Am Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. während des Plädoyers des Anwalts ein Besucher an zu fröhlichen, und als der Anwalt dies für ungebührlich hielt und das Plädoyer unterbrach, wurde eine Strafe wegen Ungebühr verhängt — gegen den Anwalt. (Hört! hört! links.) Auch in den ersten Stadien des Roabiter Prozesses zogelste es Ungebührlichkeiten, und noch zuletzt wurde gegen einen Anwalt eine Ungebührstrafe von 100 M. verhängt, weil er sagte, die Blutsiede auf den Rücken der Schutzleute könnten durch die Orden nicht verdeckt werden, die man ihnen verliehen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein besonderes Kapitel bildet der Kampf gegen die Jugendorganisationen.

Es ist „politisch“, wenn die jungen Leute vor den Gefahren des Alkohols gewarnt werden, „politisch“, wenn ihnen sanitäre oder historische Vorträge gehalten werden, „politisch“, wenn die Schmutzliteratur bekämpft wird. Aber nicht politisch ist es, wenn in „christlichen“ oder „nationalen“ Jugendvereinen Vorträge über Weltpolitik gehalten werden, nicht politisch ist es, wenn in solchen Vereinen hohe geistliche oder weltliche Herren Vorträge halten. Und kann es recht sein, auf diese Weise wird der proletarischen Jugend Aufwachungsunterricht über zweierlei Recht erteilt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Angst vor der proletarischen Jugendbewegung hat das bisherige Jugendfürsorge von Seiten der herrschenden Klassen ins Leben gerufen, wie die Angst vor der Sozialdemokratie das geringe Quantum von Sozialpolitik erwirkt hat, das wir hier in Deutschland haben. Neuerdings hat man sich in Wien — wohl schon in einer gewissen Karnevalsstimmung — nicht begnügt, die Jugendorganisation aufzulösen, sondern der dortige Polizeipräsident hat auch gleich die ganze Jugendbewegung aufgelöst. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Man verfolgt heute die proletarischen Jugendvereine, wie man einstmals die Jugendvereine des aufstrebenden Bürgerturns, die Turnvereine, verfolgt hat. Heute wie damals werden sich die feindlichen Kräfte der Reaktion als machilos erweisen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir erleben im heutigen Preußen Dinge, die arg nach der Kabinettsjustiz des alten Absolutismus

schmecken. Kein Wunder. Wir haben ja in Preußen den Absolutismus, wenn auch nicht gerade den aufgefälligen Absolutismus. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So ist es denn auch nicht weiter sonderbar, daß der Polizeipräsident Herr v. Jagow sich als oberster Gerichtsherr etabliert. Wie es mit dem Respekt vor der Rechtspflege in den herrschenden Klassen bestellt ist, hat ja auch die „Arbeiter-Zeitung“ gezeigt, die in geradezu schamloser Weise darüber gellagt hat, daß bei den Roabiter Prozessen nicht nur die Angeklagten und die Verteidigung der Mund verboten wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hierher gehört auch die Äußerung des Landgerichtsdirektors Unger vor den Justizminister. Herr Unger hätte dem Minister einfach erklären sollen: meine Rechtsbelehrung geht Sie gar nichts an. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er hätte um so mehr so sprechen sollen, als sonst die Rechtsbelehrung als ein klein wenig nichtan betrachtet wird. Einmal lautete eine solche Rechtsbelehrung kurzerhand: „Der Staatsanwalt hat recht, der Verteidiger unrecht.“ (Heiterkeit und der Rechtsanwalt, der das moniert hätte, wäre in Ordnungsstrafe genommen worden.)

Immer drastischer tritt das Verstreben hervor, die Justiz in den Dienst der Verwaltung zu stellen. Aus diesem Verstreben entspringt denn auch die

Vergeltung der Polizei.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Widerspruch mit den klaren Wünschen des Reichstages, wenigstens des Reichstages, wird jeder Widerstand gegen die Polizei, auch wo die Polizei notorisch rechtswidrig handelt, zum Widerstand gegen die Staatsgewalt gestempelt. Nur aus diesem Geist der Vergeltung der Polizei heraus ist das schauerliche Urteil von Eisen zu verstehen, das gefällt wurde auf Grund der Aussagen des einstigen Gendarmen Rünter; nur so ist ein Urteil zu erklären, wie das soeben gegen Frau v. Gerlach gefällt. Rünter ist seitdem entlarvt und wie glaubwürdig der

Polizeikantuar Träger,

der Fenge im Gerlach-Prozess ist, hat sich gleich nachher gezeigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gehört zum System, daß der Handabhaber von Breslau unbekannt geblieben ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gehört zum System, daß nichts verlautet von einer Verurteilung der Polizeiorganen von Roabit. (Erneutes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Unwissenheit der Polizei ist ein wahrer Hohn auf den Rechtsstaat; dagegen entsprach es völlig dem Verfall eines wahren Rechtsstaates, wenn es in der französischen Konstitution von 1793 kurz und bündig hieß: „Gegen eine Behörde, die gegenwärtig handelt, ist der Zustand Recht und Pflicht des Volkes.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Abhängigkeit der Justiz von der Polizei ist es nicht zu verwundern, wenn das Vertrauen zur Rechtspflege in immer weiteren Kreisen auch außerhalb der Sozialdemokratie schwindet. Vertrauen genießen nur diejenigen Gerichte, deren Mitglieder aus Wahlen hervorgehen, wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mehr und mehr beginnen auch bürgerliche Kreise die Forderung aufzustellen, daß die Richter der Ernennung entzogen und die Gerichte auf Volkswahl basieren. Wenn aber die Strömungen die Oberhand gewinnen, die die Justiz noch tiefer in die Abhängigkeit von der Verwaltung drücken wollen, so wird auch der Rest vom Vertrauen zur Rechtspflege im Volke schwinden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco (schwer verständlich): Dem Verlangen des Reichstages, daß drei Anwälte in die Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches berufen werden sollen, wird Rechnung getragen werden. Auf politische Stellung wird bei der Berufung in diese Kommission nicht gesehen. (Nal na! bei den Sozialdemokraten.) — Die Bestrebungen zur Bekämpfung der Schmutzliteratur finden die volle Sympathie des Reichsjustizamtes. — Bei dem Allensteiner Prozeß mögen einige Fehler vorgekommen sein. Aber die Richter sind doch auch Menschen. Je besser die Vorbildung der Richterpersonals ist, desto weniger werden Fehler und Irrtümer vorkommen. — Für die Verbannung wird wieder vor Gericht erscheinen, wenn sein Gesundheitszustand es erlaubt. (Heiterkeit links.) Vorläufig ist er noch vernehmungsfähig. — Es ist ja erfreulich, daß jetzt in Eisen ein Freispruch erfolgt ist, es liegt aber keine Veranlassung vor, in der Art und Weise, wie der Redner es getan hat, Staatsanwalt, Richter und Geschworene des ersten Eisenprozesses zu imahnen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß der Landgerichtsdirektor Unger dem Justizminister zur Rede gestellt worden ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Staatsanwälte muß ich auch gegen die Angriffe des Dr. Frank auf Staatsanwälte und Richter. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Varenhorst (Rp.): Der Abg. Frank scheint sehr in das Rohwasser des Abg. Stadthagen geraten zu sein. Wenn die Breslauer sozialdemokratischen Redakteure scharf bestraft werden, so liegt das nicht an den Richtern, sondern an der unsauberen Feder, die diese Redakteure führen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wie hat die Sozialdemokratie den Raren beschimpft, der mit seiner Frau nach Deutlichland gekommen ist? Wir protestieren gegen solche Schmutzereien. (Bravo! rechts, Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Bonner Studenten hatten doch wirklich nichts Schlimmes getan. (Rufe bei den Freisinnigen und Sozialdemokraten.) Ich meine nicht die Sache mit der Eisenbahn, sondern den

harmlosen Vandalismus.

(Zurufe links.) Die jungen Leute waren betrunken. Trunkenheit ist doch bei Studenten nun einmal nicht selten. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Nicht wir tragen die Verantwortung in den Gerichtsfall herein, sondern die Sozialdemokratie. Die Rechtsanwälte im Roabiter Prozeß haben den empfindlichen Mißbrauch mit ihren Rechten getrieben. (Lebhaftes Zustimmung rechts. Stürmische Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie haben die Aufmerksamkeit von den Angeklagten ab und auf die Polizei hingelenkt, um die Tatsache zu verschleiern, daß die Sozialdemokratie die moralische Schuld an den Roabiter Vorgängen trägt. (Bravo! rechts, stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Redner vertritt sich sodann über Ausdehnung der Haftpflicht der Eisenbahnen und über die Notwendigkeit der Erhöhung der Zeugengebühren.

Staatssekretär Lisco sagt eingehende Erwägung der Wünsche des Redners zu.

Abg. Dr. Ablass (Rp.): Ich muß hier auf den Fall Weder zu sprechen kommen, da dieser Prozeß von größter prinzipieller Bedeutung für die uns hier beschäftigenden Fragen der Justiz ist. Wir haben bisher die Wendung von der Klassenjustiz zurückgewiesen, wollen aber nicht verhehlen, daß, wenn solche Fälle sich häufen, auch wir nicht länger die Erziehung einer Klassenjustiz leugnen können. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die „Kreuz-Zeitung“ hat Herrn Weder mit einer gut widerlicher Beschimpfung überschüttet. Nur mit physischem Ekel spreche ich von diesem Blatte. (Stürmische Zustimmung links. Rufe: Das Blatt des Justizhäuslers Hammerstein! Sehr gut! bei den Soz.) Das Blatt ist sich gleich gebildet seit den Tagen Bismarcks. Und das selbe Blatt verlangt Verschärfung der Strafen, verlangt, daß nicht bloß die Redakteure, sondern auch die Verleger ruiniert werden! Dieses Blatt, das, wie Bismarck bezeugt, die Verleumdung getrieben hat, treibt die Verleumdung wiederholte Zustimmung auf der ganzen Linken.)

Ich will nicht dem Beispiel Bethmann Hollweg folgen und mich über eine schwebende Sache verhalten. Wohl aber muß ich hier im Reichstage den Prozeß Weder eingehend würdigen. Dieser Prozeß ist benutzt worden, um gegen die Rechte der Verteidigung Sturm zu laufen. Der preussische Justizminister hat im Abgeordnetenhaus diesen Ton angeschlagen und hier im Reichstage erteilt in der Rede des Herrn Varenhorst das Echo. Der Prozeß Weder beweist aber gerade, wie nötig es ist, die Rechte der Verteidigung vor jeder Verminderung zu schützen. (Lebhafter Beifall links.) Redner geht sehr eingehend auf Vorgeschichte und Geschichte des Falles Weder ein. Wenn Herr Weder, freilich in der schärfsten Weise, den Disziplinarrichtern den Vorwurf gemacht hat, daß sie objektiv unfähig seien, politischen Gegnern das Recht zu sprechen, so hat er eine Fülle von Material dafür vorgebracht. (Lebhaftes Zustimmung links.) Wenn der Delinquant Herr v. der Landwirtschaftsminister Kossow unter Eid erklärt, daß sie keinen Sozialdemokraten die Schanklängeln erteilen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so spricht das nicht für politische Objektivität. Recht humoristisch war es, daß der Herr Kossow auf die Frage, woran er denn eigentlich Sozialdemokraten erkenne, erwiderte: Ja, das sieht man an den Leuten schon so an. (Große Heiterkeit.) Gegen Sozialdemokraten wird also demut tendenziös vorgegangen und um auch gegen Liberale ebenso vorgehen zu können, nennt man sie verurteilte Sozialdemokraten. (Hört! hört!) — Der Landrat v. Malgahn hat in dem Prozeß unter seinem Eide den „Kaiserfaal“ in Grimmen als ein „Rabaulal“ bezeichnet. Der „Kaiserfaal“ war aber vielmehr ein Solal, in welchem die besten Kreise der Bürgerschaft verkehrten. Es waren politische Beweggründe, die den Landrat zu der falschen Kennzeichnung jenes Lokales bewogen. Kann man sich da wundern, wenn Weder von einem System des politischen Boykotts sprach? (Lebhaftes Zustimmung links.) Der Lehrer Schacht erstreckte sich früher des Wohlwollens seiner Vorgesetzten; aber als er sich aktiv für die freisinnige Sache einsetzte, sah er sich allen möglichen Entstellungen angeheilt. (Lache des Präsidenten.)

Vizepräsident Schult: Der Fall Schacht steht doch nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Justizetat. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. Dr. Ablass: Die Behandlung des Lehrers Schacht ist der beste Beweis für die Behauptung Weders, daß der Landrat v. Malgahn der Agitator des agrarischen Demagogentums ist. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Vizepräsident Schult: Sie haben aber nun schon zwei Stunden über den Fall Malgahn gesprochen, und ich bitte Sie, sich nicht zu sehr in Einzelheiten zu verlieren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Ablass (fortfahrend): Diese Einzelheiten sind nötig zur Beurteilung des Falles Weder-Malgahn. (Lebhaftes Zustimmung links.) — Redner gibt einige Proben des vornehmen Tones der Landratspresse. U. a. sprach das Kreisblatt von einer Weder-Göttheinischen Lokale. (Hört! hört! links. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Der gute Ton in allen Lebenslagen!) — Redner verliest sodann den Geheimbericht Malgahns über die Verleumdungsversuche an Weder. — Dieser Geheimbericht ist ein wichtiges Kulturbild aus Ostpreußen. Die — vermeintliche — Rechtschwendung Weders wird als „Rehabilitation“ bezeichnet. Diese Ausdrucksweise in einem amtlichen Bericht ist eine unerhörte Beschimpfung des entschiedenen Liberalismus. (Lebhaftes Zustimmung links.) Weder mag gefehlt haben in der Form; in der Sache hat er recht. Ein Bild schlimmster politischer Entartung ist es, das uns in diesem Prozeß entfällt worden ist: politische Verfolgungsgelust und unerhörter Liebermut der Konservern treten hier mit letzterer Deutlichkeit zutage. Ich solle Herrn Weder die größte Hochachtung, weil er den Mut gehabt hat, auf die Befehle politischer und gesellschaftlicher Achtung hin der herrschenden Clique entgegenzutreten. (Lebhaftes Zustimmung links.) Bis zu einem gewissen Grade tut es mir ja leid, daß ich hier Herrn Malgahn so ausführlich habe angreifen müssen. Angriffe der Opposition dienen ja in Preußen nur zur Empfehlung und vielleicht schon wir Herrn v. Malgahn gleich früheren Konalredellen noch auf dem Ministerfessel. (Lebhafter Heiterkeit und Sehr gut! links.) Wenn aber Herr v. Heidebrand von einem Sieg der Landräte in dem Prozeße sprach, so gehört dieser Sieg zu den Pyrrhusiegen. In London ist ein Mann, der ganz unbegründeter Weise dem Könige die schlimmsten Verbrechen nachgelagt hat, in Amsterdam ist der Messerschneider, der ein weltberühmtes Bild Rembrandts verstaumelt hat, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. (Hört! hört!) In Preußen aber wird ein Mann, der auf Grund gekauften Materials gegen einen Landrat auftritt und dabei vielleicht sich in der Form vergreift, ebenfalls zu

einem Jahre Gefängnis verurteilt! Dieser Vergleich redet wahrhaftig Bände. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Roth (Wirtsch. G.): Warum die Linke sich für Herrn Weder so ins Zeug legt, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß sein Vater Herr v. Weder hieß. (Unruhe links, Zurufe: Weil er das Vernein-Monopol hatte. Heiterkeit.) — Der Redner wünscht dann eine Neuregelung des Strafbußzuges bei Jugendlichen und beschwert sich über die hohen Gerichtskosten bei Prozessen, in denen auf eine geringe Geldstrafe erkannt wird.

Staatssekretär Dr. Lisco bemerkt dem Redner, daß die von ihm angeregten Fragen nur mit der Reform des Strafrechts im Zusammenhang gelöst werden können.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom Dienstag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Breitenbach.

Die zweite Beratung des Eisenbahnetats

wird fortgesetzt bei den Einnahmen.

Abg. v. Zappenheim (L) ersucht um Vorlegung einer Denkschrift über das Verhältnis zwischen der Reichspostverwaltung und der Eisenbahnverwaltung.

Minister v. Breitenbach sagt dies zu.

Abg. Graf Hensel v. Donnerstau (Z) wünscht billige Ausnahmetarife für die obereschlesische Kohlenindustrie.

Abg. Goebel (Z) schließt sich dem Redner an.

Minister v. Breitenbach legt dar, daß angesichts der günstigen Produktions- und Absatzverhältnisse dieser Industrie und der verbesserten Wasserwege ein Bedürfnis für solche Ausnahmetarife nicht vorliegt.

Abg. Wenke (Rp.) wünscht die Ausgabe von Sonntagsfahrkarten von kleinen Städten in Schlesien ins Gebirge und vom Lande nach den Städten im Interesse der kleinen Landwirte und der Handwerker auf dem Lande. In der Verweigerung dieser Karten liegt eine großagrarische, städtefeindliche Tendenz.

Abg. Waco (natl.): Angesichts der enorm gestiegenen sozialen Lasten der Industrie ist eine Ermäßigung der Frachten dringend notwendig; sonst wird die Industrie konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt.

Abg. Korfanty (Volo) bedauert ebenfalls die ablehnende Haltung des Ministers. Infolge der preussischen Außenpolitik wurde die obereschlesische Kohle in Galizien und Russisch-Polen boykottiert.

Minister v. Breitenbach weist nochmals darauf hin, daß sich der Export aus Oberschlesien unter der jetzigen Tariflage außerordentlich entwickelt habe. Die Selbstkosten der Eisenbahnverwaltung seien übrigens mindestens in demselben Maße gestiegen wie die der Industrie.

Abg. Leinert (Soz.):

Wenn auch die Betriebskosten der Eisenbahn natürlich höher werden, so ist das doch kein Grund, Tarifermäßigungen abzuweisen. Die Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung sind so günstig wie die seines anderen gewerblichen Betriebes. Ihre Ueberhöfe sollte die Verwaltung mehr im Interesse der Verkehrsverbesserung und Verringerung der Kosten verwenden, statt Plummerei zu treiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Tarifermäßigung für die erste Klasse, wie sie vorgezogen ist, ist ganz überflüssig. Viel wichtiger ist die Einführung der dritten Klasse in allen D-Regionen, die bessere Ausstattung dieser dritten Klasse und eine Verringerung für die vierte Klasse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die hygienischen Einrichtungen der anderen Klassen müssen auch der vierten Klasse zur Verfügung gestellt werden. Dringend notwendig ist auch die Einstellung von Nichttrauerwagen vierter Klasse. Das geschieht heute noch nicht einmal da, wo vier Bogen vierter Klasse mitfahren. Denken Sie, welches Kraut in der vierten Klasse geraucht wird und was da für eine Luft herrscht. Das ist noch schlechter geworden seit der neuen Tabaksteuer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die vierte Klasse bringt der Eisenbahnverwaltung die größten Einnahmen, der Verkehr ist in ihr um 114 Proz. seit 1899 gestiegen. In der ersten und zweiten Klasse werden 101 Millionen Personen befördert, in der dritten und vierten Klasse 925 Millionen. (Hört! hört!) Ganz unbillig ist angesichts des großen Fernverkehrs in der vierten Klasse der Zustand, daß nicht auch Eisen- und Schnellzüge die vierte Klasse führen. Das richtige wäre freilich die Abschaffung der vierten Klasse und die Uebertragung ihrer Preise auf die dritte Klasse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die erste Klasse sollte auch befreit werden, denn sie macht ein riesiges Defizit. Hier wird das Geld geradezu verschwendet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde man den Schnellverkehr vom Personenverkehr trennen, so würde sich zeigen, daß auch die 2. und 3. Klasse im Personenverkehr ein Defizit aufweisen. Von Arbeiterfahrkarten will der Minister bekanntlich wenig wissen. Er entspricht damit den reaktionären Interessen, die in den Reisen der Arbeiter eine soziale Gefahr sehen. Wegen die Schülerkarten, die den reichen Leuten in den Vororten zugute kommen, wenden sich die Herren natürlich nicht. Weiter müssen wir auch die Verfügungsstellung von Sonntagskarten an die Landbesitzer nach den Städten. Bei der Verweigerung dieser Karten sind ebenfalls lediglich agrarische und nicht Verkehrsinteressen maßgebend. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zu begrüßen ist, daß wenigstens der Minister an eine Fahrkartensteuer für die vierte Klasse nicht denkt. Ich fürchte aber, der Schnapsbott wird dies doch durchsetzen, nach seiner ganzen Politik seit der Finanzreform ist nichts anderes zu erwarten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unbegründet sind die Zuschläge für Schnellzüge und die Tatsache, daß auch solche Züge nur zweite Klasse führen, die teilweise Verbindungen von Strecken mit dritter Klasse bilden, wie z. B. ein Zug Frankfurt a. M. — Berlin. — Daß die Unfälle zurückgegangen sind, begrüßen wir. Doch muß die Dienstzeit der Lokomotivführer noch mehr herabgesetzt werden. Die Konkurrenz von elektrischen Schnellbahnen sollte nicht aus Konkurrenzrücksichten abgelehnt werden; wenn sie notwendig sind, sollte die Staatsbahn solche elektrischen Schnellbahnen selbst bauen, nachdem jetzt jahrelange Versuche auf diesem Gebiete vorliegen. (Sehr richtig!) Die Petitionen um Ermäßigung des Eisenbahnfahrpreises für Schulkinder bei Reisen ausflügen und eine andere um Fahrpreisermäßigung im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr bei Schulausflügen von Volksschulkindern in Berlin können wir nur sehr warm unterstützen. Es liegt im hygienischen und pädagogischen Interesse, daß die Volksschulkinder soviel wie möglich hinauskommen. Wir verlangen einen Minister für Verkehrssozialpolitik und nicht, wie er jetzt ist, für verkehrte Sozialpolitik. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wendlandt (natl.) hält eine Tarifermäßigung im Hinblick auf das Eindringen der englischen Kohle in Berlin dringend geboten und bestreitet gegenüber dem Redner, daß sich der Minister von einseitig agrarischen Interessen leiten lasse.

Abg. Dr. Schupp (Rp.) tritt für die Ermäßigung der Fahrpreise bei Ausflügen von Volksschulkindern ein. In Danemauk haben die Volksschulkinder im Juni und Juli überhaupt freie Fahrt. (Hört! hört! links.) Gerade die ärmsten der Kinder laden die Ausflüge am notwendigsten. (Sehr wahr! links.) Die größere Zahl der Ausflüge, die dann veranstaltet werden, wird die Kindererziehung ausgleichen.

Abg. Dr. Brunenberg (Z) betont gegenüber dem Abg. Leinert, daß das Zentrum nicht daran denke, die Fahrkartensteuer für die vierte Klasse einzuführen.

Abg. v. Böhndorf-Röhl (L.) fordert Tarifermäßigungen für den Arbeiter.

Minister v. Breitenbach: Die Ermäßigung für Schülerfahrkarten ist jetzt schon so groß, daß eine weitere Ermäßigung nicht angängig ist. Die dritte Klasse wird bereits von 800 der Schenkungsfähigkeit. Die großen Durchgangszüge des internationalen Verkehrs betragen eine größere Belastung nicht. Die Einrichtungen der vierten Klasse sind wesentlich verbessert. Auf weite Entfernungen wird sie weit weniger benützt als die anderen Klassen. An der jetzigen Anzahl der Stehplätze in der vierten Klasse muß festgehalten werden. Im Nahverkehr handelt es sich dabei um keine besondere Zumutung der Postagiere, im Fernverkehr findet erfahrungsgemäß allmählich ein Austausch der Sitzplätze statt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Beilegung der ersten Klasse hat sich in Belgien nicht bewährt. Die Begrenzung der Arbeiterfahrkarten auf fünfzig Kilometer entspricht dem Wunsch der großen Mehrheit dieses Hauses. Nur äußerst selten sind darüber hinausgehende Wünsche an die Verwaltung gekommen. Von Plausibilität bei der Eisenbahnverwaltung kann keine Rede sein. Wir sind keine Aktiengesellschaft, unsere Überschüsse kommen der Allgemeinheit der Steuerzahler zugute. (Bravo!)

Minister v. Breitenbach: Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Sie sind der Sache gewis, obwohl er nur dieselben Ausführungen gemacht habe, wie die Abgg. Henkel und Göbel vor ihm. (Hört! hört!)

Abg. v. Böhndorf-Röhl: Es wird mir versichert, daß Sie nicht zur Sache gerufen, sondern nur gebeten worden sind, nicht zu weit abzuweichen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Böhndorf-Röhl: Auch solche Unterbrechungen sind sehr störend, und es ist mir von Vertretern aller Parteien versichert worden, daß ich vollständig zur Sache gesprochen habe. (Hört! hört! laut.) Ich will durchaus nicht sagen, daß die Unterbrechungen aus besonderer Unfreundlichkeit des Herrn Präsidenten gegen meine Freunde erfolgt sind, wir kennen ja sein „Wohlfühlen“. (Abg. Hoffmann (Soz.): Ja, ja. (Heiterkeit.)

Die Einnahmen werden hierauf bewilligt. Es folgt die Besprechung über die

Beamten- und Arbeiterfragen.

Abg. Beyer (Z.): Im Namen der nationalgefehrten Arbeiter danke ich dem Herrn Minister für all das, was trotz der sozialdemokratischen Agitation auch im letzten Jahre seitens der Verwaltung für die Arbeiter geschehen ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Speziell sind noch viele unserer Wünsche unerfüllt. Angefichts des verflochtenen Streiks der Eisenbahner in Frankreich möchte ich betonen, daß die übergroße Zahl der preussischen Eisenbahnarbeiter als durchaus zuverlässig im nationalen wie auch im dienstlichen Sinne bezeichnet werden muß. (Bravo! rechts.) Möge auch in Zukunft die Eisenbahnverwaltung der sozialdemokratischen Agitation dadurch die Färe vertreiben, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiter nach Möglichkeit entgegenkommt. (Bravo! im Zentrum.) Vor allem wünschen die Eisenbahnarbeiter etwas Schnellere Aufbesserung ihrer Löhne. Die Arbeiterausbildung sollte weiter ausgebaut werden. Heute kommt es vor, daß Vorgesetzte schon nervös werden, wenn überhaupt Anträge gestellt werden. Besondere Ursache hat das Akkordsystem bei den Arbeitern hervorgehoben. Die Arbeiter verlangen Garantie, daß der normale Tageslohn beim Stillstand verdient wird. Die Regelung der Dienstzeit läßt noch viel zu wünschen übrig, die Pensions-einrichtungen müssen verbessert werden. Möge auch das kommende Jahr für die Eisenbahnarbeiter ein Jahr des sozialen, wirtschaftlichen Fortschritts werden. (Bravo! im Zentrum.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr. Schluß 4 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Die Beratung des Militäretats konnte auch am Dienstag nicht zu Ende geführt werden. Bei der Forderung von 15,5 Millionen zum Ausbau der Bundesfestungen aus Anleihemitteln wurde lebhaft gefordert, fortan möchten solche Ausgaben aus laufenden Mitteln bestreiten und im ordentlichen Etat geführt werden. — Zahlreiche Petitionen aller nur möglichen Kategorien von Militärbeamten führten zu längeren Auseinandersetzungen. So fordern die Verwaltungsschreiber den Charakter als Beamte. Gegen vier Stimmen wurde über die Petitionen zur Tagesordnung übergegangen. Abg. Götze wünschte, im Plenum möchte einmal leistungsgemäß gegen die Petitionen vorgegangen werden, die die Kommission fortwährend mit solchen Petitionen beschäftigt. Götze zog seinen Antrag zurück, als ihm entgegen wurde, niemand dürfe von der Ausübung des Petitionsrechtes abgesehen werden. — Der christliche Militärarbeiterverband in München forderte: Ausgleich der Löhne mit den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen; Versicherung der Waisen; Alters-, Witwen- und Waisenversicherung nach bestimmten Vorschriften; Erholungsurlaub und paritätische Schiedsgerichte zur Beilegung der jetzigen Rechtsunsicherheit im Arbeitsverhältnis. Nach längerer Aussprache wurden die beiden ersten Forderungen zur Berücksichtigung, die drei anderen zur Erörterung überwiesen. — Eine Petition des Christlichen Sozial- und Eisenbahnarbeiterverbandes um generelle Lohnerhöhung mit Rücksicht auf die Lebensmittelpreise wurde auf Antrag Erbgewerbes durch Kenntnisnahme erledigt. Der sozialdemokratische Antrag, diese Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde gegen die sozialdemokratischen und die freimütigen Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte trotz lebhafter Vertretung durch unseren Genossen Jubel eine Petition der Spandauer Militärarbeiter, den Stillstand in Zeilohn umzuändern.

Ein nationalliberaler Antrag fordert die Streichung von zwei Armeinspektoren, je einen Gouverneur in Berlin, Köln, Mainz, Ulm und fünf Kommandanten in Altona, Breslau, Karlsruhe, Magdeburg, Spandau nebst den zugehörigen Generalstabsoffizieren und Adjutanten. Die Ersparnisse an Gehältern und Zulagen würden sich durch Streichung dieser Stellen — ohne Nationen und Adjutanten — auf rund 160 000 M. belaufen. Als Begründer des Antrages betonte Abg. Semler, die über jeden Zweifel erhabene nationalliberale Militärfreundschaft. Aber wegen der sehr ungünstigen Finanzlage müsse gespart werden. Der Kriegsminister erklärte den Nationalliberalen kurz und scharf, an eine Streichung der genannten Stellen sei gar nicht zu denken. Im übrigen wies der Minister auf die widersprüchliche Haltung der Nationalliberalen hin, die eine höhere Militärvorlage forderten und jetzt auf einmal durch Streichung von etwa 200 000 M. sparen wollten. Eine Erhöhung der Militärvorlage hätte doch unendlich viel mehr gekostet. Um die Nationalliberalen vollends niederzuschmettern, erklärte der Minister, die Streichung der beiden Armeinspektoren würde die Armee als einen „fauchenden Löwen“ beschreiben. Weiter klagte der Minister noch über das hohe Durchschnittsalter der Offiziere, was für die Schlagfertigkeit der Armee sehr gefährlich sei. Das Zentrum ergriff auch hier die Gelegenheit, sich bei der Regierung anzubieten. Abg. Götze verhöhnte die Nationalliberalen, die erst vor zwei Jahren die beiden Inspektionsstellen bewilligt hätten, deren Streichung sie jetzt forderten, und warf ihnen vor, ihr Antrag sei weiter nichts als ein Wahlmandat. Genosse Debevoe sprach die Vereinnahmung der Sozialdemokratie aus, an den Militärausgaben zu scheitern. Da die Nationalliberalen auf die scharfen Zentrumsangriffe antworten wollten, mußte die Debatte wegen der vorgeschrittenen Zeit auf Mittwoch verlegt werden.

Soziales.

Die Arbeitsfrage der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Zur Durchführung der Arbeiterversicherungsgeetze haben die Behörden nicht nur die Durchschnittsverdienste für die gewerblichen

Arbeiter (die „ordentlichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter“), sondern auch für die Landarbeiter (die Jahresverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter“) festzusetzen. Die Festsetzung geschieht auf Grund des § 10 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde von der höheren Verwaltungsbehörde, nachdem eine entsprechende Anzahl Sachverständiger aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer „gehört“ worden sind.

In den letzten Monaten hat in vielen Bezirken eine Neufestsetzung stattgefunden. Sie offenbart von neuem, welche traurige Lebenshaltung die Landarbeiter haben. In nachstehendem seien einige Proben wiedergegeben. Es betrug der Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter: in Mark

Kreis	Verent.	Reg.-Bez.	für Erwachsene		Jugendliche	
			männl.	weibl.	männl.	weibl.
Danzig	360		240	90	90	
Rostock	360		270	190	108	
Greifenberg		Marienburg	330	220	180	120
Rosenberg		Regierungsbezirk Marienwerder	300	225	180	165
Hörter	Reg.-Bez.	Winden	600	450	390	300
Registrierungsbezirk Pommern		Niederbarnim	504	450	342	324
Dinlshausen	Reg.-Bez.	Mittelhessen	480	370	300	230
Neustadt a. Rhod.	Reg.-Bez.	Mittelhessen	420	340	270	240
Amst. Bez. Baden		Waden	450	300	250	180
Kreis Rülhausen	Ober- u. Niederrhein	510	360	240	180	
Kreis Soltau, Lübben, Sternberg usw.		420	270	225	225	
Steinort, Ströhen, Striegau		400	300	210	180	
Stadtkreis Berlin		1080	660	540	420	
Charlottenburg		900	600	450	300	
Hamburg		1020	600	450	300	
München		1000	630	510	450	
Bremen		860	680	550	500	
Düsseldorf		900	600	520	420	

Man sollte es nicht für möglich halten, daß der Jahresarbeitsverdienst (also der Barlohn, zuzüglich des in Geld ausgedrückten Wertes der Verköstigung, Wohnung usw.) für erwachsene männliche Arbeiter auf 800 (dreihundert) Mark festgesetzt werden konnte, wie im Kreise Rosenberg. Für jugendliche Arbeiter hat man Beträge von 90 M. (wie im Kreise Verent) für ausreichend gehalten. Wenn sich die Sätze mit der Wirklichkeit decken, so liefern sie einen traurigen Beweis für die Ausbeutung der Arbeiter, welche die Junker treiben.

Die angegebenen Jahresarbeitsverdienste bilden die Grundlage zur Berechnung der Unfallrenten. Nichten sich diese Renten bei den gewerblichen Arbeitern nach dem tatsächlichen Arbeitseinkommen, so bei den Landarbeitern nach den behördlich festgesetzten Durchschnittssätzen, gleichviel, ob sie mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder nicht. Weiter werden die Sätze zum Maßstabe der Zuteilung zu den Lohnklassen der Invalidenversicherung genommen, soweit die Landarbeiter keiner Orts- oder Betriebskrankenkasse angehören. Durch die niedrigen Abschätzungen werden die ohnehin lärglichen Leistungen der Sozialpolitik für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter noch weiter herabgedrückt.

Die höchste Unfallrente beträgt 2/3 des Jahresarbeitsverdienstes. Ein völlig erwerbsunfähiger Landarbeiter erhält also bei 800 M. Jahresverdienst als Vollrente 200 M. jährlich!

Aus Industrie und Handel.

Gewinnsteigerungen.

Die letzten Auser im Streite gegen Sozialpolitik und zur Niederringung der Gewerkschaften sind die rheinisch-westfälischen Großindustriellen. Immer wieder behaupten sie, an den sozialen Kosten gebe die Industrie zugrunde, ihre Konkurrenzfähigkeit sei stark gefährdet. Und die Gewinne schnellen hinauf! So ergibt der Abschluß der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft für 1910 einen Nettogewinn von 4 354 150,99 M. (gegen 3 700 936,59 M. in 1909). An Zinsen und Provisionen, allgemeinen Unkosten, Vergütungen usw. kommen davon 6 257 671,04 M. (5 738 254,30 M.), an öffentlichen Lasten einschließlich 500 000 M. erste Rückstellung für Zonenteuern 8 495 899,74 M. (7 422 577,03 M.) in Abzug. Der auf den 25. März zu berufenden Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (im Vorjahre 9 Prozent) auf das alte Aktienkapital von 130 000 000 M. und der statutenmäßigen Vorzugsdividende von 6 Prozent auf die seit 1910 gewinnanteilsberechtigten 28 000 000 M. Aktien letzter Emission vorge schlagen werden, nachdem 13 890 048,77 Mark (11 700 000 M.) zu Abschreibungen und Reservestellungen, darunter wiederum 600 000 M. für den Spezial-Reservefonds, verwendet worden sind, für den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds wurden 400 000 M. bestimmt.

Auch die Maschinenindustrie hat gut abgeschlossen. Der Aufsichtsrat der Aktien-Gesellschaft Seidel u. Rauemann beschloß, der auf den 8. April einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent für die Aktien gegen 12 Prozent im Vorjahre, und 75 M. für die Genussscheine gegen 60 M. im Vorjahre vorzuschlagen. — Das steht wirklich nicht nach zu starker Verschärfung der Steuern.

Omnibus-Dividende.

Die Aktionäre der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft erhalten für das letzte Jahr 8 Prozent Dividende. An der Börse hatte man anhebend auf eine noch höhere Ausschüttung gerechnet; in den letzten Wochen war der Kurs der Aktien bis auf 175 hinaufgetrieben worden. Im Vergleich mit dem Vorjahre, wo die Aktionäre infolge der sommers Tarifreform leer ausgingen, kann die diesmalige Dividende wohl befriedigen. Es wäre aber falsch, anzunehmen, das gute Ergebnis habe der Pferdeomnibusbetrieb allein erbracht, ein nicht unwesentlicher Anteil dürfte auf den Autobusbetrieb entfallen. Womit der Beweis geliefert wäre, daß dieses Verkehrsmittel sehr wohl rentabel gestaltet werden kann. Berücksichtigt werden muß dabei, daß die Linien bisher wenig ausgebaut sind und die Einföhrung zunächst mit größeren Unkosten verbunden ist. Unter diesem Gesichtswinkel gestellt, eröffnet sich für den Autobus eine große Zukunft. Troy aller Unkenrufe — unter denen sehr oft wohlverstandenes Interesse sich versteckt — wird er schließlich als das überlegene Verkehrsmittel den Platz behaupten.

Städtische Zantienempfeänger. Die Nationalbank für Deutschland hat im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 8 567 147 M. erzielt. Davon werden 5,8 Millionen Mark als 7prozentige Dividende verteilt. Zantien und Gratifikationen beanspruchen 1 938 200 M. Auf diese Weise bekommen die Hauptaktionäre eine Ertragsdividende. Nach den Sondervergütungen doch 2,4 Prozent des Aktienkapitals aus.

Zur Frage der Fleischversorgung Deutschlands.

In einer von einem Mitgliede der Hamburger Handelskammer verfaßten Denkschrift wird die Forderung auf Herabsetzung der Fleischpreise wie folgt begründet:

Gegenwärtig steht der Einfuhr, auch der von geschlachtetem amerikanischen Rindfleisch, ein schärferes Verbot entgegen, dessen Aufhebung nach langjähriger Erfahrung in England aber keine Bedenken haben dürfte. Von entscheidender Bedeutung für die Möglichkeit der Einföhrung des ausländischen Rindfleisch ist aber der deutsche Einfuhrzoll, der mit dem neuen Posttarif vom 1. März 1908 eine große Steigerung auf 27 M. pro 100 Kilo für frisches und gefähtes Fleisch, für 35 M. pro 100 Kilo für gefrorenes Fleisch erfahren hat. Das beste amerikanische gefähtes Rindfleisch (Hinterquart) zu 8 1/2 Pence pro Pfund englisch in Eng-

land würde mit Zoll und Unterföhrungskosten, Adßhandlung, Arbeitslohn, Marktgeld und Marktcommission 72 M. pro 100 Pfund im Großverkauf an die Schlächter oder Verkaufsstellen in Hamburg kosten, während der Preis für entsprechendes Fleisch dieser Schlachtung gegenwärtig 74 M. ist. Die billigste Sorte, das gefrorene Fleisch, die in England etwa 8 Pence pro Pfund kostet, würde sich in Deutschland verzollt auf 50 M. pro 50 Kilogramm stellen; nicht viel teurer ist geringe Qualität dieses Fleisches im Großhandel in Hamburg käuflich. Der Transport nach inländischen Plätzen in Eiswaggons wird mit etwa 2—3 M. pro 50 Kilo zu veranschlagen sein. . . . In verschiedenen Städten müssen bedeutende Kühlanlagen geschaffen werden und auch in Hamburg reichen die bestehenden Einrichtungen nur für den gegenwärtigen Bedarf aus. Für solche Unternehmungen, ebenso wie für die Erweiterungen der Kühlanlagen der Dampfzwecke würde sich nur dann Vertrauen finden, wenn ein niedrigerer Zoll eintreten und wenn mit Sicherheit auf dauernde Einföhr und eine wohlwollende Stellungnahme der Regierung zu rechnen sein würde.

Dringendes Bedürfnis. Die Böhmen schwingen sich zu den Höhen der Kultur hinauf. Nach einer Meldung tschechischer Blätter trifft eine Gruppe böhmischer Soldatinnen gemeinschaftlich mit einem Jachmann aus Kreuzen Vorbereitungen für die Errichtung einer Kanonen- und Waffenfabrik in Böhmen.

Aus der Frauenbewegung.

Das Wahlrecht — ein Rechtsanspruch der Frau.

Die moderne Großindustrie als vorläufiges Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, konkurrierende sowohl den weiblichen Universalhandwerker der Familie, als auch den in Zünften organisierten Handwerksmeister nieder. Im neuen Produktionsprozeß fanden aber alsbald die Frauen und Mädchen, die der produktiven Arbeit im Hause, der Arbeit für den Selbstbedarf beraubt waren, Beschäftigung als Lohnarbeiterinnen. Die mannigfaltige Not des Lebens, der die Arbeiterin ausgesetzt ist, und der unerföhlliche Profitgier der Kapitalisten, waren die Haupttriebkraft, die zur Verwendung der Frauenerwerbsarbeit führten und die die Nachfrage nach ihr aufrechterhalten und steigern. In allen Ländern, in denen die kapitalistisch angewendete Maschine ihren Einzug hielt, folgten ihr Scharen erwerbstätiger Frauen auf dem Fuße, und die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Gewerbebefragungen zeigen, daß die Frauenerwerbsarbeit schneller zunimmt, als die der Männer, schneller sogar als die weibliche Bevölkerung.

Deutschland zählte 1882 bereits 5 541 517 weibliche Erwerbstätige; deren Zahl stieg im Jahre 1895 auf 6 578 550 und im Jahre 1907 sogar auf 9 492 881, eine Zunahme seit 1895 um 44,44 Prozent, seit 1882 fast eine Verdoppelung. Diese Zahlen beweisen, welche einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben des Volkes die Frauenerwerbsarbeit bildet. Nicht nur einen wichtigen, sondern auch einen unentbehrlichen Faktor. Man denke: Es sollte plötzlich die Frauenerwerbsarbeit ausgeschaltet werden, eine Störung, in manchen Branchen ein Stillstand des Betriebes wäre die Folge. Sind aber die Frauen in so hohem Maße mit Hand und Hirn beteiligt an der Erzeugung der Produkte, die zur Erhaltung und Fortentwicklung der Gesellschaft notwendig sind, erfüllen sie in so hohem Maße Staatsbürgerpflichten, so haben sie auch einen vollen Anspruch auf Staatsbürgerrechte: auf das Wahlrecht!

Sie haben um so mehr einen Anspruch auf diese Rechte, weil sie durch ihre veränderte Stellung im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben einer ganzen Anzahl von Kämpfen ausgesetzt sind, denen sie ungeachtet und ungerührt solange gegenüberstehen, als sie das Wahlrecht entbehren, das in diesen Kämpfen eine wichtige und notwendige Waffe bildet. Denken wir nur an die Kämpfe gegen die wirtschaftliche Ausbeutung, gegen die Auswucherung durch Steuern und Zölle, an den Kampf um ein gesichertes Koalitionsrecht, um einen wirksamen Arbeiterinnenschutz und anderes mehr, immer ist die politisch rechtlose Frau die Wechelse in diesem Kampf, obgleich sie doppelt des zu erringenden Schutzes bedarf: Nicht nur deswegen, weil sie die körperlich Schwächere ist, sondern vor allem deswegen, weil sie als weiblicher Mensch die Pflichten der Mutterpflicht zu erfüllen hat. Durch die Erfüllung dieser wichtigen Pflichten, die erst den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft garantieren, bringt die Frau zudem schwere persönliche Opfer und erwirbt sich damit einen doppelten Rechtsanspruch auf das Wahlrecht. Bei und gleich nach der Entbindung sterben jährlich circa 10 000 Frauen, circa 50 000 erkranken schwer an den Folgen der Mutterpflicht; das sind weit größere Opfer, als der Mann bei der Ausübung der Wehrpflicht bringt.

Bedingt die Pflichterfüllung der Mutterpflicht und die dadurch gebotene größere Schutzbedürftigkeit der Frau auch um so mehr den Besitz des Wahlrechts, so ist doch gerade der Mutterberuf der Frau einer jener wohlfeilen Gründe, die für die Vorenthaltung des Frauenwahlrechts ins Feld geführt werden. Die Weiblichkeit der Frau, ihr Seelenleben soll angeblich Schaden leiden durch die Beschäftigung mit Politik! Diese Argumentation hören wir aus dem Munde derselben Herren, die das Menschtum des Weibes mit Frühen treten, indem sie „ihre“ Arbeiterinnen in langer Tagesfron an die Maschine setzen, indem sie bei mörderischer Art der Arbeit die Gesundheit des Weibes und — des Kindes, das es unter dem Strahlen trägt, fastblütig vernichten, weil das kapitalistische Profitinteresse es so will.

Sogar Gründe der Weiblichkeit werden gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt: Es müßte ein abstoßender Anblick sein, meinte einst ein konservativer Herr, wenn eine schwangere Frau die Rednertribüne des Reichstages besteige. Was ist das, daß richtig ist für diejenigen Herren, die beim Anblick einer schwangeren Frau eine unüberwindliche Lust zum Spotten und Jotenzeln bekommen, aber diese „Herren“ sind unseres Grodtens nicht reif zur Ausübung der höchsten Staatsbürgerrechte und „Pflichten“ eines Parlamentariers. Dagegen wird kein Mann, der in der schwangeren Frau die Trägerin der kommenden Generation achtet, der sich bemüht ist, weise hohen und heiligen Dienst sie durch die Mutterpflicht der Gesellschaft leistet, sich abgestoßen, sein ethisches Empfinden verlehrt fühlen bei ihrem Anblick; er wird ihr vielmehr die größte Hochachtung entgegenbringen, denn als Staatsbürgerin, die selber Pflichten erfüllt, Rechte ausübt und dabei Bürgergütigkeiten entwidelt, wird die Frau um so mehr befähigt, ihre Mutterpflichten im besten Sinne des Wortes erfüllen zu können. Das Gebären und Pflegen der Kinder erschöpft nicht die Pflichten einer Mutter, sondern dazu gehört vor allem auch das Erziehen der Kinder.

Kinder erziehen wird aber zweifellos die Mutter am besten, die einen weiten Blick, einen reichen geistigen Besitz, die Erfahrung, die Tat- und Willenskraft ihr eigen nennt und all diese Eigenschaften zu betätigen weiß. Staatsbürger erziehen kann nur, wer selber Bürgergütigkeiten besitzt und sie zu üben weiß.

Der Besitz des Wahlrechts und seine Ausübung wird also nimmer die wichtigen mütterlichen Eigenschaften des Weibes beeinträchtigen, sondern umgekehrt diese Eigenschaften entwickeln und vervollkommen.

Mutterpflicht und Erwerbsarbeit der Frau begründen somit ebensosehr die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts, als sie den Rechtsanspruch an dasselbe nachweisen.

Möge der 19. März, der sozialdemokratische Frauentag, den Beweis erbringen, daß diese Tatsache Millionen von Frauen zum Bewußtsein gekommen ist und sie zu Kämpfern für das Frauenwahlrecht macht.

Die Arbeiterinnenbewegung in Neu-Südwalen.

Die Arbeiterinnen von Neu-Südwalen beschäftigen sich an der bevorstehenden Konferenz der dortigen Arbeiterpartei in herborogender Weise zu betätigen. Unter den Resolutions, die von Frauenorganisationen eingereicht wurden, befinden sich die folgenden: Allen Frauen sollen volle Bürgerrechte gewährt werden.

Die bestehenden Kinderheime sollen staatlich unterstützt werden unter der Bedingung, daß sie auch für die Mütter wenigstens so lange sorgen, als deren Kinder noch nicht sechs Monate alt sind.

Durch Gesetz sollen die unehelichen Kinder gleiche Rechte mit den ehelichen erhalten.

Alle Anstalten, die Siechen, Greisen und Invaliden Obdach und Fürsorge angedeihen lassen, sollen staatliche Unterstützung erhalten.

Das Bundesparlament hat eine königliche Kommission zu ernennen, die die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Staatsarbeiter einer Prüfung unterzieht.

Gerichts-Zeitung.

Beleidigungsprozess Hülsen gegen Weingartner.

Ein Beleidigungsprozess des Generalintendanten Graf v. Hülsen-Haeseler gegen den früheren Direktor der Wiener Hofoper Felix v. Weingartner beschäftigte gestern bis spät abends die 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Grüger.

Die öffentliche Klage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Müller, als Nebenkläger war Graf v. Hülsen-Haeseler unter Beistand des Rechtsanwalts Arthur Wolff zur Stelle. Der Angeklagte v. Weingartner wurde vom Justizrat Dr. Sells und Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Frischauer-Wien verteidigt.

Der Klage liegen Differenzen zugrunde, in die Weingartner als Dirigent der Symphonieorchester der königlichen Kapelle mit Herrn v. Hülsen geraten ist. Mit dem Angeklagten war ein Vertrag bezüglich der musikalischen Leitung dieser Konzerte geschlossen worden, und als Weingartner zum Direktor der kaiserlichen Hofoper berufen worden war, kam ihm Herr v. Hülsen durch bestimmte Abmachungen entgegen, die sich auch über eine Stellvertretung in Verbindungsfällen ausstreckten. Dann kam es zu einem vollständigen Bruch. Der Angeklagte war der Meinung, daß ihm zuzustehendes Honorar vorenthalten worden. Er ließ die königliche Kapelle deshalb bei einem Konzert in Stettin, und Generalintendant v. Hülsen machte dies durch Anschlag bekannt und bemerzte gleichzeitig, daß gegen Herrn v. Weingartner das Verfahren wegen Kontraktbruch eingeleitet worden sei. Der Angeklagte wurde dann auch als Kontraktbruch erklärt. Es kam dann ein Vergleich vor dem Schiedsgericht des Bühnensprengels zustande. Herr v. Weingartner zahlte 9000 M. an die Unterstützungskasse der königlichen Kapelle, und die Kontraktbruchserklärung wurde wieder aufgehoben. Nun hatte der verstorbene Angelo Neumann wegen einer Sängerin Differenzen mit Herrn v. Hülsen, die er auf einer Generalversammlung des Bühnensprengels am 30. Januar 1909 zur Sprache brachte. Er hatte sich auch an Herrn v. Weingartner um Stoff gegen Herrn v. Hülsen gemeldet, und dieser hatte an Neumann folgendes Telegramm geschickt:

„Hülsen hat in seiner vielbesprochenen Affäre gegen mich einen Vertragsbruch begangen. Da der Fall nur vor das Schiedsgericht gekommen ist, dessen Institution von Hülsen gegen die Mitglieder geradezu strotzt, ohne daß die ordentlichen Gerichte appellierbar gewesen, fühle ich mich sicher und imputierte mir diesen Vertragsbruch, den er selbst begangen hat durch den Bluff der Plakattierung und einer von Unwahrheiten strotzenden Klage. Ich zahlte schließlich 9000 M., um allen Scherereien zu entgehen, die mir ein Prozess in ausreichendem Maße gebracht hätte. Ich behalte mir vor, auf das Hülsensche, jedem Recht und jeder Roblesse widersprechende Vorgehen gelegentlich öffentlich zurückzukommen, und jedenfalls steht Ihnen mein ganzes Material zur Verfügung. Ich ermächtigte den Direktor Neuler (Vertreter Neumanns auf der Generalversammlung), diese Mitteilung überall bekannt zu geben.“

Graf v. Hülsen-Haeseler wollte Klage gegen v. Weingartner erheben, nahm aber hiervon Abstand, da der Angeklagte erklärte, daß er mit dieser Veröffentlichung nichts zu tun habe. Später, am 3. Juni 1910, veröffentlichte der Angeklagte in der „Neuen Freien Presse“ eine Erklärung, in welcher er betonte, daß er für den Wortlaut des an Angelo Neumann gerichteten Telegramms die Verantwortung übernehme und seinen Inhalt aufrecht erhalte. Daraufhin ist die Klage erhoben worden.

Nach langausgehender Beweisaufnahme kam folgender Vergleich zustande:

Der Angeklagte v. Weingartner erklärt: Ich gebe nach der Beweisaufnahme in der heutigen Hauptverhandlung zu, daß der Generalintendant Graf v. Hülsen-Haeseler, als er den Anschlag vom 9. März 1908 im Opernhaus in Berlin veranlaßte, nach dem ihm bekannten Sachverhalt annehmen mußte, ich habe den Vertrag gebrochen.

Ich hatte die Berechtigung meines Standpunktes bisher nicht genügend eingesehen und fühle mich infolgedessen noch bis in die neueste Zeit durch den Anschlag vom 9. März 1908 in meiner Künstlerlehre schwer gekränkt.

Zur Abwehr dessen habe ich mich bisher für besetzt gehalten, meine an den jetzt verstorbenen Direktor Angelo Neumann durch die Depesche vom 30. Januar 1909 über die Vorgänge und meine Auffassung von diesen gemachten Mitteilungen auch später aufrecht zu erhalten.

Ich gebe nach der heutigen Hauptverhandlung zu, daß ich diese meine Äußerungen nicht mehr aufrecht erhalten kann. Ich hatte mit diesen nur meine Rechte wahrnehmen, jedoch Eggellens Graf Hülsen-Haeseler nicht beleidigen wollen.

Wenn dieser von mir nicht beachtete Erfolg einer Beleidigung dennoch eingetreten ist, so bedauere ich dies lebhaft und nehme demgemäß den Inhalt meiner Depesche vom 30. Januar 1909 und der gleichen späteren Erklärung mit der Bitte um Entschuldigung zurück.

Der Nebenkläger Graf v. Hülsen-Haeseler erklärt: Ich nehme diese zur Klarstellung der Vorgänge dienende Erklärung des Herrn v. Weingartner mit Befriedigung entgegen. Ich will danach und nach den heute von ihm in der Hauptverhandlung abgegebenen Versicherungen annehmen, daß er bei seinem im Februar 1908 gemachten Versuch der Auflösung des Vertrages in gutem Glauben war.

Ich nehme den Strafantrag zurück. Die gerichtlichen Kosten des Verfahrens verpflichtet sich der Angeklagte zu tragen.

Das Verfahren wurde hierauf eingestellt.

„Der Kerl“ gehört zum geschützten Sprachschatz eines Amtsvorstehers.

Eines Tages befand sich der Kaufmann Holm aus Köslin mit seinem Planwagen auf der Dorfstraße von Strippo. Der Amtsvorsteher Guttschlag zu Strippo, der die Dorfstraße entlang fuhr, interessierte sich in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter für die Person des Lenkers des Planwagens, den er nicht sehen konnte. Er sagte deshalb zu seinem Kutscher, er solle doch mal absteigen und sehen, wer „der Kerl“ sei. Holm erfuhr vom Gebrauch des Ausdrucks „Kerl“ und verklagte den Amtsvorsteher wegen Beleidigung. Dieser wurde auch in erster und zweiter Instanz verurteilt, worauf Revision einlegte. Bevor es zur Verhandlung vor der Revisionsinstanz kam, erhob die Regierung zu Köslin den Konflikt zugunsten des Amtsvorstehers, indem sie geltend machte, der Amtsvorsteher habe den Auftrag seinem Kutscher aus einem amtlichen polizeilichen Grunde erteilt und sich innerhalb seiner Amtsbefugnis gehalten.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte dieser Tage den Konflikt für begründet. Es führte aus, daß seine Überschreitung der Amtsbefugnis angenommen werden könne, wenn man die ganze Sachlage erwäge. Der Privatkläger habe in dem Planwagen gefahren, so daß er nicht zu sehen gewesen sei. Der Amtsvorsteher habe gar nicht gewußt, wer in dem Wagen saß. Er habe den Ausdruck „Kerl“ also gar nicht mit Bezug auf die Person des Klägers gebrauchen wollen. Wenn er unter diesen Umständen unter Vernehmung eines Ausdrucks, der gang und gäbe sei, zu seinem Kutscher sagte, er solle mal nachsehen, wer der „Kerl“ wäre, dann könne von einer Überschreitung der Amtsbefugnisse keine Rede sein. Darum sei zu erkennen, daß das Verfahren gegen den Amtsvorsteher endgültig einzustellen sei.

Medlenburgische Justizblät.

Beim Spielen auf einem öffentlichen Wiesengrundstück im Ferienaufenthaltsort Stargard i. M. wurde das fünfjährige Töchterchen der Berliner Familie B. vom Hunde des vorübergehenden Stadtförsters R. gebissen, so daß ärztliche Hilfe notwendig wurde. Da nach Aussage des zehnjährigen Bruders der gebissenen Kleinen der Stadtförster den Hund geheßt haben sollte, der Förster aber sich nicht zum Erlass des Arzthonorars bereit erklärte, wurde beim zuständigen Magistrat Anzeige erstattet. Wurde nun der für den Hund verantwortliche Förster zur Verantwortung gezogen? O nein! In dem „Rechtsstaat“ Medlenburg erhielt — die Mutter des gebissenen Kindes — ein Strafmandat, weil sie ihr Töchterchen nicht genügend beaufsichtigt und dadurch den Hitz ermöglicht habe. Auf Einspruch erzielte ihr Anwalt Dr. Curt Rosenbergs-Berlin selbstverständlich vor dem Schöffengericht Stargard Freisprechung. Auch die Kosten der ärztlichen Behandlung wurden vom Stargarder Magistrat erseht.

Nur mit erheblicher Mühe gelang es, die Polizeibehörde in St. zur Weitergabe der Ermittlungsakten gegen den Stadtförster R. an die Staatsanwaltschaft zu veranlassen. Diese aber vermochte — ebenso auch die Oberstaatsanwaltschaft — bei R. nicht das geringste Verschulden zu entdecken und lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab. Als Rechtsnorm für Deutschland-Medlenburg dürfte ein Geschichtsforscher aus dem vorstehenden folgendes entnehmen: in schiedsrichterlich aus dem vorkommenden folgendes zu entnehmen: in Medlenburg sind die Kinder an der Leine zu führen, um die Försterhunde vor dem Beißen zu schützen.

Sittlichkeitsverbrechen.

Zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft wurde dieser Tage vom Potsdamer Schwurgericht der Schlosser Paul Wägenier aus Romowes wegen eines am 19. November v. J. verübten Sittlichkeitsverbrechens gegen ein 17jähriges Mädchen und eine Frau verurteilt. Der Angeklagte, der bereits im Jahre 1908 vom Schwurgericht in Nürnberg wegen eines ähnlichen Deliktes zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, gab an, die Tat nach Alkoholegenuß im Zustand geistiger Bewußtlosigkeit und jeglicher Erregung, bedingt durch die Folgen früher erlittener schwerer Kopfverletzungen, begangen zu haben.

Beleidigung eines Dienstmädchens.

Die Höchstzulässige Geldstrafe von 1500 Mark, an deren Stelle im Nichtzahlungsfalle 100 Tage Gefängnis treten, erkannte das Schöffengericht zu Hannover in seiner letzten Sitzung am Sonntag gegen den Fabrikgeschäftsführer Philipp Schmidt aus Langenhagen wegen tätlicher Beleidigung. Der verheiratete Angeklagte hat ein in seiner Familie bedienstetes Mädchen mit unzüchtlichen Angriffen verfolgt. Die Verhandlung fand bei strengem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Seitens des Vertreters der Anklagebehörde waren drei Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht berücksichtigte strafmildernd die bisherige Unbescholtenheit und die schweren Folgen, die den Angeklagten schon wegen seiner unüberlegten Handlungsweise getroffen haben, strafschwerend, daß den in Stellung befindlichen Dienstmädchen gegenüber solchen Angriffen ein energischer Schutz gewahrt werden müsse. Es verurteilte den Angeklagten mit einer Gefängnisstrafe, erachtete aber andererseits die höchste zulässige Geldstrafe als fühlbare Strafe angesichts der Vermögensverhältnisse des Angeklagten am Platz.

Würden in ähnlicher Weise wie in Hannover in ganz Deutschland stets Beleidigungen der Dienstmädchen durch ihre Herrschaft verfolgt und geahndet, so würde das bald eine erzieherische Wirkung auf so manche Herrschaft ausüben.

Der Kwisled-Process vor dem Reichsgericht

ist auf unbestimmte Zeit verlagert worden, da Geh. Justizrat Seelig, der Vertreter des Grafen Kwisled, erkrankt ist.

Verfassungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. In der außerordentlichen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin, die am Sonntag Freyers großen Saal samt den Galerien füllte, wurde die vor acht Tagen begonnene Beratung über die Stellungnahme zum Verbandstag fortgesetzt. Es wurde nun über die Anträge beraten, die sich auf die Beitragsfrage beziehen. In nicht weniger als 10 Anträgen wird eine mehr oder minder weitgehende Staffelung der Beiträge oder Einführung eines höheren Beitrages für die Mitglieder mit höherem Einkommen verlangt. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Beitragsleistung der männlichen Mitglieder, jedoch wird auch beantragt, daß den weiblichen Mitgliedern Gelegenheit geboten werde, in eine höhere Beitragsklasse einzutreten. Die verschiedenen Anträge wurden nun zunächst von den Antragstellern begründet. Es wird allgemein anerkannt, daß eine weitere Stärkung der Finanzen des Verbandes notwendig oder wenigstens sehr wünschenswert ist, jedoch sind die Fürsprecher der Beitragsstaffelung der Meinung, daß den Mitgliedern mit den geringsten Löhnen keine höheren regelmäßigen Beiträge auferlegt werden dürften, während die mit besserem Einkommen sehr wohl etwas mehr zahlen könnten. Demgegenüber schlägt der Hauptvorstand die Erhöhung des Verbandsbeitrages von 60 auf 70 Pf. vor, für die weiblichen Mitglieder von 25 auf 30 Pf. Der Bevollmächtigte Cohen sprach im Sinne dieses Antrages. Das Verlangen nach Staffelleistungen beschäftigt die Mitglieder schon seit vier Verbandstagen, ohne daß etwas Annehmbares dabei herausgekommen ist. Die Lösung der Frage bietet außerordentliche Schwierigkeiten, weil die Löhne nicht allein nach den Orten und Bezirken, sondern auch in den vielen Berufen und Branchen, die der Metallarbeiterverband umfaßt, sehr verschieden sind. Der Verbandstag in München, 1907, wählte aus Anhängern der Staffelleistungen eine Kommission, die die Frage prüfen und dem nächsten Verbandstag brauchbare Vorschläge machen sollte. Die Kommission sammelte Material aus dem ganzen Reich und arbeitete fleißig und gründlich, aber die Vorschläge, die sie dem Verbandstag in Hamburg, 1909, machte, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt, und man beauftragte den Verbandsvorstand, die Frage aufs neue zu prüfen. — Die Staffelung der Beiträge wäre durchaus wünschenswert, wenn sich nur ein gangbarer Weg finden ließe. — Der Redner empfahl die folgende von Albert Dräger vorgeschlagene Resolution, die dann schließlich, allerdings nur mit schwacher Mehrheit von der Versammlung gutgeheißen wurde:

„Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin ist der Ansicht, daß eine Stärkung unserer Mittel im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen angesichts der immer härter werdenden Unternehmerorganisationen und der von der Regierung geplanten Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung dringend notwendig ist.“

Da nur durch laufende Beiträge eine wirklich durchgreifende Stärkung zu erwarten ist, erklärt sich die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin mit einer Erhöhung des Beitrages einverstanden. Jedoch hält die Generalversammlung es für notwendig, daß der Verbandstag reiflich prüft und, wenn angängig, beschließt, daß durch klassifizierte Beiträge den verschiedenen Verdiensthöhen der Mitglieder Rechnung getragen wird.“

Da die Diskussion über die Beitragsfrage allzubald Zeit erfordert hätte, war die Beratung über die sonst noch vorliegenden Anträge nicht mehr möglich. Es wurde beschlossen, sie vorläufig als Anträge der Einzelmitglieder beim Verbandsvorstand einzurichten, was innerhalb 14 Tagen geschehen muß, und sie dann in der folgenden Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin zur Beratung zu stellen.

Der Zentralverein der Bildhauer wählte in der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Mitgliedschaft Berlin den Kollegen A. H. Mann zum ersten Vorsitzenden. Ferner wurde beschlossen, die „Bildhauer-Zeitung“ den Mitgliedern auf Kosten der Lokalfeste portofrei zuzusenden und das Bureau in der Zeit von Inzeratenteil veranl.: T. G. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

4-7 Uhr nur Montags, Donnerstags und Sonnabends offen zu halten, an den übrigen Tagen zu denselben Stunden aber für den Verkehr zu schließen, damit den Angestellten Zeit bleibt, die schriftlichen Arbeiten zu erledigen.

Aus aller Welt.

Stillstand der Pest.

Nach den vorliegenden Nachrichten scheint es gelungen zu sein, dem weiteren Umsichgreifen der Pestepidemie erfolgreich entgegenzutreten. In Peking ist die Pest im Abnehmen begriffen, die Quarantänevorkehrungen für europäische Reisende wurden aufgehoben. In Charbin sind am Montag 15 Chinesen der Pest erlegen.

Einem in Wien gehaltenen Vortrage des Privatdozenten Dr. Rudolf Böck, der als Teilnehmer einer wissenschaftlichen Expedition im Jahre 1897 die Pest in Indien studiert hat, entnehmen wir folgende Ausführungen über die Pestgefahr:

Der größte Widerstand gegen die Herabminderung der Pestgefahr, wie sie der Wissenschaft heute schon möglich wäre, ist in dem Verhalten der Völker des Ostens zu suchen, die aus religiösen Vorstellungen und Heiligkeitsgefühlen heraus sich allen Maßnahmen und Anordnungen widersetzen, die zur Eindämmung der Gefahr dienen würden. In Indien zum Beispiel ist die Regierung machtlos, da sie es nicht wagen darf, das wirtschaftlich ausgebeutete Volk in seinen religiösen Bräuchen einem Zwange zu unterwerfen, da sonst trotz der Letztart der Jnder eine Revolution zu befürchten wäre. So muß es denn gebüdet werden, daß Pestleichen, die gefährlichsten Verbreiter der Seuche, von den Parzen, die verächtlicher Herkunft und Befürworter der Lehre Joraschers sind, in den von ihnen eigens geschaffenen Rundbauten den Geiern zum Fraß vorgeworfen werden. Die Geier werden von der Pest wohl nicht ergriffen, schleppen aber die Leichenteile in ihrem Schnabel wieder an bewohnte Orte, wo nun neuerlich Infektionen entstehen. Von den Hindus selbst werden die Leichen, ohne Rücksicht auf die Gefahr, auf Tragbahnen geschleift, in feierlichem Zuge durch die Straßen dem Verbrennungplatz entgegengetragen. So ist zwar die Bestattungstheorie hygienisch, der Trauerzug aber neuerlicher Erkrankungen Keim. Eine andere Gefahr der Seuchenverbreitung lernte die Expedition kennen, als sie inne wurde, daß keine Familie die Isolierung eines erkrankten Mitgliedes zuläßt, so daß man schließlich zu dem verzweifelten Mittel greifen mußte, ganze Familien — kranke und gesunde — gemeinsam zu isolieren.

Wie sehr auch das enge Zusammenwohnen der Bevölkerung der Verbreitung der Pest dient, zeigt die regelmäßige Zunahme der Krankheits- und Todesfälle im Winter, wo alles in ungelüfteten Hütten gemeinsam Unterschlupf sucht, und das beinahe vollständige Erlöschen im Sommer, wo der Jnder im Freien lebt. Doch könnte auch all diesen Umständen abgeholfen werden, die Gefahr bestände, wenn auch sehr vermindert, weiter. Denn wie schon der höhere Prozent der Erkrankungen von Speisearbeitern beweist, sind die Rageriere, besonders die Ratten, gefährliche Träger und Verbreiter der Pest. Neben ihnen aber auch das Ungeziefer, vor allem aber die Marmeliere, die im Himalaya große Gebiete unterminieren und Träger einer Art schleimender Pest sind; diese Rageriere nun werden häufig von der Seuche ergriffen und dann, von ihren gesunden Gattungsgenossen vertrieben, kommen sie zu menschlichen Behausungen und sorgen für ein Aufkommen der Seuche, wenn diese schon erloschen schien.

Unwetter im Moselgebiet.

Ueber den Hundrüd, das Mosel- und Saargebiet sind am Montag schwere Gewitter, begleitet von starkem Sturm und Hagel, niedergegangen. Der Hagel lag stellenweise so hoch, daß die Dächer wurden abgedeckt. In der angeschwollenen Ahr ertrank ein Arbeiter, der sich auf einem über den Fluß führenden Steg befand, als dieser vom Sturm hinweggerissen wurde.

Kleine Notizen.

Auf dem Eise eingebrochen. Auf einem Teiche in der Nähe von Chemnitz brachen die beiden Knaben eines Tischlers Lorenz aus Gössa ein. Ehe Hilfe gebracht werden konnte, ertranken die beiden.

Ein 15jähriger Defraudant. In Braunschweig entwendete der 15jährige Kaufmannslehrling Tauy seinem Chef ein Scheidformular, füllte das Formular aus 9760 M. aus und erhob das Geld bei einer hiesigen Bank. Einem hier wohnhaften Arbeiter, der um den Schwindler wußte, schenkte der jugendliche Schwindler 1000 Mark und ergriff dann mit seinem 16jährigen Bruder die Flucht.

Bei dem Brande eines Gasthofes in Lauringen in Bayern sind drei Personen bei den Löscharbeiten schwer verletzt worden. Der Gasthof ist vollständig niedergebrannt.

Eine Finsternis hat an dem Straube von St. Etienne (Italien) und Niva großen Schaden angerichtet. Zwei Wohnhäuser sind eingestürzt, andere stehen in Gefahr. Der Strand ist auf weite Strecken verwüstet.

Glücklich gelandet. Der am Sonntag vormittag in Witterfeld bei einer Windgeschwindigkeit von Hundert Kilometer in der Stunde mit Leutnant Knoerzer als Führer und drei Passagieren aufgestiegene Ballon „Nordhausen“ ist in den Karpathen glücklich gelandet.

Amstlicher Marktbericht der kaiserlichen Handels-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise anziehend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am		am		
	20. 2.	19. 2.	20. 2.	19. 2.	
Remel, Mühl	262 ²	+6	Saale, Großh.	232	+123
Regel, Jüterburg	110 ²	+68	Havel, Spandau ²	139	+4
Reichl, Thom	212 ²	+23	„ Rathenow ²	138	+12
Oder, Rathor	558	+294	Spree, Spremberg ²	238	+68
„ Krosin	292	+18	„ Bestrom	192	-3
„ Frankfurt	210	+17	„ Bietow, Rindow	82	+79
„ Scharow	132	-98	„ Rindow	138	+71
„ Landsberg	59	+11	„ Radeln, Maximiliansau	232	+27
„ Borsum	75	+13	„ Raus	133	+23
Eide, Zeitzmeritz	205	+160	„ Rölln	165	+21
„ Dresden	-23	+40	„ Redar, Berlthom	202	+23
„ Harbo	212	+43	„ Rals, Berlthom	210	+24
„ Magdeburg	156	+18	„ Rals, Trier	-	-

*) und bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpeel. — *) Eisstand. Das Hochwasser im Obergerbiet geht in den Quellflüssen bereits wieder zurück. Rathor hatte gestern mittag den Flußpegel mit 596 Zentimeter, das ist etwa 20 Zentimeter über Mittelhochwasser. Heute morgen betrug der Wasserstand dort nur noch 527 Zentimeter und der Flußpegel war nach Rals gelangt, wo er ungefähr den mittleren Hochwasserstand erreicht hat. Das Eis ist sowohl in der oberen Oder wie in Breslau und bei Schwedt abgefroren.

Partei-Angelegenheiten.

Tempelhof. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmshof“, Berliner Straße 9: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Stellungnahme zum Entwurf zur Regelung der Reichsfrage.
Grünau. Am Donnerstag, den 23. d. Mts., im Lokal zur „Grünen Ede“: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Anträge zur Parteifrage. Diskussion. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.
Hohen-Schönhausen. Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale des Genossen Rejher, Berliner Straße 93.
Königs-Wusterhausen. Morgen Donnerstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr: Extrazahlabend für Königs-Wusterhausen und Deutsch-Wusterhausen gemeinsam im Lokale von Heiderich, Königs-Wusterhausen, Berliner Straße 26. Für Wildau im Lokale von Schumann, Wildau.
Kossen. Am Donnerstag, den 23. Februar, im Lokale des Genossen P. Kutzner: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Wahl eines zweiten Vorsitzenden. Stellungnahme zur Regelung der Parteifrage. Wahl zweier Delegierter zur Generalversammlung von Groß-Berlin. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Stadthaushaltetat für 1911

Ist in dem vom Magistrat aufgestellten Entwurf jetzt den Stadtverordneten zugänglich. Sie werden ihn voraussichtlich in ihrer Sitzung vom Donnerstag dieser Woche einer ersten Lesung unterziehen und ihn dann dem Staatsauschuß zu näherer Prüfung überweisen.

Der Etat schlägt in Ausgabe und Einnahme mit rund 3 1/2 Milliarden Mark ab. Für diejenigen Verwaltungen, die Zuschüsse erfordern, sind diesmal 119 1/2 Millionen Mark Zuschuß eingestellt, 5 1/2 Millionen mehr als im letzten Etat. In den Zuschußverwaltungen gehören hauptsächlich die Kapitel: Unterrichtsweisen, Gesundheitswesen, Armenwesen, Straßenreinigung und Straßenbeleuchtung, Straßen- und Brückenbau, Polizeiwesen, ferner das Schulwesen, die Verwaltungskosten, weiter auch die Kanalisationswerke und die Gasanlagen. Von dem gesamten Zuschußbetrag wird ein Teil durch diejenigen Verwaltungen aufgebracht, aus denen sich Ueberschüsse herauswirtschaften lassen. Zu den Ueberschußverwaltungen gehören hauptsächlich die Kapitel Grundeigentum und Berechtigungen, ferner von den Werken die Gaswerke, die Wasserwerke, der Viehmarkt, die Straßenbahnen, deren Ertrag sich weiter bedeutend erhöhen soll und diesmal auch wieder die Markthallen, die im letzten Etat unter den Zuschußverwaltungen standen. Aus Grundeigentum und Berechtigungen werden diesmal rund 12 1/2 Millionen erwartet, aus den Werken annähernd 10 1/2 Millionen macht zusammen 22 1/2 Millionen. Dazu kommen noch 3 1/2 Millionen aus dem Kapitel „Verschiedene Einnahmen“, dessen Hauptposten alljährlich der Stadthaushaltüberschuß aus dem letzterflohenen Etatsjahr ist. Deckung ist also nur für 26 1/2 Millionen vorhanden, so daß der Rest in Höhe von 9 3/4 Millionen durch Steuern gedeckt werden muß. Aus denjenigen Steuern, die nach einem festen Satz erhoben werden, sollen diesmal 7 1/2 Millionen einkommen. Hierzu gehören besonders die Umsatzsteuer, die Wertzuwachssteuer, die Grundsteuer (die jetzt erhöht ist), die Betriebssteuer, die Brau- und Malzsteuer und diesmal auch die neu hinzukommende Luftbarkeitssteuer, für die zunächst 1 Million eingeseht ist. Es bleiben dann immer noch 86 Millionen Mark, die aus den übrigen Steuern, aus Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer aufzubringen sind. Durch die Rückzahlungen auf Steuern erhöht dieser Betrag sich noch um etwa 1 Million auf ziemlich 87 Millionen. Nun werden nach dem Vorschlag für 1911 bei den bisherigen Steuerföhen an Einkommensteuer nur 42 Millionen, an Grundsteuer 24 Millionen an Gewerbesteuer knapp 13 Millionen erwartet, das sind zusammen etwa 79 Millionen. Um den erforderlichen, um ein Zehntel höheren Betrag von ziemlich 87 Millionen herauszuwirtschaften, müssen die bisherigen Steuerföhe um je ein Zehntel erhöht werden, die Einkommensteuer von 100 auf 110 Proz., die Grund- und die Gewerbesteuer von je 150 auf 165 Proz. Es bringt dann die Einkommensteuer etwa 46 1/4 Millionen, die Grundsteuer annähernd 26 1/4 Millionen, die Gewerbesteuer über 14 1/4 Millionen, macht zusammen rund 87 Millionen.

Dem Magistrat, der diese Erhöhung der Steuerföhe fordert, kann man wirklich nicht vorwerfen, daß er sie durch allzu freigebige Steigerung der Ausgabe verschuldet hätte. Der gesamte Zuschußbetrag für die einen Zuschuß erfordern den Verwaltungen ist, wie schon gesagt, um nur 5 1/2 Millionen höher angeföht als für das Vorjahr. Leider hat aber der gesamte Ueberschußbetrag aus den einen Ueberschuß bringenden Verwaltungen sich nicht in gleicher Weise erhöht. Recht unangenehm macht es sich beispielsweise fühlbar, daß der aus dem letztabgeschlossenen Etatsjahr übriggeliebene Betrag diesmal um reichlich 3 1/2 Millionen geringer als im vorigen Etat ist. Sehr beachtenswert ist auch, daß der aus der Einkommensteuer zu erwartende Einnahmebetrag, der für das Vorjahr bei 100 Proz. noch auf 43 1/2 Millionen veranschlagt worden war, diesmal bei etwaiger Festhaltung an dem Satz von 100 Proz. nur auf 42 Millionen veranschlagt werden kann. Im vorigen Jahre wurde für die Einkommensteuer der bei 100 Proz. zu erwartende Betrag willkürlich um 2 Millionen höher angenommen, als der Vorentwurf des Etats bei diesem Satz ihn geschätzt hätte. Mit solchem Balancierungskunststück wurden im vorigen Jahr noch einmal die 100 Proz. durchgedrückt, aber das wird sich diesmal nicht mehr wiederholen lassen.

Zur Bebauung des Tempelhofer Feldes.

In der Sonntagsnummer haben wir an der Hand zweier Bebauungspläne gezeigt, in welcher Art der Städtebau betrieben oder nicht betrieben werden soll, je nachdem öffentliche oder private Interessen das Leitmotiv einer Bebauung sind. Von einer privaten Erwerbsgesellschaft kann man täglich nicht erwarten, daß sie ihre Interessen öffentlichen Interessen opfert. Inzwischen hat die Terraingesellschaft, der das Tempelhofer Feld zur Ausschachtung übergeben ist, Schritte getan, um neue Bebauungspläne zu erlangen. Alle Sieger des Wettbewerbes Groß-Berlin wurden berufen, daß sie sich die reichlichsten Möhe gäben, einen prima prima Bebauungsplan zu finden. Die braven Ideologen ipornen sich; und was wurde das Resultat der neuen Konkurrenz? Eine neue Auflage der Firma, deren Nitgeburt just die Ursache dieses neuen Wett-

bewerbes gewesen war. Nur, daß man diesmal zur Vergoldung des Brades einen Modernen sich angekrakt hat. In jedem Fall ist es eine gräßliche Verhöhnung der Öffentlichkeit und ferner ein brutaler Versuch, kurz vor den Reichstagsverhandlungen die bereits recht unklare Sachlage vollends zu verwirren. Bisher, mit dem Plan Gerlach-Stübgen, ließ sich eindeutig nachweisen, daß, wenn das Feld an eine Privatgesellschaft käme, die rückständigste Ausschachtung, die öbste Verwertung einsehen würde. Jetzt könnte es so scheinen, als wären die Leiter der Terraingesellschaft unter die modernen Städtebauer gegangen.

In Wirklichkeit läuft der neue Bebauungsplan auf dasselbe hinaus, als der vom Kriegsministerium entworfene, nämlich auf größtmögliche Ausnutzung des Terrains, nur unter einer anderen Einkleidung.

Nachdem den Mitgliedern der Budgetkommission vor einigen Tagen von der Gemeinde Tempelhof eine Denkschrift über den Ankauf des Tempelhofer Feldes zugegangen ist, ist ihnen gestern auch die seitens des Magistrats Berlin verfaßte Denkschrift der Stadt Berlin betr. das Tempelhofer Feld zugefandt worden.

Endlich!

Endlich ist die von der Stadtverordnetenversammlung seit Jahren geforderte Neueinteilung der Stadtverordnetenwahlbezirke soweit, daß der Magistrat ihr zugestimmt hat. Eine entsprechende Vorlage mit den Plänen über die projektierten Neueinteilungen und Aufstellungen der Zahlen der Berliner Gemeindevähler 1910 aller drei Abteilungen nach der alten wie nach der neuen Einteilung sowie ein Plan jeder der drei Abteilungen nach der Neueinteilung wird in diesen Tagen der Stadtverordnetenversammlung zugehen.

Das Nachrichtenamt des Magistrats meldet über den Inhalt der Vorlage: Bei der Neubildung der Wahlbezirke ist nach folgenden Gesichtspunkten verfahren worden: 1. Zu einem Wahlbezirk gehören nur ganze Stadtbezirke; 2. einer jeden Abteilung ist die Durchschnittszahl der Wähler zugrunde gelegt; 3. den Bezirken welche eine Zu- oder Abnahme der Wählerzahl erwarten lassen, ist eine vom Durchschnittssatz abweichende Wählerzahl zugeteilt worden; 4. der alte Bestand der Bezirke ist nach Möglichkeit erhalten geblieben; 5. die historischen Grenzen sind, soweit angängig, berücksichtigt.

Für die Zuteilung der Stadtverordneten zu den neuen Wahlbezirken waren nachstehende Grundföhe maßgebend: a) Die Stadtverordneten bleiben für die Zeit im Amt, für welche sie gewählt sind; b) den Stadtverordneten ist unter Berücksichtigung des Wahlturnus derjenige Wahlbezirk zugewiesen, welcher einen möglichst großen Bestand des Bezirkes enthält, in dem sie gewählt sind; c) bei Auflösung eines Bezirkes alter Einteilung, dessen Bestand mehreren Wahlbezirken überwiesen werden mußte, ließ sich nicht vermeiden, daß der bisherige Stadtverordnete einem Bezirk zugeteilt wurde, der durch Teilung großer Bezirke alter Einteilung entstanden ist.

Die Genehmigung des Oberpräsidenten von Berlin zu der vom Magistrat beschlossenen Neueinteilung der Gemeindevahlbezirke wird demnächst eingeholt werden.

Inwiefern die Vorlage den Wünschen nach gerechter Wohlkreisgeometrie Rechnung trägt, werden wir prüfen, wenn die Vorlage vorliegt.

Die Aufstellung des Schöneberger Südgeländes. Am gestrigen Nachmittag ist die Entscheidung des Wettbewerbes für das Schöneberger Südgelände gefallen. Der erste Preis in Höhe von 10 000 M. wurde dem mit dem Kennwort „Monte Vello“ versehenen Entwurf von Professor Bruno Möhring zuerkannt, den zweiten Preis in Höhe von 6000 M. teilen Architekt Henri Groß aus Charlottenburg und Geheimer Bauinspektor Wolf, der mit Unterstützung des Regierunsgbauinspektors Fritz Feinmüller ein mit dem Kennwort „Neuland“ versehenes Projekt eingereicht hatte. Der dritte Preis von 3000 M. wurde zum Ankauf folgender Arbeiten vermandt: 1. „Modern und wirtschaftlich“, 2. „Zu Wildes Gedenken“, 3. „Den Kurben nach“. Das für die Bebauung zu ersiehende Schöneberger Südgelände wird von der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, der Rubensstraße, der Steglitz-Mariendorfer Grenze, Dresdener und Anhalter Eisenbahn und dem Sachsenstamm umschlossen. Die für das Gelände maßgebende Bauordnung schreibt eine landhausmäßige Bebauung vor, ein Umstand, der für Erschließung des Terrains in wirtschaftlicher Hinsicht von Nachteil ist. Aus künstlerischen Rücksichten erschien es ratsam, eine stoffelörmige Abflutung der Bebauung einzutreten zu lassen, und zwar derart, daß für die Hauptverkehrsstraße vierstöckige, geschlossene Bauart, für Straßen zweiter Ordnung dreistöckige und für einen weiteren Teil des Geländes eine Bebauung mit Einfamilien-Reihenhäusern durchgeführt würde. Außerdem sind auch große Villenanlagen vorgesehen. Für das an das Südgelände der Stadt, nördlich der Ringbahn anschließende Gelände ist eine fünfstöckige Bauweise gestattet worden. Das zu ersiehende Terrain soll zum überwiegenden Teil eine ruhige Wohngegend bilden; aus diesem Grunde ist die Errichtung von Fabrikanlagen verlag worden. Bei den Entwürfen mußte auf die Lage der Schnellbahn sowie auf die drei projektierten Schnellbahnhöfe und die vorausföhlliche Lage eines im südlichen Teil gelegenen projektierten Staatsbahnhofes an der Strecke nach Groß-Dichterfelde-Dorf zwischen den Bahnhöfen Papestraße und Südende Rücksicht genommen werden. Die Hauptverkehrsstraße soll im allgemeinen der Schnellbahnstraße folgen und eine Breite von 50 Metern erhalten. In der Mitte ist eine breite Promenade vorgesehen. Ferner mußten Hauptstraßen nach dem Sachsenstamm zu, nach Südende, sowie eine solche im Zuge der Hedwigstraße angelegt werden. Nach der Anhalter Bahn zu wird ein 12 Hektar großer Park mit Spielanlagen und Schwimmbad angelegt werden. An öffentlichen Gebäuden soll das Südgelände ein Feuerwehrower, eine höhere Knabenschule, eine Fortbildungsschule, eine höhere Mädchenschule, zwei Volksschulen und eine Kirche erhalten. Der wellenförmige Charakter des Südgeländes wird bestehen bleiben.

Infolge heftiger Schneestürme, insbesondere in letzter Nacht, sind in den nach Westen und Südwesten verlaufenden Telegraphenlinien umfangreiche Störungen eingetreten, die voraussichtlich eine erhebliche telegraphische Verzögerung nach Rheinland, Westfalen, Süddeutschland, Frankreich, Belgien, Schweiz und Italien zur Folge haben werden.

Risiko der Arbeit.

Nicht weniger denn drei schwere Unglücksfälle im Betriebe werden vom Montag gemeldet. In allen drei Fällen mußten die Arbeiter ihr Leben lassen. Der bei der Firma Hein, Lehmann u. Co.,

A.-G., Reinickendorf, beschäftigte 49jährige verheiratete Arbeiter Ernst Dublarski wurde von einem fahrbaren Kran, der sich plötzlich in Bewegung setzte, gegen einen Pfeiler gedrückt und zermalmt. D. war auf der Stelle tot. Der Führer des Krans erlitt vor Schreck einen Tobsuchtsanfall und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Einen ähnlichen Tod erlitt auf dem Hofe der Firma Vorfis, Tegel, der Schlosser Koblsmorgen aus Reinickendorf. R. wurde von einem vorüberlaufenden Kran erfaßt und gegen die Mauer geschleudert. Dem Verstorbenen waren Hüfte und Wirbelsäule zerquetschert, auch eine Gehirnerschütterung hatte er erlitten. Der Schwerverletzte starb auf dem Transport nach dem Paul-Georg-Stift. R. hinterläßt Frau und drei Kinder.

Der dritte tödliche Betriebsunfall ereignete sich in der Kunst-Zement- und Mörtelfabrik A.-G. in StraLaunummeisburg. Dort wurde der 34jährige Arbeiter Oskar Erdmann aus Rummelsburg, Ludwig-Lehmann-Str. 4, beim Abheben einer Transmissionswelle von dieser erfaßt und herumgeschleudert. E. erlitt einen doppelten Schädelbruch und starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Volkunterhaltungsabende und Bilettervertrieb.

Der „Vossischen Ztg.“ wird geschrieben: Ein wie dringendes Bedürfnis für unsere Reichshauptstadt billige Vorstellungen der königlichen Theater sind, konnte man heute wieder sehen. Am Montag, 27. Februar, veranstaltet der Verein für Volkunterhaltung bei Kroll eine Vorstellung von Puccinis „Böhmern“. Der Verein kündigte an, daß die Biletts zu seinen Vorstellungen stets acht Tage vorher morgens früh zu haben seien. Als mein Bote um 1/8 Uhr bei Raabe u. Plathow Biletts haben wollte, gab es keine mehr, und als er von dort zu Dreier nach der Gensliner Straße ging, hatte er dort den gleichen Bescheid erhalten. Ich fragte nun: In wessen Händen befinden sich diese Biletts schon vor dem angekündigten Verlaufe? Sobald der Verein gute Vorstellungen in den königlichen Theatern veranstaltet, ist es stets dieselbe Sache. Da die Theaterpreise jetzt so enorm hohe sind, drängt sich eben alles zu den billigen Vorstellungen. Und bezeichnend ist es dann, wenn schon acht Tage vorher — trotz des dann erst offiziell beginnenden Biletterverkaufs — kein Bilet mehr zu bekommen ist. Werden diese nur den Mitgliedern des Vereins reserviert, und wo bleibt da — das Volk?

Auch anderen Leute, die keine Voten schiden können, ist das ebenso ergangen. Es wäre in der Tat wünschenswert zu erfahren, auf welchem Wege der Verein den Bilettervertrieb unter dem „Volk“ veranlaßt. Wenn einige Arbeitgeber in einzelnen Fällen eine Anzahl Biletts erhalten und sie nach Gutdünken fortgeben, so gibt das doch keine Garantie, daß nur „wirkliches Volk“ zu den Vorstellungen Zutritt erhält.

Entgleist. Amlich wird unterm 21. Februar gemeldet: Heute um 4 Uhr 45 Min. vorm. entgleiten auf Station Ahrensdorfen (Friedhof) beim Vornehmen von Rangierbewegungen zwei Wagen vom Güterzuge 9681 und sperren das Hauptgleis, wodurch der Jugerverkehr zwischen Nichtenberg-Friedrichsfelde und Bernau bis 7 Uhr 45 Min. vorm. unterbrochen wurde. Personen wurden nicht verletzt; Materialschaden ist nicht entstanden. Der Unfall ist dadurch herbeigeföhrt worden, daß die Rangierbewegungen vorgenommen wurden, bevor die Weiche vollständig umgestellt war.

Todessturz in den Lichtschacht. Bei einem Einbruch überrascht wurden zwei Spihuben, die im Hause Dresdener Straße 93 eine Tür aufzuleiten wollten. Hausbewohner holten sofort die Polizei, und zwei Schulleute kamen so schnell herbei, daß sie die Tür zur Straße noch sperren konnten. Der eine Spihube schlug nun ein Schaufenster ein, verlor dabei ein Glas splitter und ward rasch ergriffen. Der zweite stöh nach dem Boden, kletterte durch eine Luke auf das Dach und suchte über die Dächer hinweg zu entkommen. Er lief vom Dach des Hauses Nr. 93 bis zum Dach des Hauses Nr. 89. Dann stürzte er in einen Lichtschacht und blieb unten mit zerquetschtem Schädel tot liegen. Der durch den drohenden Schall erweckte Pfortner fand die verstümmelte Leiche.

Von einem Bäckerwagen überfahren wurde gestern nachmittag in der fünften Stunde ein etwa neun Jahre alter Knabe in der Landsberger Straße am Büchingsplatz. Dieäder des Wagens gingen dem Jungen über beide Beine. In schwerverlettem Zustande mußte der Verunglückte nach dem Krankenhaus Friedrichshain transportiert werden.

Ein anscheinend Geisteskranker, der Kaufmann Richard Meyer, verurachte am Montagabend um 10 Uhr am Luisenufer 47 einen nicht geringen Anlauf. Er erschien an einem Fenster des dritten Stockes und versuchte auf die Straße zu springen. Da die Hausbewohner den Mann nicht beruhigen konnten, alarmierte man die Feuerwehr. Es wurden zwei Sprungtücher vor den Fenstern von den Mannschaften bereit gehalten. R. sprang aber nicht, sondern trat den Mannschaften, als sie seine Wohnung betreten wollten, mit hochgehaltenem geladenen Revolver entgegen. Um kein Menschenleben zu gefährden, mußte von dem Vetreten der Wohnung abgesehen und die Polizei benachrichtigt werden, die dann den aufgeregten, nach einem Sachverständigen verlangenden Kranken mit List in Säughaft nahm. Der Revolver wurde dem Manne abgenommen und heute der Mann einer Anstalt zur weiteren Beobachtung überwiesen.

Die Schicksalare, über die wir gestern berichteten und nach der in einem Hausflur in der Friedensstraße 41 ein 15jähriger junger Mann namens R. schwer verwundet aufgefunden wurde, ist dahin aufgeklärt, daß R. die Schußwunden sich selbst beigebracht hat.

Wer ist die Tote? Noch nicht bekannt geworden ist die alte Frau, die gestern vormittag als Leiche aus dem Luisenstädtischen Kanal gelandet und nach dem Schauhause gebracht wurde. Die Ertrunkene ist etwa 60 bis 65 Jahre alt und 1,50 Meter groß. Sie trug anständige schwarze Kleidung, ein weißes Leinenhemd mit Spizeneinfang und ein Taschentuch, das R. gezeichnet ist. Auf der linken Wange hat sie eine große Warze, ihr Mund ist bereits zahlos.

An der Fernbrücke schwang sich gestern eine tief verschleierte Frau über das Geländer und stürzte sich in das Wasser. Schiffer versuchten Dilse zu bringen, die Ablicht mißglückte, und die um Hilfe rufende Frau ging unter. Es scheint sich um eine Familientragödie zu handeln, die hier ihren tragischen Abichluß fand, denn es wurde bemerkt, daß ein besser gekleideter Herr und ein zwölfjähriges Mädchen in der Nähe waren, die zu der Lebensmüden in Beziehungen standen.

Feuer in der königl. Bibliothek alarmierte gestern früh um 6 Uhr fast die gesamte Berliner Feuerwehr. Bald waren 30 Fahrzeuge zur Stelle, denen dann noch mehrere folgten. In der Dorostee-straße 81 brannte im Erdgeschoß im Arbeitsraum des Maschinenmeisters ein Schrank mit Utensilien. Die Gefahr konnte sofort beseitigt werden.

Am Witternacht wurde die 2. Kompagnie nach der Pfläckerstr. 48 alarmiert. Dort brannte ein Spänkefeller der Buntschlerei von Hermann Gotsch im Keller. Durch einen Schacht schlugen die Flammen bis zum Boden, wo bei Anbruch der Feuerwehr schon Sären und Hölzer in Brand geraten waren. Die Gefahr einer weiteren Ausdehnung war bald beseitigt. Um 1/2 Uhr konnte die Feuerwehr schon wieder abrücken. Die Entstehung ist nicht aufgeklärt. Die Flammen schienen stundenlang geschwelt zu haben, bevor sie bemerkt wurden.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend. In der Ausschüttung am Sonntag wurden folgende Vereine au-

genommen: 1. Nordische Klänge, Hermsdorf, 2. Liebesfreiheit II, Strausberg, 3. Birkenwerder, 4. Heideröschchen, Eisenpalterei, 5. Eintracht, Reichendorf. Zum Bundesdirigenten wurde Herr Dießbach wiedergewählt. Als Revisoren fungierten die Sangesbrüder Rätzsch, Schmidt und Timme, als Kontrolleure Brasilla, Gaffe, Ballentin, Richter, Fischer, Hahn und Roggemann. Als Delegierte zur Generalversammlung nach Stuttgart wurden Kupfer, Seifert, Rätzsch, Hahn, Engel und Otto Jwanzig gewählt. Das nächste Provinzial-Sängerfest findet in Neu-Ruppin statt. Das Sängerfest für den Gau wird am 18. Juli in Weihensteppe abgehalten. Sodann macht der Vorsitzende auf die zu Ostern stattfindenden Konzerte des Bremer Arbeitergesangvereins aufmerksam und ersucht um recht regen Vertrieb der Billets. Gleichzeitig ersucht er diejenigen Sänger, welche einen Bremer Sangesbruder für eine oder zwei Nächte beherbergen können, ihre Adresse sobald wie möglich an den Kassierer A. Seifert, Rigdorf, Hohrechtstr. 8, einzufenden, spätestens aber bis zum 10. März. Im Monat Mai findet ein Vortrag des Herrn Dr. Gutzmann über Befähigung statt. Sänger, welche diesen Vortrag besuchen wollen, mögen sich in der Ausschussung, welche am 23. April stattfindet, melden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der Stadtverordnetenversammlung Berichtete der Staatsauschuss, daß für die durch die ungünstige Verhältnissentwicklung notwendige Zuzahlung der 714 000 M. den Magistrat keine Schuld treffe. Hierfür wurde in die zweite Lesung des Etats eingetreten. Bei dem Krankenhaustat sind die Kur- und Verpflegungssätze für a u s w ä r t i g e Kranke von 5 M. auf 3,50 Mark pro Tag herabgesetzt, dagegen die für Kinder von 2,50 auf 3 M. erhöht worden, da nachgewiesen wurde, daß die Aufwendungen die gleichen Beträge erfordern wie bei den Erwachsenen. Als eine kostspielige und sehr teure Anlage wurde das Badehaus bezeichnet, da ein Bad sich über 8 M. stellt. Es wurde beschlossen, diese Anlage, soweit medizinische Väder in Frage kommen, auch anderen Institutionen zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls angenommen wurde folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Der Magistrat wird ersucht, der Errichtung eines Schwimmbades und Wälderneinheits im Krankenhaus baldigt näherzutreten und der Veranlassung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Ferner wurde beschlossen, zu erwägen, ob nicht durch die Oberärzte des Krankenhauses die Funktionen der städtischen Vertrauensärzte als dienliche Obliegenheiten ausgebaut werden können.

Die für die städtischen Arbeiter festgelegten Grundsätze scheinen bei den Magistratsmitgliedern nicht besonders beliebt zu sein; so werden z. B. die im Krankenhaus beschäftigten gelernten Arbeiter nicht danach bezahlt. Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde dieses Gebaren scharf gerügt und hierauf folgender Antrag angenommen:

Den im Krankenhaus beschäftigten gelernten Arbeitern sind stets tarifmäßige Löhne zu zahlen gemäß den Bestimmungen der Grundsätze für Arbeiter. — soweit ein Tarif für die Berufsvereinigung besteht.

Sobald kein Tarif besteht, sind die Lohnsätze zu berechnen, die im Privatbetrieb bei ähnlicher Beschäftigung gezahlt werden.

Da die Gehaltsätze der Zeichenführerinnen sowie die Ritzentschädigung der Retorten von dem Provinzialrat nicht genehmigt waren, ist an die Betroffenen ein höherer Betrag gezahlt worden, als ihnen zustand. Von der Rückzahlung dieses Betrages soll Abstand genommen werden. Stadtr. Hefner (Wid) hielt es für verfehlt, daß Gehälter ausgesetzt wurden, bevor die Zustimmung der Regierung erteilt war. Bürgermeister Plank stein betonte, daß doch ein Beschluß beider städtischer Körperschaften vorliege, der besage, daß die Beträge bis zu einer gewissen Höhe ausbezahlt werden sollen und dem auch Herr Hefner zugestimmt habe. Genosse R o l l e n b u r h betonte: Nach der Meinung des Stadtverordneten Hefner könne es den Anschein erwecken, als ob die Städte zuziel Selbstverwaltungsbefähigung, er könne ja petitionieren, daß das bisherige Selbstverwaltung immer noch mehr eingeschränkt werde. Die Regierung habe die Gehälter darum gestrichelt, damit die Junker auf dem Lande die Lehner nicht so hoch besolden brauchen. Da auch Berlin erheblich zurückbliebe, habe die Regierung die Beschränkung auch hier ausgesprochen. Als liberaler Mann sollte Stadtr. Hefner eher sein Mißfallen kundtun und gegen einen derartigen rückwärtigen Regierungsschritt protestieren, statt denselben noch zu unterstützen.

Die Vorlage wurde angenommen. Ohne besondere Debatte wurden die Etats der Volkshochschule, Volkshochschule, Stiftungen, Krankenbeförderung, Arbeitsnachweis, Friedhof, Desinfektion und Freibad angenommen, während der Gärtneretat zu einer längeren Debatte führte. Genosse K ü t e r kritisierte einen Beschluß der Gärtnerdeputation, wonach die Arbeiter, die an Feiertagen beschäftigt werden, nicht drei, sondern vier Stunden arbeiten müssen und denen nur 50 Proz. gewährt werden, statt ihnen für die ersten drei Stunden 100 und für jede weitere Stunde 50 Proz. zu bezahlen. Es dürften Beschlüsse beider Körperschaften nicht nach Willkür ausgelegt werden. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte daher,

daß den Arbeitern und Gärtnern die auf die gesetzlichen Feiertage fallenden Ueberstunden für die ersten drei Stunden mit 100 und jede weitere Ueberstunde mit 50 Proz. vergütet wird.

Stadtrat H a r d e r erwiderte, daß in den Ueberstunden nur leichte Arbeiten verrichtet würden; überdies hätten die Arbeiter sich über die jetzige Art der Vergütung noch nie beschwert. Andere Deputationen verfahren ebenso. Genosse R o l l e n b u r h kann diese Kritik nicht gutheißen. Es liege im Interesse der Arbeiter, die Sonntagsarbeit nicht auszudehnen. Abweichungen von den Grundfähen könnten nur dann erfolgen, wenn sie unbedingt notwendig seien und wenn erhöhte Sätze gewährt werden. Die Löhne seien festgelegt, damit nicht fortwährend daran gerüttelt würde. S o m m e r g (lib. Fr.) sprach sich gleichfalls gegen jede Sonntagsarbeit aus. Genosse H o f f m a n n betonte, daß der Beschluß auf Verschärfung gegen seine Stimme angenommen wurde. Der Standpunkt des Rechtsabers komme beim Stadtrat H a r d e r sehr häufig zum Ausdruck; den Durchlöcherungsversuchen müsse ein für allemal Einhalt geboten werden. S a r t m a n n (lib. Fr.) wünscht, daß bei Festsetzung der Löhne stets die Gewerkschaftsfrage zugrunde gelegt werden. Die Abstimmung ergab, daß für den Antrag 23 stimmten. Von der Liberalen Fraktion haben ein großer Teil nicht gestimmt, von der Liberalen Vereinigung und der Unabhängigen Fraktion stimmte niemand dafür. So nehmen die Herren die Interessen der Arbeiter wahr. Ueber die Petition zu dem Entwurf des Zweiverbandsgesetzes an den Landtag äußerte sich Genosse V e r n e i m. Redner sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Wahlen zu der Verbandsversammlung nicht durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen vollzogen werden. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde folgender Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Der Magistrat wird ersucht, der Beschwerde derjenigen Handlungsgehilfen, welche trotz rechtzeitiger und begründeter Einsprüche nicht in die Listen für die Kaufmannsgerichtswahlen eingetragen sind, schleunigst Folge zu geben.

Genosse V e r n e i m begründete den Antrag damit, daß eine ganze Anzahl Handlungsgehilfen, die in Filialen beschäftigt werden, nicht in die Wählerlisten eingetragen sind. Obwohl dieselben sich rechtzeitig gemeldet haben, seien sie abgewiesen worden, weil der Chef die Betroffenen nicht angemeldet hatte. Ohne Debatte wurde der Antrag angenommen.

Eine neue Fraktion, bestehend aus den Herren Hefner, Lohausen und Treugebrodt, die aus der Unabhängigen und Liberalen Fraktion ausgetreten sind, verlangt in allen Deputationen und Ausschüssen Sitz und Stimme. Die Angelegenheit wurde vertagt. Unsere Genossen sind in folgenden Deputationen vertreten: Armenverwaltung: Hoffmann, Kottländer und Fischer; Wohlfahrtsdeputation: Müller und Kottländer; Zweibankdeputation: Magnan; Grundeigentum:

Obst, Kottländer; Ausschuss des Südgeländes: Obst, Kottländer; Kanalisationsdeputation: Baumler, Hoffmann; Finanzdeputation: Magnan, Kottländer; Steuerdeputation: Obst, Ulrich; Einquartierung: Volkstamm; Friedhof: Hoffmann; Arbeitsnachweis: Däumig, Hentel, Deter, Kofante; als Armenpfleger fungieren: Winolich, Schlater, Palm, Maite und Rathmann. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Rigdorf.

Die Eröffnung des Marktes auf dem Herrfurthplatz soll wie in der Sitzung der Verkehreputations mitgeteilt wurde, am 28. Februar erfolgen. — Die von der „Berolina“ vertragsmäßig zu leistende Erhöhung der Miete für die Trinkhallen wurde auf 20 Prozent festgelegt. — Mit der von dem Ingenieur Töller geplanten Aufstellung von Telefonstellen im hiesigen Orte war die Deputation grundtätig einverstanden. — Die Bedingungen über die Herausgabe von Schülerkarten für die Omnibuslinien sollen dahin abgeändert werden, daß die Herausgabe nur an Schüler und Schülerinnen erfolgt, welche das 16. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Als Schüler gelten auch die Besucher von Kunst-, Musik-, Fortbildungs- und anderen Fachschulen. — Der bisher abends 11.06 vom Krankenhaus abgehende Omnibuswagen soll verkehrswise erst 11.35 fahren und die Rückfahrt vom Buschweg 12.15 antreten. — Wegen Erschließung des neuen Wohnviertels hinter der Ringbahn für den Straßenbahnverkehr sollen weitere Verhandlungen gepflogen werden, mit welchen eine Kommission beauftragt wurde.

Ein großer Dachstuhlbrand, der eine ungeheure Menschenmenge anlockte, wütete gestern vormittag in der neunten Stunde in der Wilmannstraße 6 an der Berliner Weichbildgrenze. Das Feuer kam aus bisher nicht gekannter Ursache in einer Dachkammer aus. Der durch die Dachluken einfallende Sturmwind fachte die Flamme bald zu einem Feuermeer an. Die Rigdorfer Feuerwehr, die alsbald mit drei Löschzügen und allen verfügbaren Rettungsgerätschaften anrückte, hatte einen schweren Stand. Jedoch gelang es, nach 1 1/2 stündiger Arbeit das Feuer zu dämpfen und die Gefahr zu beseitigen. Eine Brandwache blieb zurück, um es völlig abzulöschen.

Lichtenberg.

Ein Diebstahlverbrechen ist gestern vormittag festgenommen worden. Der stellunglose, mehrfach vorbestrafte Krankenträger Paul Schilinski hatte in dem Haus Hubertusstraße 9 gebettelt. Als eine neunjährige Schülerin die Treppe herabkam, lockte sie ihn an sich und verlockte auf dem Hausflur, sich an dem Kind zu vergewaltigen. Auf die Hilferufe der Kleinen eilten mehrere Hausbewohner herbei, nahmen den Unhold fest und übergaben ihn der Polizei.

Rummelsburg.

Etatberatung in der Gemeindevertretung. Genosse J o h n, welcher den gestern mitgeteilten Vorschlag in längerer Ausführung von der kritischen Seite aus behandelte, konnte nachweisen, daß derselbe um seinen Wert günstiger als der vorjährige absteht. Im Gegenteil ergibt die vielfach recht fragwürdig angewandte Sparjamkeit eine weitere Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinde. Beim Kapitel Allgemeine Verwaltung sah sich unser Vertreter veranlaßt, an die recht auffällige langsame Erledigung der verschiedenen Anträge und Beschlüsse, welche allem Anschein nach dem Gemeindevorstand nicht behagen — scharfe Kritik zu üben. Redner befürwortete hierbei die Errichtung eines Wählerauschusses. Die beim Armen- und Wohlfahrtsrat wie bei der Straßenverwaltung und den Volksschulen angewandte Sparjamkeit wurde von unserem Genossen arg bemängelt. Redner hält es für ganz unverantwortlich, daß durch solches Verfahren die Armen- und Wohlfahrtspflege statt vorwärts immer mehr rückwärts dirigiert wird. Auch die bereits im letzten Jahre sich bemerkbar machende Sparjamkeitspolitik bei der Straßenreinigung habe zu berechtigten allgemeinen Klagen Anlaß gegeben. Redner warnt, auf diesem Wege weiter zu wandeln, da durch unsaubere Straßen ganz besonders das Ansehen des ganzen Ortes leiden müsse. — Beim Kapitel Schulverwaltung konnte unser Redner feststellen, daß bei den drei höheren Lehranstalten, Gymnasium, Mittelschule und der höheren Mädchenschule trotz nur geringer Vermehrung der Schülerzahlen abermals eine Steigerung des Gemeindezuschusses von 149 340 M. im Vorjahre auf 181 074 M. in diesem Jahre zu verzeichnen ist, hierbei sei noch in Betracht zu ziehen, daß bald die Hälfte der Besucher der höheren Schulen auswärtige sind. Von den Zuschüssen entfallen auf das Gymnasium 83 543 M., auf die Mittelschule 41 383 M. und auf die höhere Mädchenschule 56 148 M. Der Gemeindezuschuss, der auf die auswärtigen Schüler und Schülerinnen entfällt, befreit sich allein auf etwa 63 000 M. Um nun für die Mehraufwendungen der höheren Lehranstalten einen Ausgleich zu haben, habe man sich nicht geniert, diese Mittel aus der Volksschule zu ziehen und dieselbe dadurch entsprechend zu verschlechtern. — Nach dem vorjährigen Etat kostete jeder Volksschüler der Gemeinde 95 M., nach dem diesjährigen Etat aber nur noch 94 M. Diese Verbilligung der Volksschule habe sich natürlich nur erträglichen lassen, indem in erster Linie die Klassenfrequenz nicht unerheblich heraufgeschraubt worden ist und im übrigen verschiedene Abstriche an den einzelnen Schulpositionen vorgenommen worden sind. So konnte unser Vertreter nachweisen, daß eine ganze Anzahl von den unteren Schulklassen vorhanden sind, die eine Schülerzahl von 55—62 aufweisen, im Vorjahre waren die Höchstzahlen 49—57. Wenn man dagegen die unteren Klassen der höheren Mädchenschule in Betracht zieht, so finden sich dort nur 13—22 Schülerinnen. — Dieses Verfahren, wie die dadurch bewiesene fleißmütterliche Behandlung der Volksschule wurde von Genossen John in gebührender Weise gesehelt. — Um die Volksschule zu heben und andererseits gleichzeitig auch die schlechte Finanzlage der Gemeinde etwas zu bessern, beantragte unser Genosse die Aufhebung der Vorschulklassen an sämtlichen höheren Lehranstalten wie auch den Abbau des höheren Lehrentwinnseminars. Das letztere erfordert zurzeit bei einer Schülerinnenzahl von 66, wobei 58 auswärtige sind, einen Gemeindezuschuss von etwa 12 000 M. Eine vollständige Lösung aus den Finanzverhältnissen erblickt aber Redner nur in einer Eingemeindung nach Berlin. Andererseits (wenn eine Eingemeindung nach Berlin sich als aussichtslos herausstellt) befürwortet Genosse John in eindringlichster Weise die Verschmelzung mit der Stadt Lichtenberg. — Der Vertreter des Bürgervereins, Oberlehrer Algte, übte besonders scharf Kritik an der auch nach seiner Meinung vielfach an falscher Stelle angewandten Sparjamkeitspolitik. Im Gegenlag zu unserem Vertreter erklärte sich Algte aber gegen die Aufhebung der Vorschulklassen, da nach seiner Ansicht die jetzige Volksschule keinen geeigneten Ersatz dafür bietet. Im übrigen sei er aber im Prinzip ebenfalls für die Abschaffung der Vorschulklassen an den höheren Lehranstalten. Wollte man ihre Neugründung kommen die Budgets leider diesmal insofern nicht, weil, angeblich wegen der vorgezogenen Zeit, Bürgermeister Hahn glaubte, auf eine Erweiterung verzichten zu müssen. Er begnügte sich daher mit der Erklärung, seine Entgegenungen in der Kommissionsprüfung geben zu wollen. Der Vorschlag wurde hierauf der Finanzkommission überwiesen. — Zum Zweiverbandsgesetz für Groß-Berlin wurde dann noch eine bereits von der dafür eingesetzten Kommission beschlossene Petition aufgegeben. Die Petition verlangt in erster Linie, daß dem Verband auch die Tragung der Volksschullasten nach bestimmten Grundfähen zuzulassen soll, auch soll die Aufbringung der Kosten für die Beschaffung von Freiflächen nach Maßgabe des Interesses erfolgen. Ferner verlangt die Petition, daß die Gemeinden mit 26 000 Einwohnern, welche mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit bilden, eine Stimme in der Verbandsversammlung gesetzlich gewährleistet wird. — In der folgenden nichtöffentlichen Sitzung teilte der Bürgermeister noch mit, daß der Regierungspräsident den Landrat des Kreises Niederbarnim zum Kommissar in der Verschmelzungsfrage Rummelsburg—Lichtenberg bestellt hat. Zum kommenden Montag hat der Landrat die Bürgermeister Dr. Hahn und Bietzen bereit zu einer diesbezüglichen Aussprache geladen. Ein Antrag des Gemeindevorstandes auf Beschaffung des Platanenparks an einen Herrn Holzhausen wurde der Finanzkommission zur näheren Prüfung überwiesen.

Mariensfelde.

Eine Anleihe von 125 000 M. soll nach einem Beschluß der letzten Gemeindevertretung zur Deckung der Pflasterkosten für die Berlinerstraße, sowie für das Feuerwehredepot aufgenommen werden. Ferner beschloß die Vertretung den Zweiverbandsentwurf an beide Häuser zu petitionieren, entweder den Entwurf ganz abzulehnen, oder so abzuändern, daß den Bürgermeistern, Gemeinde- und Gutsvorlesern Sitz und Stimme gewährt wird. Als Gebühren für die Kanalisation sollen 4 Prozent vom Gebäudenutzungswert erhoben werden. Am Anfang der Sitzung wurde über mehrere Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste verhandelt.

Johannisthal.

Der Friedhofstreit zwischen Rudow und Johannisthal ist nunmehr beigelegt. Bekanntlich hatte sich die Gemeinde Rudow gemeldet, noch weiterhin die Toten des Nachbarortes auf ihrem Friedhof aufnehmen, wozu sie auf Grund eines alten Vertrages verpflichtet sein sollte. Der Streit um die beiderseitigen Toten spitzte sich zwischen den beiden Ortshäuptern immer mehr zu und drohte zu unergieblichen Zuständen zu führen. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten von Potsdam erklärte sich die Gemeinde Rudow bereit, Johannisthal die Anlegung eines großen Friedhofes auf Rudower Gebiet zu gestatten. Als Gelände für den neuen Johannisthaler Gemeindefriedhof ist nunmehr ein 42 Morgen großes Terrain in Rudow angekauft worden. Mit der Errichtung des neuen Friedhofes soll so bald wie möglich begonnen werden.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Die vorstehende Bitte J e h m hat der Gemeinde testamentarisch 1000 M. vermacht mit der Bedingung, diesen Betrag nur für Unterhaltungsarbeiten zu verwenden. Der Gemeindevorstand schlägt vor, die 1000 M. dem allgemeinen Wohltätigkeitsfonds zu überweisen und die Zinsen für Unterhaltungsarbeiten zu benutzen. Dieser Fonds würde mit der J e h m'schen Stiftung die Höhe von circa 6000 M. erreichen. Genosse S o n n e n b u r g erklärte sich namens seiner Freunde nur unter der Bedingung mit dem Vorschlag des Gemeindevorstandes einverstanden, wenn der Vertretung eine Vorlage unterbreitet wird, in welcher die Grundzüge über die Handhabung der zu gewöhnlichen Unterhaltung näher festgelegt sind. Mit dem J u l y Sonnenburg wurde der Antrag des Gemeindevorstandes angenommen.

Zur Festlegung des Wasserbezugsstarfs für die Kolonie Girschgarten berichtete der Gemeindevorsteher Bürgermeister Dr. S t i l l e r: Ursprünglich seien die Kosten für die Anlegung der Wasserleitung nach Girschgarten auf 28 000 M. veranschlagt, doch konnte man mit 15 000 M. auskommen, da das alte Rohrnetz der Privatwasserleitung der Union-Baugesellschaft übernommen werden konnte. Die Druckprobe habe ergeben, daß die Stärke der alten Rohre allen Anforderungen genüge. So das alte Rohrnetz liegt, seien dadurch auch die Pflasterkosten erspart worden. Wegen des Vorkaufs ist demnach noch eine Ersparnis von rund 13 000 M. erzielt worden. Der Gemeindevorstand empfiehlt daher, für Girschgarten den Friedrichshagener Tarif festzusetzen: Für die ersten 100 Kubikmeter 25 Pf., für jedes weitere Kubikmeter 20 Pf. Der Antrag des Gemeindevorstandes wurde angenommen.

Am 11. März 1910 beschloß die Vertretung die Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach folgenden Grundfähen: Organisation von Notstandsarbeiten, Vermittlung von Gemeinde- oder Privatarbeit. Kann keine Gemeinde- oder Privatarbeit angeboten werden, eine Gewährung von Geldunterstützung an solche Arbeitslose, die sechs Wochen arbeitslos sind und ein Jahr im Orte wohnen. In besonderen Notfällen soll jedoch von dieser Frist abgesehen werden. Zu dem Zweck sind 3000 M. in den Etat eingestellt worden. — Am 10. Januar d. J. ersuchte die sozialdemokratische Fraktion den Gemeindevorstand um einen Nachweis über: a) wieviel Personen den Nachweis in Anspruch genommen haben, b) wieviel Anträge von Arbeitslosen um Nachweisung von Arbeit gestellt sind, c) wieviel Geldunterstützung Arbeitslosen gewährt ist, denen keine Gemeinde- oder Privatarbeit nachgewiesen werden konnte, d) wieviel von den 3000 M. für Arbeitslosenunterstützung verwendet worden ist? — Der Delegierte des Arbeitsnachweises, Schöffe Dr. W a l l b u r g, berichtete, daß der kommunale Arbeitsnachweis am 1. Mai 1910 eröffnet wurde. Die Benutzung desselben war eine geringe. Vom Mai bis Dezember haben sich 62 Arbeitslose gemeldet und konnten 36 Stellen vermittelt werden. Anträge von Arbeitslosen auf Unterstützung sind nicht eingegangen. Von der Gemeinde werden in den letzten Wochen sieben verheiratete Arbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Arbeitsnachweisverwaltung ist stets besetzt. Die Arbeitgeber und Unternehmer für die Benutzung des Nachweises zu interessieren. — Genosse Sonnenburg ersuchte, den gegebenen Bericht den Vertretern schriftlich ausführlich zu übermitteln. Die Vertretung beschloß, daß der Delegierte am Schluß des Etatsjahres den Verwaltungsbericht schriftlich zu erstatten hat.

Rowatow.

Mit den vom 6. bis 10. März d. J. stattfindenden Gemeindevahlen beschäftigte sich die letzte Wahlvereinsversammlung. Nach einem kurzen Referat des Vorsitzenden wurde die Aufstellung der Kandidaten für die 3. Abteilung, für die drei Vertreter zu wählen sind, vorgenommen. Danach werden wieder kandidieren die Genossen J o l l i n e r und J ä h n e n, während an Stelle des eine Wiederanstellung ablehnenden Genossen Wagner der Genosse Max Singer tritt, und zwar als Hausbesitzer. Auch in der 2. Abteilung wollen wir uns an der Wahl beteiligen, nachdem die demokratische Vereinigung wirksame Unterstützung zugesichert hat. Als Kandidaten für diese Abteilung, in der gleichfalls drei Vertreter zu wählen sind, wurden aufgestellt die Genossen Ernst Krauppaul, Wilhelm Deonhard und Albert Decker. Wenn alle Wähler dieser Abteilung, denen an einer fortschrittlichen Gemeindepolitik gelegen ist, ihre Pflicht tun und unseren Kandidaten ihre Stimme geben, muß es uns diesmal gelingen, in die so lange uns verschlossen gebliebene Abteilung einzudringen. — Als Delegierte zur Verbands-Generalversammlung wurden die Genossen Seifert, Dürre, Pathe, Böcker und Kirch gewählt. Sodann gab der Vorsitzende bekannt, daß zu den Kosten für die bevorstehenden Gemeindevahlen folgende Gewerkschaften einen Zuschuß geleistet haben: Dachbeder 5 M., Holzarbeiter 20 M., Metallarbeiter 30 M., Bauarbeiter 20 M., Schuhmacher 15 M. — Die nächsten Bezirksversammlungen sollen am Mittwoch, den 1. März, stattfinden.

Mit der vor kurzem erfolgten Gründung einer Arbeiter-Samariterkassone ist ein lang gegebeter Wunsch der hiesigen Arbeiterkassone erfüllt gegangen. In der konstituierenden, vom Gewerkschaftsrat einberufenen Sitzung, in welcher der Vorsitzende des Arbeiter-Samariterbundes, Herr B. Stein aus Charlottenburg, einen Vortrag über Entstehung und Ziele derartigen gemeinnützigen Vereinigungen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung hielt, meldeten sich sofort ca. 50 Arbeiter zum Beitritt, so daß bereits vorige Woche mit den Unterrichtsabenden, die jeden Freitagabend im Zimmer II der Fortbildungsschule stattfinden und deren Leitung Dr. med. Croom übernommen hat, begonnen werden konnte. Weitere Anmeldungen nimmt der Vorsitzende, Genosse Friedr. Schönsee, Stahnsdorfer Straße 16 I, entgegen.

Pankow.

Das spurlose Verschwinden des Schlächtermeisters Max Krumbholz hat eine traurige Auflärung erfahren. R., der sich ein ansehnliches Vermögen erworben hatte, gab vor einiger Zeit sein Geschäft auf und ließ sich zu Spekulationen verleiten, bei denen er sein gesamtes Vermögen verlor. Dieses Mißgeschick soll sich der Schlächtermeister zu Herzen genommen haben. Vor etwa 14 Tagen entfernte er sich heimlich aus seiner Wohnung. Vorgefunden wurde er in der Köpenicker Forst erhängt aufgefunden.

Wittenau-Vorflutwalde.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst gab der Gemeindevorsteher einen kurzen Bericht über die in Rigdorf am 13. Januar

von den Vertretern der Vorortgemeinden besuchte Konferenz; hierbei betonte er, daß der Entwurf des geplanten Zweckverbandes in seiner jetzigen Fassung abänderungsbedürftig sei; er empfahl der Versammlung eine abwartende Stellung einzunehmen, aber trotzdem im Einverständnis mit sämtlichen Gemeinden von Groß-Berlin einen weiteren Ausbau des Entwurfs anzustreben. Von unserem Redner wurde auf die Notwendigkeit einer Eingemeindung von Groß-Berlin hingewiesen. Jetzt nehme jede Gemeinde ohne Rücksicht auf die Nachbargemeinden nur ihre eigenen Interessen wahr. Auf diese Weise würden die Kräfte zerstückelt, die, wenn sie vereinigt wären, zum Nutzen der Allgemeinheit zweckdienliche Einrichtungen schaffen könnten. Den Ausführungen des Redners waren die zahlreichen Besucher mit großer Aufmerksamkeit gefolgt. Die Anträge betreffs Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis wurden einer Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Rosin, Direktor Hempel, Erziehungsinspektor Pieper und unserm Genossen Adam, überwiesen. Die Uebernahme der Kanalisationsanliegerbeiträge für die Pfarren Wittenau-Vorsigtal wurde einstimmig abgelehnt. Eine längere Debatte entstand bei der Festsetzung der Höhe der Kanalisationsgebühren für das Rechnungsjahr 1911. Die Einnahmen betragen 27 000 M., die Ausgaben 31 000 M., so daß ein Defizit von 4000 M. entsteht. In bewegten Worten wurde die Forderung der diesigen Hausbesitzer geschildert und beantragt, die 4000 M. aus den laufenden Mitteln zu decken. Unsere Parteigenossen forderten die Erhöhung der Beiträge, da auch die Mietpreise am Orte von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Wohnungen, die früher 8-12 M. im alten Ortsteil kosteten, werden jetzt für den doppelten Preis vermietet. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Parteigenossen angenommen. Angenommen wurde ferner ein Vertrag mit der Gemeinde Reinickendorf über die Mitbenutzung ihrer Desinfektionsanstalt; der Vertrag ist vierjähriglich kündbar. Ein vom Landratsamt eingegangener Antrag auf Abschluß eines Vertrages mit der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, betreffend Ausübung der Milchkontrolle im Polizeibezirk Wittenau, wurde, da die Kontrolle nur dreimal jährlich vorgenommen wird, abgelehnt. Da einzelne Eigentümer die unentgeltliche Auffassung von Straßenland an die Gemeinde verweigern, trotzdem sie vertraglich dazu verpflichtet sind, wurde beschlossen, gegen dieselben Klagen zu werden. Auf dem der Gemeinde gehörigen Terrain in der Konradstraße soll ein neues Schulhaus errichtet werden, desgleichen wurde die Errichtung von Schul-

gärten für Vorortwalde beschlossen. Die katholische Kirchensteuer soll im Rechnungsjahre wieder von der Gemeinde gegen eine Entschädigung von 7 Proz. eingezogen werden. Nachdem die Beiträge für die Krüppelheil- und Erziehungsanstalt und der Berliner Arbeiterkolonie bewilligt wurde von unseren Genossen auf die Dringlichkeit der Regulierung der Löhne, sowie Aufstellung einer Arbeitsordnung für die in der Gasanstalt beschäftigten Arbeiter hingewiesen. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß der Inspektor der Gasanstalt die Anweisung erhalten habe, mit den Arbeitern zu verhandeln und das Ergebnis dieser Verhandlung alsdann zur Beschlußfassung der Gemeindevertretung vorzulegen.

Französisch-Buchholz.
Mit den Verkehrsverhältnissen des Ortes beschäftigte sich vor einigen Tagen die diesige Gemeindevertretung. Bekanntlich wurde die im Jahre 1908 von der Straßenbahnaktiengesellschaft Siemens u. Halske vom Ort bis Berlin, Prinzenallee, geschaffene Verkehrsverbindung so stark frequentiert, daß der eingerichtete 35 Minuten-Verkehr sich als völlig unzureichend erwies. Auch durch Einstellung mehrerer Anhängewagen wurde der Uebelstand nicht beseitigt, daß an den haltestellen Passagiere 35, ja sogar 70 Minuten warten mußten, um mitzukommen. Versuche, die Gesellschaft zu einer kürzeren Verkehrsfolge zu bewegen, führten fehl. Eine Eingabe der Gemeindevertretung an das Polizeipräsidium um Innehaltung der Vertragsbedingungen der Gesellschaft bewirkte nur, daß sich die Zustände noch verschlimmerten. Nach einem halben Jahre richtete die Gesellschaft plötzlich den 15 Minuten-Verkehr ein, und die Wagen fuhren nicht mehr bloß bis Prinzenallee, sondern bis Mittelstraße. Der Fahrpreis für die ganze Strecke wurde allerdings auf 15 Pf. festgelegt. Der 10 Pf.-Tarif hat nur Geltung bis Bad., Ecke Hochstraße. In der Gemeindevertretung wurde nun mitgeteilt, daß auf Grund von Verhandlungen der Gemeinde mit der Gesellschaft unter anderem auch der 10 Minuten-Verkehr in Aussicht gestellt sei. Unsere Vertreter regten die Einführung von Arbeiter-Fahrkarten und die Verlängerung der 10 Pf.-Strecke an. Bei späteren Verhandlungen sollen auch diese Wünsche mit erhoben werden.

Falkenhagen-Seegefeld.
Der sozialdemokratische Wahlverein entwickelt sich zufriedenstellend. Auch die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten nimmt ständig zu. Das neu zur Verfügung stehende Lokal gestattet nunmehr eine

regere Tätigkeit. Der neugegründete Bildungsausschuß hatte mit großen Opfern das Stiftungsfest des Wahlvereins mit künstlerischen Darbietungen aller Art ausgearbeitet, was auf die vielen Hunderte der erschienenen Festteilnehmer ihre Wirkung nicht verfehlte. Die vielen Klubbvereine vermögen nicht annähernd so Gutes zu bieten. Die Parteigenossen werden die mühevollen und schwierigen Aufklärungs- und Agitationsarbeit fortsetzen. Noch gilt es, die Wehrzahl der beinahe tausend Köpfe zählenden Arbeiterklasse zu Weckung heranzubilden, damit auch hierorts die herannahenden Reichstagswahlen zu einem Strafgericht für unsere übermütigen Begüterten, und zu einem Erfolge für die Arbeiterklasse werden.

Leise- und Tischlerklub „Zab. Ost.“ Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Reibhardt, Gelliker Straße 88: Sitzung (Vortrag). Gäste willkommen.

Leise- und Tischlerklub „Stralauer Meer.“ Heute Mittwoch, abends 1/2 9 Uhr, Sitzung bei Jellender, Caprivistraße 20: Sitzung. Gäste willkommen.

Achtung, Fleischergesellen! Donnerstag, den 23. Februar, abends 9 Uhr, große öffentliche Versammlung in den Rastler-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m, mit der Tagesordnung: 1. Der „gelbe“ Böcker und Zigarrenhändler Gustav Wischnowski als Geburtsheifer des „gelben“ Brandenburger Fleischergesellenbundes. 2. Freie Aussprache.

Witterungsbericht vom 21. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometerr. (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.
Strombe	755	SW	4 mäßig	1	Caparanda	751	SW	2 mäßig	-31
Hamburg	760	SW	2 mäßig	0	Petersburg	749	SW	1 mäßig	-19
Berlin	758	SW	4 mäßig	0	Sibiria	762	SW	6 heftig	9
Kranz. a. M.	764	SW	2 mäßig	2	Wien	755	S	2 heftig	8
München	766	SW	7 heftig	2	Paris	779	S	2 heftig	-1
Wien	761	SW	4 heftig	1					

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Februar 1911.
Sunächst vielfach heiter bei mäßigen südlichen Winden, Nachtfrost und rasch steigender Tagestemperatur; später wieder lebhaftere Südwestwinde, zunehmende Bewölkung und etwas Regen.
Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis, Bezirk 25.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag unser Parteigenosse

Karl Kuhk
(Zimmerstraße 86)
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Gartenhof, Eisenacher Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpachter

Franz Starke
am 19. d. Mts. im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jüdisch-Kirchhofes aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bleichfarber

Hermann Lehmann
in Köpenick am 17. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
66/11
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist aus einer unserer Kämpfer, der Kollege

Gustav Behrendt
von der Sektion Köpenick entzogen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danke-Kirchhofes in Reinickendorf, Blankenburger Straße 12, aus statt.

35/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für Schöneberg.
(Bezirk II).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau

Frida Ehmke
nach kurzem Krankenlager im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 1/4 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes (Südostgelände, Blanke Gasse) aus statt. 15/6

Um zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen ersucht
Der Vorstand.

Mitglieder des Gesangsvereins „Schöneberger Männerchor“ Treffpunkt 3 1/2 Uhr beim Gastwirt Hinkel, Straße 12a.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Einrichter

Walter Sommer
am 19. Februar an Lungenerleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Hummelburger Gemeinde-Friedhofes in Hummelburg aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Monteur

Friedrich Thiemann
am 20. d. Mts. an Derselben gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von dem Trauerhause Waldstr. 58 nach dem städtischen Friedhof in der Müllerstraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
112/7 Die Ortsverwaltung.

In Breslau verschied am Sonntag, den 18. d. Mts., nach langen, schweren Leiden an der Lungenentzündung unser Kollege, der Einzelhändler

Paul Simon
im Alter von 29 Jahren 9 Monaten.

Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Firma Jackisch Nachf.

Taufjagung
Für die so zahlreichen Kranzgebenden und große Teilnahme bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes und Vaters

Max Massuthe
sage ich allen, insbesondere dem Verein der freien Gastwirte, Jubiläums-Schöneberg, dem Wagnereisen Schöneberg, dem Verein deutscher Wagenbauer, Filiale Schöneberg, meinen innigsten Dank.

Marie Massuthe geb. Engel
und Tochter. 2165

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die uns bei dem Tode unseres unergötlichen Sohnes

Fritz Behrendt
ermiesen wurden, sagen wir allen unseren innigsten Dank. 2755

Namens der Hinterbliebenen:
Fritz Behrendt, Gastwirt.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage allen meinen besten Dank. 2745

Frau Anna Kieselbach.



Neueste Frühjahrs-Kostüme
(blau Kammgarn, Cheviot, echt engl. Stoffe)
Ausserst vornehm
sonst. T. 48, 61, 85, 125, z.T. schon 36, 48, 65, 98 M.

Neueste Ulster
aus feinsten deutschen und echt englischen Stoffen
mit angehebeltem Futter und auf beide gearbeitet
sonst. T. 25, 32, 42, 72, z.T. schon 16, 24, 38, 55 M.

Neueste Blusen
aus Gaze, Grenadine, Chiffon, Crêpe de Chine, Ballat usw.
sonst. T. 9, 14, 23 bis 45, z.T. schon 6, 10, 18 bis 36 M.

Ganz enorme Auswahl
auch in Einsegnungs-Kleidern und entsprechender Konfektion für Damen jeden Alters.

Westmann
Mohren-Strasse 37a (nahe Jerusalemstr.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Die noch reichhaltig vorhandene Konfektion aus der letzten Winter-Saison:
Frischmantel bis 135 cm lang, aus engl. Seal und deutschen Volours, Abendmantel, Kostüme, Gesellschaftskleider, Röcke

Pelz-Konfektion z.T. für ein Viertel
zu äussersten Räumungspreisen!



Persil

Kinder- Wäsche

die meist scharfen Geruch hat und Krankenwäsche, auch wenn mit Blut und Eiter behaftet, wird gründlich davon befreit, desinfiziert und rasch gereinigt durch

Waschen mit Persil.

Vollkommen unschädlich! Erhältlich nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleine Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkels Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 63, Lindenstr. 69
(Laden)

◆ **Wichtig** ◆
für jeden preussischen

Steuerzahler

Führer
durch das preussische Einkommensteuergesetz

Vom
Arbeitersekretär Rud. Wissell

Mit 19 Formularen für Reklamationen

Preis 30 Pf.

Stoffe
Garantirt „Original-Englisch“ für Angäbe, Ulster Meter 3 u. 4,50 M. Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 3-7, Sonntags 10-12 1/2-4

Große Firma bergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Reine Realitäten. Gelliker S. 100, „Vorwärts“-Spezial, Auguststr. 50.

Nervöse

müssen alle die Nervosität steigernden Genußmittel meiden. — Ein völlig unschädliches, dabei wohlschmeckendes und billiges Getränk ist Kathreiners Malzkaffee.

Der Gehalt macht's!

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zottelzinnlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
VII 586L, Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Schräger Answ. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schlier etc. v. einfachsten bis zum hochelegantesten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 22. Februar.

Königl. Opernhaus. Königslieder. Königl. Schauspielhaus. Der Schindler.

Deutsches. Der Arzt am Scheideposten. Kammerstücke. Komödie der Irrungen.

Neues Schauspielhaus. Faust I. Teil. Nachm. 7 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Neues königl. Opern-Theater. Gefährten. Refus. Tennis, der Herr.

Komische Oper. Hoffmanns Gesellen. Neues. Der Selbsterlöser.

Neues Operetten. Die schöne Wette. Berliner. Summenstudenten.

Westen. Die lustige Witwe. Neues. Mein erlauchter Ahnherr.

Trianon. Doppeltes Abenteuer. Weibens. Pariser Mann.

Thalia. Goldige Wirtin. Schiller O. (Königl. Theater.)

Der Himmel auf Erden. Schiller. Charlottestr. Maria

und Magdalena. Nachm. 7 1/2 Uhr: Hülfslos.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Cyrano von Bergerac.

Nachm. 7 1/2 Uhr: Arienschildts Rache.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Donnerstag, Freitag: Einverleibt. Comedien: Hofmann.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: Was uns der Mond erzählt. Hörsaal 8 Uhr.

Dr. Wilhelm Berard: Vorrichtung des Tierkörpers zur Nahrungsaufnahme und -verwertung.

Kaiser-Panorama. S. I. Hotel. Wanderung im Steirischen Salzkammergut.

Bequemer Besuch von Rom. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.

Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Das Objekt.

Luisen-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Das große Licht.

Schauspiel in 4 Akten v. F. Schiller. Sonnabend 4 Uhr zum 1. Male: Der brave Veit u. Die Puppenbräutigam.

Sonntag 8 Uhr: Die Hosen des Herrn v. Dredow. 8 Uhr: Der jüngste Leutnant.

ROSE-THEATER. Groß-Aranfurtel Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Der Herrgottskühler von Ammergau. Volksschauspiel in 6 Akten von Ganghofer und Neuert.

Donnerstag: Lorbeerbaum und Berta. Metrop. Theater. Surra!

Wir leben noch! Große Aufführungsszene in 7 Bildern v. A. Freund.

Wuff u. G. Holländer. In Szene gesetzt von Dr. A. Schult. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollon Theater. Anfang 8 Uhr. Letzte Woche des Kolossal-Programms.

Walden? Techn. Man's 8 heilige Chingusen. 9 1/2 Uhr.

Berlin Sensation! Otto Reutter mit seinen Schlegeln.

WINTERGARTEN. Die berühmte chines. Tragödin Madame Chung.

mit ihrem chinesischen Schauspiel-Ensemble: „Im Reiche des Drachens“

und weitere 12 Attraktionen 12 des drolligen Faschings-Programms!

Herrnfeld Theater. Anf. 8 Uhr. Sonntag 11-2 Uhr. Zwei Schläger: Eine verlorene Nacht.

Er, Sie und Er mit Anis und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr. Sgr. Ordone der spanische Caruso.

Schnelder-Duncker Les Vignacs und das kolossale Februar-Programm.

14 neue Varieté-Attraktionen. Karl Haverland-Theater.

Anfang 8 Uhr. Ein Sensationsprogramm. Karl Groth Fred Rollon Almonarouch v. Edelweld Schläger!

Walhalla-Theater. Prof. Dr. Tor. Weinbergstr. 20. Abends 8 1/2 Uhr: Bravo! Da Capo!

Eine allereinsten-Neue. Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Unsere Don Juans. Kleines Preis.

Lichtspiele. MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosphorus am Moritzplatz. Heute das Varieté-Faschings-Programm.

Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 4 Uhr. 11-2 Uhr Tanz.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Königl. Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Himmel auf Erden.

Schwanz in 3 Akten von Julius Fohl. Ende 10 Uhr. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Kaiser.

Freitag, abends 8 Uhr: Das Urbild des Tartuff.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, nachm. 7 1/2 Uhr: Husarenlober.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Maria und Magdalena. Donnerstag, abends 8 Uhr: Nathan der Weise.

Freitag, abends 8 Uhr: Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Sport-Palast. Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a. Entree 1 M. Größter Eispalast der Welt.

Feerie „Karneval am Nordpol“. 200 Eisankünstler. X. Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. X. 2 Musikkapellen.

Raum für 10 000 Personen. X. Unterricht im Eislaufen. Vormittags-Konzerte. Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Zur Aufklärung! „Die weiße Sklavin“

Betrifft: im Excelsior-Lichtspielhaus

Rixdorf, den 21. Februar. Das Polizeiverbot betr. der „Weißen Sklavin“ wurde heute Dienstag aufgehoben.

Die Vorstellungen finden von jetzt ab abendlich von 7-8 1/2 und 9 1/2-11 Uhr statt, in der übrigen Zeit das Wochenprogramm in bekannter Ausführung.

Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß die Vorstellungen anderer Theater unter dem Titel: „Die weiße Sklavin“ nichts mit dem im „Excelsior-Lichtspielhaus“ zur Aufführung gelangenden Sensationsdrama gemein haben.

Erste Original-Aufführung für Groß-Berlin.

Kindern unter 14 Jahren ist der Eintritt verboten. Vorzugskarten ungültig!

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS. Mauertstr. 82. Zimmerstr. 90-91. Eintritt 50 Pf.

Gastspiel v. Johann Strauß aus Wien mit seinem vollständig. Orchester. — Anfang 8 Uhr. —

Morgen: Gastspiel von Joh. Strauß. An allen Wochentagen von 4-7 Uhr: Promenadenkonzert bei freiem Eintritt.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114. Heute Mittwoch, den 22. Februar 1911: Gr. Bockbierfest

in den bayerischen Alpen. Großes Haberfeldtreiben! Voranzeige! Donnerstag, den 23. Februar 1911: Prämierung der engsten Taille.

3 bare Goldpreise je 33 Mark: 1. für Damen v. 120-140 Pfd., 2. für Damen v. 140-160 Pfd., 3. für Damen von 160 Pfd. und mehr. Anfang 7 Uhr. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain. Am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins. Heute Mittwoch: Elitetag.

Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen. Jeder Besucher erhält ein Los gratis. Der berühmteste Festwirt.

Schorsch Schrengruber mit seiner Truppe (60 Personen) aus München. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Postkarten haben volle Gültigkeit.

Walhalla-Theater. Prof. Dr. Tor. Weinbergstr. 20. Abends 8 1/2 Uhr: Bravo! Da Capo!

Eine allereinsten-Neue. Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Unsere Don Juans. Kleines Preis.

Lichtspiele. MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosphorus am Moritzplatz. Heute das Varieté-Faschings-Programm.

Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 4 Uhr. 11-2 Uhr Tanz.

Schwarzer Adler Lichtenberg. Richard Arnold. Frankf. Chaussee 5.

Jeden Sonntag: Großer Ball. Jeden Mittwoch: Leipziger Sänger.

Nachher: Tanzkränzchen. Zirkus A. Schumann. Berlins größtes Vergnügungs-Etablissement.

Mittwoch, den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Original-Perezoff-Truppe, 2 Damen 6 Herren, in ihrer Scene Ein Zouper bei Maxim.

Heros, ausgehoben. Straßengänger. Troits, ger. u. Dr. Karl Sch. Antonet & Grock, die Urformisten.

H. Schumann mit seinen neuesten Straktionen u. die übrigen neuen Straktionen. Der große Coup

9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr. Schmuggler. Gr. Kasseneröffnung in 4 Akten.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 23. Februar 1911: Klaffter-Abend.

Minna von Barnhelm. Lustspiel in fünf Aufzügen von G. E. Lessing. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

Passage-Panoptikum. Lappland in Berlin. Eine Kolonie Frauen, Männer, Kinder, in ihr Leben, Sitten u. Gebräuch. Zum 1. Male in Berlin! In ein eigens erbauten Polardorfe. Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater. Lotzringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Ronatelang total außerordentlich! Julie Wippen! Ein wahres Berliner Goldstück. Julie Wippen! Man laßt Tränen über Julie Wippen! Sonntag 7 1/2 Uhr: Oah und Stebe.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluß, neu! Kahllekes Varieté-Theater. Darsteller von Meyfel. Anfang montags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Hippolyte's Abenteuer. Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Die abgetretene Frau. Neuer buntes Teil. Feldweibelhügel.

Germania-Pracht-Säle. Carl Richter. N., Chaussee-Str. 110. Heute Mittwoch, Paul Mantheys lustige Sänger. mit Ernst Walters neuem Schläger! Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Vorzugskart. gelt. Anschl. Frotanz. Jeden Donnerstag: Gr. Bockbier-Konzert.

Kreuzberg-Festsäle, Beführ: Otto Ernst, SW., Kreuzbergstr. 48. Jeden Mittwoch u. Freitag: Großer Frei-Tanz. Jeden Sonntag: Großer Ball. Im März noch Sonnabende zu vergeben.

Für den Inhalt der Zigarette übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau

Wolter, Carl, StraÙe 14 I.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick

Franz Abraham

Dece Brause

Golsch

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk

Köhnen & Jöring

Bäckereien, Konditor.

Arnold Bouster's

Feronia

Fischer, Görilzerstr. 53.

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Brotfabrik

Buehl & Sohn,

Bäckerei „Nordstern“

Bäcker Oststern

Mache, Carl,

Carl Kappler

Paul Müller,

Peter's Großbäckerei

Max Reschke

© Otto Scillat

Schüpe, H., Rixdorf,

Schütt, G., Berlin O. NO.

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badenanstalten

Arkona-Bad

Bürger-Bad

Canitz-Bad

Central-Bad

Bad Friedrichslund

Helena-Bad

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Hohenstaufen-Bad

Bad Landsberger

Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt M. Schulz

Köhn's Samariter-Bad

Bad Ostend

Schiller-Bad

Silesia

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummw.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Beleucht.-Gegenst.

Becker, Reinh.

Bunzel, R., Rixdorf

Kronen-Grossmann

Neuendorf, O. P., L.f.d. Spary Nord.

Preibisch & Schneider

Schuch, M., Rixdorf

Wecker, A., Kottbusserdamm 28

W. Adelung & A. Hoffmann

Potsdamer Stangenbier

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

Weißbier C. Landré

Max Böhm

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei P. Hoppoldt

Fals- u. Flaschenbiere.

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Weißensee, G. Enders

Groterjans

C. Habels Brauerei

Goldbier

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Schade

Schlossbrauerei

Schloßbräu-Kronenbräu

Ver eins-Brauerei Teutonia

Weissbier Albert Brann

Weissbier C. Breithaupt

Westmann

Wolff, Blasen u. Kostüme

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

Föhse, O. Fruchtstr 62

Fried. Göseke, 7 Filialen.

W. Riesner

Ernst Schneider, Spandau

Schröter, R. 35

A. Talman

Uhlly & Wolfram

Vereinigte Pommerische Meiereien

Cacao, Chocolate

Cylix, G.,

Die Fabrikate der „Sarotti“

Seiffert, Erich,

Teichmann, H.

Cigarrenhandlungen

Brager, J., Rixdorf

Gorgas, M., Tabak-Feilhaber

Alb. Kasulke

Klein, Wilh., Müllerstr. 184

Max Arnsdorff

Carl Brunnitzer

Konfektionshaus Wedding

Dombrowsky

Holz & Ascher

König

Pappelbaum

Wagner, P., Rixd., Bergstr. 42

Westmann

Louis Röhl, Inh. Paul Röhl

Schulz, Hugo, Müllerstr. 166

Siegfried-Drogerie

W. Brenneke

G. Brucklacher

Gericke & Wolfram

Rob. Heinze

C. Müller

Jacob, Otto,

Junghuth

Carl Karstadt

Kniehase, A.

Fritz Köhler

Kurt Kranke

Paul Krüger

Gust. Lenz

P. Moldenhauer

Georg Reiner

Max Richter

Rösel, F., Markgrafendamm 1

Rühlmann, P., Müllerstr. 40b

Schneider, G., Rixd., Hermannstr. 50

J.C. Schütze Nachf., 21.

Helz, Schupke, Wiefelstr. 12/13

Sellach, Th., Rixd., Hermannstr. 48

Unterstehende Geschäfte

Seefische vom Fangplatz

Hans Kunkel

Winkler & Bärhold

Fleischer u. Wurstw.

Peter Abrahamczik

Hermann Albrecht

Alstadt, Eibelfelderstr. 27

S. Basch,

Wilhelm Behr

Speck- und Schinkenzerlei

Danziger Fleisch-Centrale

Rich. Deckert

Max Dingosz

Albert Domke

Job. Durayns

Georg Düll

Dahl, M., Rixd., Kais. Friedr. Str. 14

Eschbach, G., Petersburger Str. 60

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Gonthardt, Stadtbahn-Ecke

Königsgr. Andr.-St. 47, Landsbergerstr. 88

Landsb. Allee 30, Rixd., Bergstr. 16

Fleisch-Zentrale Charlottenb.

H. Matzker

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Josef Michel

Albrecht Miller

Adolf Nagel

Max Neubert

Jul. Pyttlik

Fritz Rasch

A. Rathenow

Peter Rechel

Reimann, Frankfurter Allee 38

Rhinow, A., Aklauer Str. 18

Wilhelm Röder

R. Rotho

Walter Rudolph

Ottomar Rudolph

E. Schauer

Rob. Schäfer

M. Scherer

A. Siewert

E. Secherzer

Rich. Schiddel

Eduard Schmedl

Mariannen-

Straburger

Manteuffel-

Fruchtstr. 95

F. Fleisch u. Wurst

Max Pöhler

Jul. Pyttlik

Glogauer-

Landberg, Alt. 139

F. Fleisch u. Wurst

Oskar Schubert

Müllerstr. 156 a.

Albert Schucht

Stargardstr. 68

O. Schreiber

Max Sommer

W. Tauche

Rixdorf, 42

ff. Fleisch u. Wurst

Lichtenberg, stw.

Görliustraße 1

Echte Thür. Hausmacher-Ware

Thiel, N. Weissenburgerstr. 72

Thüring. Fleisch u. Wurst-Fabr.

F. Sommermann

Fortsetzung siehe nächste Seite.

